FACIT

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus

Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"

Kultur und Kunst bei Mao Tse Tung

„K"SG-(ML) – Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs

26

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

facit 26 **2,50 DM** **März 1972**

		Seite
Gerd Nurtsch	Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft	1
Manfred Volbers	Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	9
A. G. Jegorow	Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus	18
Thomas Mies	Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"	27
Jürgen Reusch	Kultur und Kunst bei Mao Tse-Tung	37
Paul Schäfer	„K"SG (ML) – Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs	50
	Rezensionen	71

Impressum

Verlegt bei: facit e. V.

Herausgeber: Jürgen Büscher, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Christoph Strawe.

Redaktion: Jürgen Büscher (verantwortlich), Klaus Görke, Christof K. Kievenheim, Roland Lang, Steffen Lehndorff, Werner Loch (Geschäftsführer), Gunnar Matthiessen, Peter Schöttler.

Redaktionsadresse: facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH, 2000 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5.

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßgte Abonnementpreis.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Hermann Rühl, Krefeld.

Gabriele Strobel

Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Gerd Nurtsch

Es vergeht wohl keine Diskussion, in der man Marxisten in der Bundesrepublik nicht die Frage nach ihrem Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und deren Innen- oder Außenpolitik stellt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn der unsere Epoche bestimmende Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Verlust der historischen Initiative des Imperialismus und die zunehmende Attraktivität der sozialistischen Länder schlägt sich, wenn auch stark mit bürgerlichem Antikommunismus durchsetzt, in den Köpfen immer breiterer Kreise der Bevölkerung nieder. Dieser Antikommunismus tritt ja nicht von ungefähr sehr stark in der Gestalt des Antisowjetismus auf.

Aber häufig zeigt sich in der Argumentation ein für Marxisten seltsam anmutendes Auseinanderklaffen zwischen der prinzipiellen Rolle der Arbeiterklasse – dies bleibt dann zumeist beschränkt auf den Kapitalismus – und der Darstellung des realen Sozialismus an Hand so wichtiger, aber isoliert dargestellter Fragen wie z. B. der konsequenten Friedenspolitik, der Bildungs- und Gesundheitspolitik der sozialistischen Länder.

Notwendig ist es wohl, diese konkreten Leistungen der sozialistischen Länder als Momente aufzuzeigen, die nicht zufällig, sondern die notwendig Konsequenz und Ausdruck einer Politik sind, die die Arbeiterklasse betreibt, wenn sie sich zur herrschenden Klasse erhebt, wenn sie die sozialistische Gesellschaft aufbaut und weiterentwickelt.

Denn bei einer isolierten Darstellung, z. B. der Bildungspolitik der DDR, kann man leicht in den Fehler verfallen, den Sozialismus allenfalls als die Summe von Einzel„modellen" anzusehen und die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus als Ganzes in den Hintergrund treten zu lassen.

Aber der Sozialismus, so wie er real existiert und so wie ihn die Arbeiterklasse auch dieses Landes objektiv berufen ist zu verwirklichen, ist nicht die Summe von Einzelerscheinungen, sondern diese Einzelerscheinungen, die zweifelsohne seine Attraktivität begründen, wurzeln in objektiven Gesetzmäßigkeiten, auf die dieser Artikel eingehen will.

Ein solches Herangehen, von der Frage aus, was ist Sozialismus und welche Bedingungen und Gesetze wirken in ihm, ist die beste Kritik an revisionistischen Vorstellungen, den Kapitalismus durch Übernahme des einen oder anderen „Modells" zu „transformieren", ist eine unerläßliche Voraussetzung, den historisch notwendigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die prinzipielle, sich ständig erweiternde Überlegenheit des Sozialismus zu begründen.

Die Stärke der Arbeiterklasse, die berufen ist, das kapitalistische System zu zerschlagen und eine neue Gesellschaft, den Sozialismus, zu errichten, besteht gegenüber dem Kapital in ihrer zunehmenden zahlenmäßigen Stärke, ihrer zunehmenden Konzentration, ihrer Organisiertheit und ihrer eigenen Theorie, dem Marxismus-Leninismus.

Den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften erfährt die Arbeiterklasse direkt, d. h. ihre Beziehung als Hauptproduktivkraft einerseits zu den Produktionsmitteln und andererseits zur gesellschaftlichen Entwicklung ist durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bestimmt.

Erstens, indem in materiell-technischer Hinsicht, d. h. im Stoffwechselprozeß mit der Natur unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts z. B. durch Automation Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, indem die Arbeiterklasse lediglich als Getriebeteil „funktionalisiert" ist und ihre Ausbildung in keiner Weise den perspektivischen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung entspricht.

Zweitens, indem auf Grund der Vergesellschaftung der Produktion einerseits Planung, sowohl im Bereich der unmittelbaren Produktion, als auch zunehmend im gesamtgesellschaftlichen Bereich, notwendig ist, andererseits aber Planung, wenn überhaupt, im Kapitalismus nur in Teilbereichen möglich ist, d. h. sie entspricht nicht der Notwendigkeit einer Gesamtplanung. Eine solche Gesamtplanung aber, die sich an der Entwicklung der Produktivkräfte (und das heißt an der Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft orientiert, ist auf der Grundlage privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und der darauf resultierenden Profitorientierung ausgeschlossen.

Die Errichtung des Sozialismus, in welcher konkreten historischen Form auch immer, hat im wesentlichen drei Grundlagen:

1. die politische Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes,
2. gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln,
3. gesamtgesellschaftliche Planung.

Aber diese drei Bedingungen verharren nicht in einer einmal gefundenen konkreten Form, sondern entfalten sich in der Anwendung auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft. Mit diesen Errungenschaften der sozialistischen Revolution ist die Bedingung gegeben, daß die Arbeiterklasse die oben skizzierten, aus der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte resultierenden Aufgaben erfüllen kann, insofern sie nun ihren eigenen ökonomischen Bereich sich erschließt und durch ihre politische Herrschaft absichert und entwickelt.

Denn die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die mit der Erfüllung ihrer historischen Mission und zugleich eine andere Klasse als ihren Antagonismus produziert, sondern sie bleibt und entfaltet sich gerade im Sozialismus

als Hauptproduktivkraft. Ihr Stoffwechsel mit der Natur in der Arbeit verringert sich nicht, sondern erhöht sich im Sozialismus, indem er sich intensiviert.

Daraus ergibt sich, daß sich die Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus, im Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte notwendig erhöhen muß und zugleich qualitativ verändert. Denn die Arbeiterklasse entwickelt nicht nur in der Anwendung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution die den Stoffwechsel mit der Natur bewerkstelligenden Produktionsmittel, – wodurch sich u. a. ihre zahlenmäßige Stärke und Konzentration erhöht –, sondern in der Handhabung und planmäßigen Entwicklung der Produktionsmittel erhöht sich notwendig ihr Wissenschafts- und Qualifikationsniveau.

Hierdurch verändert sie sich als Hauptproduktivkraft selbst, indem sie sich weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung kann aber weder als technizistische Faktensammlung, noch als Nachhinken hinter der Entwicklung der Produktionsmittel verstanden werden, denn mit der Entwicklung der Produktivkräfte insgesamt erhöht sich die Notwendigkeit perspektivischer Planung, die tendenziell und heute schon realiter fast alle Bereiche der sozialistischen Gesellschaft umfaßt. So ist z. B. die planmäßige Entwicklung von automatisierten Produktionseinheiten ohne Planung des gesamten Infrastrukturbereiches undenkbar.

Diese Planung hat zugleich die Arbeiterklasse selbst zum Inhalt, da die objektive und planmäßig entwickelte Verbindung von staatlichem Überbau und ökonomischer Basis die sinnlich-praktische Tätigkeit der Menschen selbst ist, die sich in der Anwendung des Plans, in der Arbeit entfaltet.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich im Sozialismus die Rolle der Arbeiterklasse als führender Kraft objektiv erhöht,

- indem die Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft unmittelbar Bezug zu den Produktionsmitteln und deren quantitativen und qualitativen Entwicklung hat,
- indem sie durch die Entwicklung des Systems der Produktivkräfte sich selbst entwickelt und in diesem planmäßigen Prozeß alle Bereiche der Gesellschaft gemäß dieser von ihr diktierten Entwicklung verändert.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, erhöht sich die Rolle des erkennenden und planenden, d. h. des subjektiven Faktors bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Die Arbeiterklasse kann die ihr gestellten Aufgaben der planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und daraus resultierend die planmäßige Entwicklung der gesamten Gesellschaft nur erfüllen, wenn sie mit einer Theorie ausgestattet ist, die folgende Eigenschaften erfüllt:

Wissenschaftlichkeit, d. h. eine Theorie, die die Objektivität gesellschaftlicher Prozesse anerkennt und somit für wissenschaftlich exakt erkennbar

hält; Parteilichkeit, d. h. eine Theorie, die sich am Subjekt dieser gesellschaftlichen Entwicklung, an der Arbeiterklasse orientiert und die sich bewußt in den Dienst der Arbeiterklasse stellt, d. h. Perspektiven ihres Handelns eröffnet;

Dialektik, d. h. eine Theorie, die aus den beiden vorgenannten Punkten das Subjekt, die Arbeiterklasse, als von objektiven Gesetzmäßigkeiten Bedingte ansieht und gleichzeitig diese objektiven Bedingungen als Resultat der sinnlich-praktischen Tätigkeit der Arbeiterklasse und also als von dieser veränderbar ansieht.

Diese Theorie hat die Arbeiterklasse in der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.

Mit der ständigen Weiterentwicklung der Produktivkräfte, insbesondere unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, erhöht sich die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Theorie aus folgenden Gründen:

Erstens wird das Verhältnis der Produktivkräfte untereinander und ihr Verhältnis zu den sie stimulierenden Faktoren (z. B. Wissenschaft bzw. der gesamte Infrastrukturbereich) enger und komplexer, d. h. auch komplizierter.

Zweitens erhöhen sich daraus resultierend die Anforderungen an die Planung und Leitung sämtlicher Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung.

Drittens verändern sich mit der Erhöhung der Rolle der Arbeiterklasse auch ihre Beziehungen zu den anderen werktätigen Klassen und Schichten der Bevölkerung.

Viertens wird die aus der Entwicklung der Produktivkräfte notwendige und mögliche internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder längerfristiger und komplexer.

Fünftens verschärft sich die internationale Klassenauseinandersetzung in jüngster Zeit gerade auf ideologischem Gebiet.

Trägerin dieser Theorie der Arbeiterklasse aber ist ihr bewußtester Vortrupp, die Partei der Arbeiterklasse. Da die Partei selbst Produkt der Arbeiterklasse und gleichzeitig Bedingung ihres erfolgreichen Kampfes ist, also Teil der Arbeiterklasse selbst, ist sie in der Lage, die an sie gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Sie muß also die marxistisch-leninistische Theorie ständig unter den oben genannten Kriterien schöpferisch auf die jeweiligen Bedingungen anwenden und weiterentwickeln. Indem die marxistisch-leninistische Theorie kein in sich ruhender Selbstzweck ist, sondern jeweils auf die praktische Tätigkeit der Arbeiterklasse gerichtet ist, erhöht sich nicht nur die Bedeutung der Partei hinsichtlich ihrer theoretischen Arbeit, sondern in dialektischer Wechselbeziehung mit der theoretischen Arbeit hinsichtlich der Praxis in allen gesellschaftlichen Bereichen. Aufgabe der Partei ist es also, die Perspektiven der sozialistischen Gesellschaft und die Aufgaben der Arbeiterklasse in diesem Prozeß wissenschaftlich zu erforschen und zu formulieren,

praktische Schritte zur Verwirklichung aufzuzeigen und darauf die Arbeiterklasse zu orientieren und in diesem Prozeß organisatorisch die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse als führender Kraft und aller werktätigen Klassen und Schichten voranzutreiben.

Das setzt einerseits eine sich ständig erhöhende ideologische Arbeit und andererseits eine immer intensivere Verbindung zur Arbeiterklasse voraus, die es ermöglicht, die praktischen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu verallgemeinern, mit dem Ziel, die Arbeiterklasse immer besser zu befähigen, ihre führende Rolle wahrzunehmen.

Im Zuge dieser Entwicklung überträgt die Arbeiterklasse bestimmte Eigenschaften, wie Schöpfertum, Disziplin iertheit und Kollektivgeist, die sie sich in Wahrnehmung ihrer historischen Rolle angeeignet hat, auf alle Klassen und Schichten der Bevölkerung, so daß sich tendenziell die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung herausbildet, indem die Arbeiterklasse der „Gesellschaft ihre menschlichen Züge und kämpferischen Qualitäten verleiht". (Rechenschaftsbericht des ZK der SED an den 8. Parteitag der SED).
Eine solche Einheit des Volkes, auf Grund der sich ständig erhöhenden führenden Rolle der Arbeiterklasse hat drei objektive Bedingungen:

1. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums gibt es keine Klassenunterschiede mehr auf Grund des „Platzes in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion".

2. Wohl gibt es aber noch gesellschaftliche Differenzierungen im Hinblick auf die „Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit", d. h. in der Stellung zur sozialistischen Produktion.

3. Die führende Rolle der Arbeiterklasse bedeutet auch, daß der ideologisch-kulturelle Überbau von der Theorie der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus her bestimmt ist.

Daraus folgt, daß sich die zunehmende Einheit des Volkes auf der Grundlage der prinzipiell gleichen Eigentumsverhältnisse vollzieht. Diese stellt aber nicht ein ‚über den Klassen stehendes Drittes' dar, sondern die Vermittlung politisch-moralischer Qualitäten im Prozeß des gemeinsamen Aufbaus des Sozialismus.

Die Vermittlung dieses Prozesses geschieht in der diesem Ziel dienenden Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Klasse der werktätigen Bauern, der Intelligenz etc.

Diese Bündnispolitik ist also einerseits bedingt durch das, wenn auch nicht antagonistische Fortbestehen von Klassen und Schichten und andererseits durch die mit der ständigen Veränderung der Produktivkräfte einhergehenden Veränderung der Produktionsverhältnisse zu Gunsten der Arbeiterklasse. Dieser Prozeß geschieht, wie oben schon erwähnt, nicht spontan, sondern wird von der Arbeiterklasse, ermöglicht durch ihre politische Herrschaft, planmäßig vorangetrieben.

Die Grundlage der Einheit, d. h. der „Annäherung aller Klassen und Schichten vollzieht sich auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie, die die sozialen Interessen und kommunistischen Ideale der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt". (Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den 24. Parteitag der KPdSU).

Das wichtigste Mittel der Arbeiterklasse, ihre Politik im Bündnis mit allen werktätigen Klassen und Schichten erfolgreich durchzusetzen, ist der sozialistische Staat. Aufgabe des Staates ist:

- die Sicherung der sozialistischen Länder gegen Imperialismus und Konterrevolution,
- die Erstellung und Durchführung der gesamtgesellschaftlichen Planung sowie die Kontrolle ihrer Durchführung,
- die Einbeziehung aller Klassen und Schichten in diese Politik,
- die internationale Tätigkeit der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln.

Entsprechend der ständigen Entwicklung der Produktivkräfte erhöht sich auch die Aufgabe des sozialistischen Staates, insofern eine höhere Entwicklung der Produktivkräfte notwendig höhere Aufgaben an die Planung und Leitung stellt, da im Zuge dieses Prozesses sowohl die Entwicklung einzelner Bereiche der Gesellschaft, als auch die zunehmende Verflechtung untereinander immer längerfristiger geplant werden müssen.

Dies gilt in besonderem Maße unter dem Aspekt der langfristigen, sich intensivierenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder untereinander (z. B. durch das Komplexprogramm des RGW).

In diesem Sinne ändert sich die Rolle des Staates nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, da er immer mehr nicht nur Überbaucharakter hat, dessen Beziehungen zur Basis als hemmender oder begünstigender Faktor rein äußerlich sind, sondern, durch die Notwendigkeit der Planung ökonomischer Prozesse bedingt, zunehmend Element, Wirkungsfaktor der Basis wird.

Diese Rolle des Staates erhöht sich aber nicht nur im ökonomischen Bereich. Aus der objektiven, sich intensivierenden Verflechtung aller gesellschaftlichen Bereiche und der daraus folgenden Notwendigkeit, diese in ihrer Gesamtheit zu planen, gewinnt der Staat insgesamt an Bedeutung.

Indem aber die jeweiligen Pläne ihre konkrete Durchsetzung fordern, d. h. um praktisch wirksam zu werden, die Massen ergreifen müssen, wird die ständig enger werdende Verbindung staatlicher Planung und Leitung mit der Aktivität und den Überlegungen der Werktätigen, im besonderen der Arbeiterklasse, immer wichtiger. Es ist klar, daß sich Staat und Beteiligung der Massen an der Politik nicht wie im Kapitalismus antagonistisch gegenüberstehen, sondern sich wechselseitig bedingen, insofern der Staat sowohl Mittel zur notwendigen Entwicklung der Produktivkräfte und aller gesellschaftlichen Bereiche, als auch Instrument ist, die Arbeiterklasse zur Planung und Leitung zu befähigen.

Um es noch einmal zu wiederholen: Die Befähigung der Arbeiterklasse zur Herrschaft ist nicht nur erklärtes Ziel sozialistischer Politik, sondern Bedingung und Konsequenz der Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

Wesentliche Bedeutung bei der immer breiteren Erziehung der Arbeiterklasse, den objektiven Erfordernissen der Planung und Leitung sowie der Entfaltung der sozialistischen Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft gerecht zu werden, kommt den Gewerkschaften im Sozialismus zu.

Die Gewerkschaft ist die umfassendste Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Ihre Rechte sind in der DDR z. B. in der sozialistischen Verfassung garantiert. So nehmen sie teil an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, an der Planung und Leitung der Volkswirtschaft: durch ihre Beteiligung auf allen Ebenen an den staatlichen Machtorganen, durch ihr Recht auf eigene Gesetzesinitiative, durch ihr Recht, in allen Fragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffend, mit allen staatlichen Organen, Betriebsleitungen und anderen wirtschaftsleitenden Organen Vereinbarungen abzuschließen. Sie arbeiten in den Betrieben an der Ausarbeitung der Pläne mit und haben das Recht der gesellschaftlichen Kontrolle über die Wahrung der gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen.

In dieser mitplanenden und mitregierenden Funktion sowohl im staatlichen Bereich, als auch im Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen und im besonderen bei der Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs erziehen die Gewerkschaften die Arbeiterklasse entsprechend den sich verändernden Bedingungen, ihrer Rolle als führende Klasse immer besser gerecht zu werden.

Die zunehmende Rolle der Arbeiterklasse, ihrer Theorie, ihrer Partei, die sich erhöhende Rolle der Gewerkschaften und des sozialistischen Staates ist ein objektiver Prozeß, insofern er Resultat und Bedingung der planmäßigen Weiter- und Höherentwicklung der Produktivkräfte ist.

Dieser Prozeß ist ebenso objektiv notwendig und möglich wie die internationale Einheit der Arbeiterklasse, die in Bezug auf die sozialistischen Länder im Zuge dieses Prozesses sich auf einer höheren Ebene im Rahmen des Komplexprogramms der RGW-Länder manifestiert.

In dieser gesetzmäßigen Entwicklung drückt sich die objektiv feststellbare und sich weiterentwickelnde Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus aus; nur auf dieser Grundlage ist eine richtige Einordnung konkreter Erfolge des real existierenden Sozialismus möglich; durch diese Einordnung ist uns zugleich der Nachweis möglich, daß nur an der Seite

dieser aufstrebenden Gesellschaftsordnung die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Klassen und Schichten auch in der BRD eine Perspektive haben.

Literaturhinweise:

Über den derzeitigen Entwicklungsstand und die Perspektiven der sozialistischen Länder informieren am besten die Rechenschaftsberichte und Fünfjahrpläne der Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, insbesondere des 24. Parteitages der KPdSU sowie des 8. Parteitages der SED. Erläuterungen zu diesen Dokumenten sind:

Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Geselschaft.
Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler nach dem VIII. Parteitag der SED.

Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie.
Referate von M. Suslow und B. Ponomarjow; in:
Informationsbulletin Nr. 20.

Herrmann Axen, Der XXIV. Parteitag der KPdSU –
ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung; in: Einheit 6–71.

Paul Verner, Die Hauptergebnisse des VIII. Parteitags der SED.
Das gesamte Heft Einheit 7/8–71 war der Auswertung des VIII. Parteitags der SED gewidmet.

Zu Fragen der Politischen Ökonomie vgl.: „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR", Berlin 1969.

Zur prinzipiellen Frage des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in der sozialistischen Gesellschaft:
Rolf Sieber und Günter Söder, Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, Dietz-Verlag, Berlin 1970.

Als umfassende Information:

Dieter Klein, Lebendiger Leninismus in der DDR, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 1971.

Zu einigen speziellen Fragen sei noch auf folgende Aufsätze in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Jg. 1971, hingewiesen:

Objektive Gesetzmäßigkeit, Arbeiterklasse und marxistisch-leninistische Partei in unserer Zeit (Heft 4);

Marxistisch-leninistische Produktivkrafttheorie und weltanschaulich-theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution (Heft 4);

Theoretische Probleme der Entwicklung der Demokratie-Konzeption der SED (Heft 7);

Zu einigen Fragen der Dialektik von Basis, Überbau und Staat im Sozialismus (Heft 6).

Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Manfred Volbers

Die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Januar 1949 leitete eine neue Epoche der auf den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus basierenden Zusammenarbeit einer Reihe sozialistischer Staaten ein. „Gemäß dem Statut hat der RGW das Ziel, durch Vereinigung und Koordinierung der Bemühungen der Mitgliedsländer zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Beschleunigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts, zur Hebung des Standes der Industrialisierung in den Ländern mit einer weniger entwickelten Industrie, zur ununterbrochenen Steigerung der Arbeitsproduktivität und ständigen Hebung des Wohlstandes der Mitgliedsländer beizutragen." [1]

Die Entwicklung des sozialistischen Weltmarktes hängt weitgehend von der optimalen Nutzung der nationalen ökonomischen Potenzen der Mitgliedsstaaten ab. Der Erfüllung dieser Aufgabe dient der RGW.

„Der RGW organisiert die allseitige wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW mit dem Ziel der rationellsten Ausnutzung ihrer natürlichen Ressourcen und der Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte und gibt Empfehlungen zur Koordinierung von Plänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Mitgliedsländer des RGW. Er unterstützt die Mitgliedsländer bei der Ausarbeitung und Verwirklichung gemeinsamer Maßnahmen zur Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion, zur Entwicklung des Verkehrswesens und des Transports, der gemeinsamen Errichtung von Objekten, der Entwicklung des Warenumsatzes und beim Austausch von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und beim Austausch von Produktionserfahrungen." [2]

Organisationsstruktur des RGW

Höchstes Organ des RGW ist die Ratstagung, welche den Bericht des Sekretariats – einem Gremium, in dem außer dem Sekretär und seinem Stellvertreter Spezialisten für verschiedene Gebiete arbeiten – entgegennimmt. An den Ratstagungen nehmen Delegationen aller Mitgliedsländer teil.

[1] Wörterbuch der Ökonomien des Sozialismus, Berlin 1969, S. 678.
[2] ebenda

Hauptvollzugsorgan ist seit 1962 das Exekutivkomitee, das an die Stelle der Tagungen der Ländervertreter trat. Seine Aufgabe besteht in der Leitung und Kontrolle der Realisierung der Beschlüsse des RGW, des Sekretariats und der Ständigen Kommissionen. Letztere arbeiten Empfehlungen aus zu Problemen der Wirtschaftsbeziehungen, der rationellsten Entwicklung der Länder, der Plankoordinierung usw. Wichtigste Kommissionen sind dabei die für Elektroenergie, Maschinenbau, chemische Industrie, Landwirtschaft, Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke, Kohleindustrie, Schwarz- und Buntmetallurgie, Holz- und Nahrungsmittelindustrie sowie die Ständige Kommission für Transportwesen.

Zur Geschichte des RGW

Hauptaufgabe des RGW war seit seiner Gründung die zunehmende Einbeziehung der internationalen Arbeitsteilung in den nationalen Reproduktionsprozeß. Internationale Arbeitsteilung im Rahmen des RGW bedeutet keine Schmälerung der nationalen Souveränität, sondern ist vielmehr Voraussetzung sowohl für die maximale Ausnutzung der nationalen Ressourcen als auch die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution.

„Die sozialistische wirtschaftliche Integration der Staaten unserer Gemeinschaft wird zu einem entscheidenden Faktor der Beschleunigung des Fortschritts der nationalen Volkswirtschaften der sozialistischen Länder und im ökonomischen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus. Die gegenseitige Abhängigkeit und feste Solidarität der sozialistischen Länder ist also eine objektiv wirkende Gesetzmäßigkeit ihres freiwilligen Zusammenschlusses als Gemeinschaft national souveräner Staaten." [3])

Während sich in den ersten Jahren seines Bestehens der RGW hauptsächlich darauf konzentrierte, den wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und Ausbildungserfahrungsaustausch zu koordinieren, wurde mit der Abstimmung und Koordinierung der Perspektivpläne eine neue Stufe in der Zusammenarbeit erreicht. Die Koordinierung war wesentliche Voraussetzung für die bessere Ausnutzung der Möglichkeiten jedes Landes.

Es wurden auf Initiative des Rates wichtige internationale Organisationen geschaffen, wie z. B. die „Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (IBWZ) und das Vereinigte Institut für Planforschung.

Um die verschiedenen nationalen Volkswirtschaftspläne wirkungsvoll koordinieren zu können, ist es zunächst notwendig, daß die Planmäßigkeit der Volkswirtschaften in den einzelnen sozialistischen Staaten ausreichend konsolidiert ist.

[3]) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 Walter Ulbricht: Festigen wir die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, stärken wir den Internationalismus! Dietz-Verlag, Berlin 1969, S. 7.

„Will man richtig einschätzen, ob die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Integration gegeben sind oder nicht, so muß man analysieren, inwieweit das erreichte Niveau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern den Erfordernissen ihrer Entwicklung und vor allem der Aufgabe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entspricht." [4])

Zweite Voraussetzung für eine internationale Koordinierung der Pläne ist die Herausbildung einer hinreichenden Proportion der internationalen Arbeitsteilung als integrierender Bestandteil des jeweiligen nationalen Reproduktionsprozesses.

„Die planmäßige Gestaltung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung bewirkt eine maximale Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, die ständige Verbesserung der Qualität und des technischen Niveaus der Erzeugnisse." [5])

Eine intensivere Kordination der Produktionsziele für miteinander verbundene Produktionszweige mehrerer Länder begann 1956 vor allem mit der Bildung der Ständigen Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

„Ihre Aufgabe ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne und die Spezialisierung und Koorperation der Produktion in den einander ergänzenden Wirtschaftszweigen der RGW-Mitgliedsländer anzubahnen und zu organisieren." [6])

Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer gestaltet sich nach den objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus. Dies sind vor allem das Gesetz der Ökonomie der Zeit und der planmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Produktionszweige. In den „Grundrissen" schrieb Marx: „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion." [7])

[4]) Bogomolow, O.: Theorie und Methodologie der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, Berlin 1969, S. 75.
[7]) Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag, Berlin 1953, S. 89.

Die Entwicklung in den sozialistischen Staaten bestätigt diese wichtige Schlußfolgerung von Marx. Um die Produktionskosten zu vermindern, sind optimale Proportionen der Verteilung der Arbeit zwischen den einzelnen Ländern notwendig, wobei die Proportionen durch das Wertgesetz bestimmt werden. Die Arbeit in den sozialistischen Staaten ist warenproduzierende Arbeit. Im Gegensatz zum kapitalistischen System wird die Warenproduktion aber gesellschaftlich geplant. Das schließt ein, daß die Arbeit aufhört naturwüchsiger und daher spontaner Prozeß zu sein. Ihr Charakter unterscheidet sich grundsätzlich von dem im Kapitalismus. Arbeit vermittelt nicht mehr ein Ausbeutungsverhältnis, sondern es drückt sich im Sozialismus „ . . . in der wertbildenden Arbeit . . . der planmäßige gesellschaftliche Aneignungsprozeß der von Ausbeutung befreiten Menschen aus." [8])

Daraus ergibt sich, daß der Wert, als Resultat gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die entscheidende Kategorie der sozialistischen Warenproduktion ist. Bei einer Untersuchung der Rolle des Wertgesetzes in den sozialistischen Staaten ist es notwendig, Ökonomie und Politik als Einheit zu betrachten. „Das Wertgesetz ist auch im Sozialismus ein echtes ökonomisches Gesetz, das auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnise wirkt und aufs engste mit ihnen verflochten ist." [9])

Das Wertgesetz — ein ökonomisches Gesetz im Sozialismus — darf aber deshalb nicht als einziges ökonomisches Gesetz gesehen werden. Vielmehr muß beachtet werden, „ . . . daß nicht nur das Wertgesetz, sondern alle wirkenden ökonomischen Gesetze von dem die Gesellschaft vertretenden Staat bewußt ausgenutzt werden und der Plan auf der bewußten Anwendung nicht *eines*, sondern *aller* ökonomischer Gesetze beruht." [10])

Marx schrieb, daß sich das Wertgesetz den Weg bahnt als „regulierendes Naturgesetz". Auf Naturgesetze können die Menschen keinen Einfluß nehmen. „Sowohl die Naturgesetze als auch die gesellschaftlichen Gesetze sind objektiv, d. h. sie existieren unabhängig vom Willen des Menschen. Man kann sie weder abschaffen noch vernichten." [11]) Wenn sie sich unabhängig vom Willen des Menschen durchsetzen, tun sie es offenbar auch gegen ihn. Eine planmäßige Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften ohne oder gegen den Willen der Menschen wäre aber ein Widerspruch in sich selbst.

Die Alternative, entweder reguliere ein ökonomisches Gesetz die sozialistische Produktion oder diese würde vom Staat schlechthin reguliert, ist ebenso falsch wie die Behauptung, der Staat könne ökonomische Gesetze als „Instrumente" benutzen.

[8]) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Frankfurt 1970, S. 275.
[9]) Walter Ulbricht, zit. nach: Wörterbuch . . ., S. 895.
[10]) Behrens, F.: Ware, Wert und Wertgesetz, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 61.
[11]) Tugarimon, W.: Die Gesetze in Natur und Gesellschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jg. 1958, Heft 11, S. 1279.

Bettelheim behauptet in diesem Zusammenhang: „Nicht der Markt wird gelenkt, sondern man versucht, die konkreten Bedingungen seines Eingreifens zu kontrollieren . . ." [12]) Bettelheim gibt hier ökonomischen Kategorien nur eine rein technisch-organisatorische Funktion. Er übersieht, daß die ökonomischen Gesetze vom Staat nur ausgenutzt werden, und zwar planmäßig. Diese Form der Ausnutzung durch einen notwendigen administrativen Apparat erkannte auch Lenin: „Diesem Apparat der Verwaltung im eigentlichen, engen Sinne des Wortes, diesem Apparat des alten Staates (ist es) bestimmt zu sterben, während es einem Apparat von der Art des obersten Volkswirtschaftsrates bestimmt ist, zu wachsen, sich zu entwickeln und zu erstarken, da er die gesamte wichtigste Tätigkeit der organisierten Gesellschaft umfaßt." [13])

Um im internationalen und nationalen Rahmen die Produktionskosten so gering wie möglich zu halten, ist eine optimale Arbeitsteilung notwendig. Die Proportionen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung werden nicht zuletzt durch das Wertgesetz bestimmt. „Das Wertgesetz bestimmt außerordentlich wichtige Proportionen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung: das Verhältnis, zu dem sich bestimmte Waren gegeneinander austauschen, die Relation zwischen Inlandsaufwand und erzieltem Valutaerlös und folglich auch dem Valutakurs. Das Wertgesetz spiegelt schließlich die Notwendigkeit wider, die Zahlungsbilanz jedes sozialistischen Landes auszugleichen." [14])

Die erforderliche Planmäßigkeit kann nicht auf administrativem Wege erreicht werden. Obwohl die Administration die Erscheinungsform im Planungs- und Koordinierungsprozeß ist, wird das Wesen des geplanten sozialistischen Marktes durch das Wertgesetz bzw. seine planmäßige, bewußte Ausnutzung geregelt.

Autonomie der sozialistischen Staaten

Der RGW versteht sich als Rat, der Empfehlungen an die Mitgliedsländer gibt, aber keine administrativen Mittel hat, ihre Einhaltung durchzusetzen. Grundprinzip des RGW ist die Autonomie der Mitgliedsländer.

„In den sozialistischen Ländern existieren noch Klassen, haben sich nationale Besonderheiten erhalten. Folglich existieren auch nationale und in bestimmtem Maße auch Klasseninteressen und -unterschiede. Entwicklungsstand und Entwicklungstempo der Wirtschaft dieser Länder sind bei weitem noch nicht einheitlich. Unter diesen Bedingungen können die Erfordernisse der objektiven ökonomischen Gesetze in Bezug auf das gesamte Weltsystem des Sozialismus nur auf freiwilliger Grundlage, mit

[12]) Bettelheim, Ch.: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Rotbuch 12, West-Berlin 1970, S. 96.
[13]) Lenin, W. I.: Sämtliche Werke, Bd. XXIII, Moskau 1929, S. 48.
[14]) Bogomolow, O., a. a. O., S. 51.

Zustimmung aller interessierten Staaten, durch Vereinigung ihrer Anstrengungen zielstrebig durchgesetzt werden." [15]
Die Autonomie der einzelnen Staaten ist kein Widerspruch zu dem Versuch der Planung und Koordinierung der Produktion und Distribution, sondern eher seine Voraussetzung. Die komplizierten und verschiedenartigen Probleme der einzelnen Länder lassen sich am besten durch die Nutzung aller Möglichkeiten jeder sozialistischen Nation lösen. Koordinierung kann deshalb nur in Form von freiwilliger, gemeinsamer Planungstätigkeit vor sich gehen. Nur diese Form ermöglicht eine wahre Berücksichtigung der nationalen Interessen bei der internationalen Planung.

Internationale Planung

Die Koordination von nationaler und internationaler Planung, die Aufgabe des RGW ist, kann den Unterschied zwischen diesen beiden Planungsbereichen allerdings nicht aufheben. Die nationalen Wirtschaften spiegeln nicht internationalen Charakter wider, entsprechen also in ihren Proportionen nicht zwangsläufig denen in der sozialistischen Gemeinschaft. Vielmehr spiegeln die „. . . allen Ländern gemeinsamen wirtschaftlichen Proportionen die gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder . . . (wider). Diese gegenseitige Abhängigkeit, die im Prozeß der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung entsteht, ist jedoch nicht allumfassender Natur, weist nicht jene Universalität auf wie die Wechselwirkung der Teile einer nationalen Wirtschaft." [16])

Die nationale Entwicklung korrespondiert mit der internationalen im sozialistischen Lager insofern, als eine optimale Entwicklung strukturbestimmender nationaler Wirtschaftskomplexe Voraussetzung und zugleich integrierender Bestandteil einer internationalen Spezialisierung darstellt. Die nationalen Volkswirtschaftskomplexe lassen sich in ihrem Kern in zwei Bereiche aufteilen:

1. Zweige zur Deckung der Bedürfnisse des Inlandsmarktes,
2. Zweige, deren Produktion hauptsächlich für den Export bestimmt ist.

Perspektivische Planung im Rahmen des RGW, dargestellt am Beispiel der DDR

Für die DDR, die seit 1950 Mitglied im RGW ist, bedeutete internationale Arbeitsteilung vor allem: Beseitigung der durch die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen; Überwindung der Wirksamkeit von Embargobestimmungen kapitalistischer Länder; gegenseitige Hilfe und Arbeitsteilung; stabile Außenwirtschaftsbeziehungen. [17])

[15]) a. a. O., S. 52.
[16]) ebenda
[17]) vgl. „Die DDR stellt sich vor", Autorenkollektiv, Dresden 1971.

Der Zweijahresplan 1949/50 stellte sich daher die Aufgabe, in der DDR den Vorkriegsstand der industriellen Bruttoproduktion auf dem Gebiet der DDR zu erreichen. Dieser Plan wurde nach eineinhalb Jahren vorfristig erfüllt und das Vorkriegsniveau überschritten. 1950 war die Produktion um 10,6 Prozent höher als 1936. Während sich die Produktion der Energiewirtschaft sowie der chemischen und optischen Produktion auf 150 Prozent gegenüber 1936 steigerte, blieben die Metallurgie, die Baustoffindustrie und die Nahrungsmittelindustrie noch wesentlich unter dem Entwicklungsstand der Vorkriegszeit.

In der Direktive zum ersten Fünfjahrplan wurde neben der schrittweisen Einführung und Durchführung von Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung vor allem die Notwendigkeit der Schaffung einer eigenen Schwerindustrie betont. Das wichtigste Projekt war dabei der Bau von Hochöfen, von denen nach dem Krieg auf dem Gebiet der SBZ ganze 4 (obendrein stark veraltete) in der Maxhütte Unterwellenborn existierten, während es in den Westzonen immerhin 121 davon gab. Weitere wichtige Aufgaben waren der Ausbau von Betrieben des Schwermaschinenbaus und der Bau von Werften. Auch dieser Plan wurde in der Industrie übererfüllt. Ihre Produktion erhöhte sich gegenüber 1950 um 23 Prozent.

Ziel des zweiten Fünfjahrplanes war eine Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion um 55 Prozent. Das Neue an diesem Plan war, daß seine Hauptkennziffern zum ersten Mal mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten koordiniert waren.

Diese Ansätze zu einer internationalen sozialistischen Integration wurden dadurch erleichtert, daß man den folgenden Plan schon 1959 für sieben Jahre festlegte, was vor allem die Koordination mit der Sowjetunion erleichterte, da diese auch einen Siebenjahrplan für die Jahre 1959–1965 verabschiedete. Der Siebenjahrplan für die DDR berücksichtigte weitgehendst die internationale Arbeitsteilung im RGW. Die Direktive verlangte eine bevorzugte Entwicklung vor allem der Industriezweige, für die es in der DDR günstige natürliche Voraussetzungen und ökonomische Vorbedingungen gab. Das waren vor allem die Energiewirtschaft, die chemische Industrie, die Elektrotechnik und der Maschinenbau. Die Arbeitsproduktivität sollte sich um 85 Prozent erhöhen.

Eine neue Stufe der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse wurde 1963 mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft erreicht. Dieses System beinhaltet die Planung von wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Eine solche Planung ist ohne intensive wissenschaftliche Prognosetätigkeit, die in der Lage ist, die Haupttendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu analysieren, nicht möglich. Weiterhin muß die Koordination mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten dazu intensiviert werden.

Dem Ziel einer möglichst effektiven Zusammenarbeit der RGW-Länder auf den Gebieten von Forschung, Produktion und Distribution dient auch das am 29. Juli 1971 in Bukarest von der XXV. Tagung des RGW verabschiedete Komplexprogramm.
In diesem Programm, das etappenweise in 15—20 Jahren verwirklicht werden soll, werden die Methoden und Formen der sozialistischen ökonomischen Integration festgelegt. Das Programm „ . . . sieht eine engere Vereinigung der Bemühungen bei der Lösung der Schlüsselprobleme der Entwicklung der Volkswirtschaft — der Brennstoffbasis, der Energiewirtschaft, der Metallurgie und anderer Rohstoffzweige — vor und ist auf eine Erweiterung der Stabilität, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion in der Industrie und in anderen Wirtschaftszweigen gerichtet." [18])

Folgende Projekte, die entweder geplant oder schon angelaufen sind, sollen in gemeinsamer Arbeit realisiert werden:

- der Bau des 2. Stranges der Erdölleitung „Drushba";
- der Bau von Gasleitungen für den Transport von Erdgas aus der Sowjetunion in Polen, der UdSSR und der CSSR;
- der gemeinsame Bau eines riesigen Hüttenkombinats und eines Asbestaufbereitungskombinats auf dem Territorium der UdSSR.

Nach dem RGW-Komplexprogramm sollen weiter „ . . . Koordinierungszentren auf der Basis von mächtigen nationalen Forschungsorganisationen, Instituten, Projektierungs- und Konstruktionsorganisationen geschaffen werden. Auch gemeinsame Forschungsinstitute usw. werden organisiert." [19])
Eine kontinuierliche Entwicklung des RGW wäre kaum möglich gewesen ohne die aktive Unterstützung der nationalen Volkswirtschaften durch die UdSSR. Die Sowjetunion spielte aufgrund ihrer ungeheuren ökonomischen Ressourcen einerseits und wegen ihrer langen revolutionären Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus von Anfang an die führende Rolle im RGW. Der Anteil der UdSSR am Außenhandelsumsatz der RGW-Länder beträgt mehr als 40 Prozent. Die Wirtschaftspläne der Bruderländer fußen „ . . . auf dem ständig zunehmenden Export sowjetischer Rohstoffe und Brennstoffe sowie auf der sich vergrößernden Ausfuhr kompletter Ausrüstungen." [20])

Der Bedarf der RGW-Mitgliedsländer wird zu einem erheblichen Teil durch Lieferungen aus der Sowjetunion gedeckt. Um diese Lieferungen durchführen zu können, nimmt die Sowjetunion starke Nachteile in Kauf. „Die Investitionsintensität der sowjetischen Exportindustrie, die wichtige Roh- und Brennstoffe in die RGW-Länder liefert, ist beispielsweise drei- bis dreieinhalbmal höher als die Investitionsintensität bei der Inlandproduktion solcher Maschinen, wie sie im Austausch gegen Roh- und Brennstoffe bezogen werden." [21])

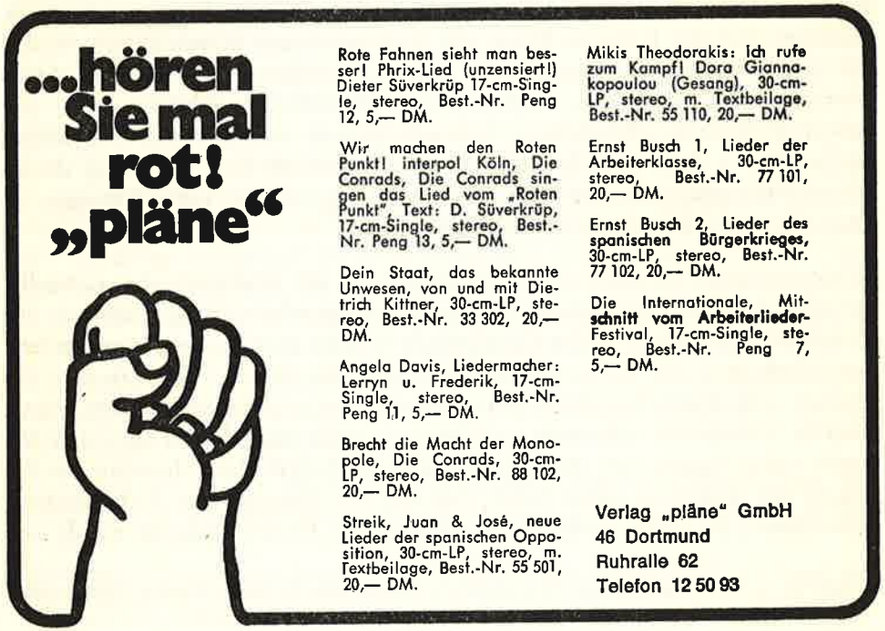
[18]) Iswestija, 18. August 1971.
[19]) „Neues Deutschland", 20. August 1971.
[20]) Bogomolow, O. a. a. O., S. 22.
[21]) ebenda

Wichtigste Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der intrasozialitischen Zusammenarbeit ist und bleibt die enge Kooperation mit der UdSSR. Das beweisen auch folgende Zahlen: „1967 entfielen vom gesamten Außenhandel der UdSSR 15,5 Prozent auf den Warenaustausch mit der DDR; die Kennziffer für die CSSR war 10,7, für Polen 10,0, für Bulgarien 8,4, für Ungarn 6,5, für Rumänien 4,5 und für die Mongolische Volksrepublik 1,4. Andererseits belief sich der Anteil der UdSSR am Außenhandelsumsatz der Mongolischen Volksrepublik auf 80 (1964), Bulgariens auf 49 (1966), der DDR auf 42 (1967), der CSSR auf 35 (1967), Ungarns auf 33 (1966) und Rumäniens auf 28 (1967)." [22])

Die Behauptung, die Sowjetunion nutze die anderen RGW-Länder aus für ihre eigenen Interessen, ist barer Unsinn.

Die ökonomische Integration im RGW hat mit der Integrationspolitik der Monopole nichts gemein. „Die sozialistische und die imperialistische ökonomische Integration unterscheiden sich grundlegend sowohl in ihren Zielen und Grundlagen als auch in ihren Methoden und Formen. Ebenso grundlegend unterscheidet sich das Komplexprogramm des RGW von den Brüsseler Vereinbarungen. Es macht deutlich, daß der sozialistischen Integration die Zukunft gehört." [23])

[22]) „Europäische Sicherheit und internationale Wirtschaftsbeziehungen", hrsg. von K. H. Domdey und U. J. Schmidt, Frankfurt 1970, S. 56.
[23]) Brauer, R.: Sozialistische Zusammenarbeit, UZ, 4. 9. 1971.



Rote Fahnen sieht man besser! Phrix-Lied (unzensiert!) Dieter Süverkrüp 17-cm-Single, stereo, Best.-Nr. Peng 12, 5,— DM.

Wir machen den Roten Punkt! interpol Köln, Die Conrads, Die Conrads singen das Lied vom „Roten Punkt", Text: D. Süverkrüp, 17-cm-Single, stereo, Best.-Nr. Peng 13, 5,— DM.

Dein Staat, das bekannte Unwesen, von und mit Dietrich Kittner, 30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 33 302, 20,— DM.

Angela Davis, Liedermacher: Lerryn u. Frederik, 17-cm-Single, stereo, Best.-Nr. Peng 11, 5,— DM.

Brecht die Macht der Monopole, Die Conrads, 30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 88 102, 20,— DM.

Streik, Juan & José, neue Lieder der spanischen Opposition, 30-cm-LP, stereo, m. Textbeilage, Best.-Nr. 55 501, 20,— DM.

Mikis Theodorakis: Ich rufe zum Kampf! Dora Giannakopoulou (Gesang), 30-cm-LP, stereo, m. Textbeilage, Best.-Nr. 55 110, 20,— DM.

Ernst Busch 1, Lieder der Arbeiterklasse, 30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 77 101, 20,— DM.

Ernst Busch 2, Lieder des spanischen Bürgerkrieges, 30-cm-LP, stereo, Best.-Nr. 77 102, 20,— DM.

Die Internationale, Mitschnitt vom Arbeiterlieder-Festival, 17-cm-Single, stereo, Best.-Nr. Peng 7, 5,— DM.

Verlag „pläne" GmbH
46 Dortmund
Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93

Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus

A. G. Jegorow

Aus einem in Heft 7, 1971, erschienenen Leitartikel des „Kommunist" (Moskau), in dem der Chefredakteur, Genosse A. G. Jegorow, Grundfragen des XXIV. Parteitages der KPdSU behandelt, bringen wir folgenden Abschnitt:

Wir sprechen vom sozialistischen, kommunistischen Fortschritt, weil der Sozialismus und der vollentwickelte Kommunismus Phasen ein und derselben Gesellschaftsformation sind. Diese weist eigene Etappen und Entwicklungsperioden auf, die dem Wesen nach miteinander verbunden sind und sich zugleich entsprechend dem sozialökonomischen Reifegrad der neuen Gesellschaft unterscheiden. Dabei vollzieht sich der Übergang zum Kommunismus auf seiner eigenen Grundlage, auf den Wegen des sozialen Fortschritts neuer Art, das heißt auf der Grundlage der allseitigen Entwicklung und Festigung der Prinzipien des Sozialismus, des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen.

Mit unserem Vormarsch zum Kommunismus erschließt sich den Völkern immer stärker die Erkenntnis, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus eine neue, höhere Stufe der Weltgeschichte, des Fortschritts der Menschheit bedeutet. Lenin betonte, daß der Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase des Kommunismus gewaltig sein wird.[1] Für den Übergang der Gesellschaft zum Kommunismus müssen mächtige Produktivkräfte und eine hocheffektive Wirtschaft vorhanden sein; die Arbeit muß zum allgemeinen Lebensbedürfnis werden, und ein hohes Niveau der Kultur und Bewußtheit ist erforderlich. Die Schaffung dieser Voraussetzungen erfordert Zeit, erfordert tiefgreifende Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Da der Sozialismus einen ganzen Zeitabschnitt der Weltgeschichte darstellt, der seine Perioden, seine Etappen aufweist, ist es sehr wichtig, realistisch die sozial-ökonomische Reife der Gesellschaft in jeder Etappe, die dieser eigenen Besonderheiten, die nächsten Aufgaben und die Mittel ihrer Lösung, die Formen und Methoden der Verwirklichung des sozialistischen, kommunistischen Fortschritts erkennen zu können. Lenin wies darauf hin, daß die ganze Schwierigkeit und die ganze Kunst der Politik darin besteht, die Eigenart der Aufgaben einer jeden Periode, die Eigenart der Bedingungen, unter denen die Partei wirkt, zu berücksichtigen. Dieser Gedanke wurde mit

[1]) Vgl. W. I. Lenin, „Staat und Revolution", Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 484/485.

besonderem Nachdruck im Rechenschaftsbericht des ZK an den XXIV. Parteitag unterstrichen: Die Politik muß stets „die wichtigsten Besonderheiten jeder Entwicklungsetappe des Landes in Betracht ziehen". [2])

Eine wichtige Etappe im Kampf der Partei und des Sowjetvolkes für den Kommunismus, für die Entwicklung aller sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen war zweifellos die erfolgreiche Verwirklichung des 8. Fünfjahrplanes. Mit der Erfüllung der Direktiven des XXIII. Parteitages der KPdSU in den wichtigsten sozialökonomischen Kennziffern machte das Sowjetvolk unter der Führung der Partei einen großen Schritt vorwärts bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, bei der Hebung des Volkswohlstandes, beim Aufschwung der Wissenschaft und Kultur und bei der weiteren Festigung der Verteidigungsmacht des Heimatlandes.

Die Sowjetgesellschaft hat jetzt einen Grad der sozialökonomischen Reife erreicht, bei dem ihr weiterer Fortschritt überaus dynamisch wird. Die gegenwärtige Entwicklungsetappe wird im Vergleich zur vorangegangenen sowohl durch grandiose schöpferische Aufgaben, durch deren gewaltige Maßstäbe sowie durch die Tiefe der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse im Prozeß und auf der Grundlage der Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus gekennzeichnet.
Ebendeshalb brachte der XXIV. Parteitag den ökonomischen Fragen so starke Beachtung entgegen. Zugleich wurden die Probleme der Entwicklung aller gesellschaftlichen Beziehungen, der Festigung aller Grundpfeiler und Prinzipien des Sozialismus im Verlauf des kommunistischen Aufbaus vielfältig und tiefgreifend analysiert. Denn obwohl sich die kommunistische ökonomische Gesellschaftsformation nicht in Teilen, sondern als ein ganzheitlicher Organismus herausbildet, erreicht sie keineswegs gleichzeitig in allen ihren Gliederungen die gleiche Reife. Daher die Notwendigkeit einer aufmerksamen Berücksichtigung der Spezifik der gesellschaftlichen Verhältnisse und Erscheinungen, damit Aufgaben und Inhalt jeder Periode und die Wege des weiteren Vormarsches richtig bestimmt werden können. Doch die Spezifik der einzelnen Gesellschaftsbereiche und -erscheinungen kann und muß wiederum unbedingt im Zusammenhang mit den allgemeinen objektiven Gesetzmäßigkeiten des kommunistischen Aufbaus verstanden werden. Gerade die Kenntnis der Gesetze der revolutionären umgestaltenden Tätigkeit der Massen, die theoretische Verallgemeinerung ihrer Erfahrungen ermöglichen es der Kommunistischen Partei, die sozialen Prozesse wissenschaftlich zu leiten, die Methoden und die Zeit ihrer praktischen Lösung zu bestimmen, die Perspektive zu erkennen.

Die UdSSR ist in eine Periode der sozialökonomischen Entwicklung, der Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus einge-

[2]) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Referent: L. I. Breshnew, APN-Verlag Moskau/Dietz Verlag Berlin, 1971, S. 53.

treten, in der die höchstmögliche Steigerung der Effektivität der Produktion und deren allseitige Intensivierung in den Vordergrund gerückt wird. Das kollektive Denken der Partei und des Volkes ist somit heute nicht allein auf Fragen des Produktionsumfangs, sondern vor allem darauf konzentriert, das derzeit höchstmögliche wissenschaftlich-technische Niveau der Produktion zu gewährleisten. Und dafür gibt es alle Grundlagen. Von den Beschlüssen des XXIII. Parteitages der KPdSU geleitet, haben Partei und Volk sehr viel geleistet, um an jedem Abschnitt des wirtschaftlichen Aufbaus die höchsten Ergebnisse bei geringstem Aufwand an Arbeit, Zeit und Mitteln zu erzielen, die qualitativen Kennziffern der Produktion wesentlich zu verbessern. Der XXIV. Parteitag verankert diese Linie und entwickelt sie weiter. Es geht darum, *„einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern“*.[3]) Das ist die Hauptaufgabe des neuen Fünfjahrplanes.

Unsere Partei verbindet die wesentliche Erhöhung des materiellen und des kulturellen Lebensniveaus des Volkes, in der sie ihr höchstes Ziel sieht, organisch und unlösbar mit dem weiteren Aufschwung der Wirtschaft und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, mit der stetigen Vervollkommnung der Produktionsstruktur, der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und einer vernünftigen Konzentration der Mittel auf die Hauptrichtungen des wirtschaftlichen Aufbaus, mit der Festigung der bewußten Disziplin aller Werktätigen und dem Wachstum ihres kulturell-technischen Niveaus. Das sind zwei Seiten einer Aufgabe, die man nicht voneinander trennen oder einander gegenüberstellen darf. Das Wachstum der materiellen Produktion und der Arbeitsproduktivität führt zur Hebung des Wohlstandes der Massen, ihres kulturell-technischen Niveaus, und dies wiederum ist eine mächtige Quelle zur Entwicklung der Produktion.

Das vom XXIV. Parteitag angenommene Programm für das Wachstum des materiellen Wohlstandes des Sowjetvolkes ist gewaltig. Auf der Grundlage einer Vergrößerung des Nationaleinkommens um 37—40 Prozent wird das Realeinkommen der Bevölkerung im 9. Fünfjahrplan um etwa 30 Prozent zunehmen. Der Kurs der Partei *auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik* ist, wie auf dem XXIV. Parteitag hervorgehoben wurde, der Kurs auf die Verbesserung des Lebens des Sowjetvolkes. Ohne in der Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Schwerindustrie, darunter auch der Verteidigung dienender Zweige, nachzulassen, stellt sie die wesentliche Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen als praktische Hauptaufgabe der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Und dieser Kurs auf das Wachstum des Volkswohlstandes betimmt die Tätigkeit der Partei nicht nur für die bevorstehenden

[3]) Ebenda, S. 56.

fünf Jahre, sondern ist auch die allgemeine Orientierung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion für eine weitgesteckte Perspektive. Er stützt sich auf die gewachsenen Möglichkeiten der sowjetischen Wirtschaft. Gleichzeitig ist völlig klar, daß das vorgesehene Programm für die beschleunigte Hebung des Volkswohlstandes nur durch *Arbeit*, durch rasche Entwicklung der Produktivkräfte, Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion und vollständigere Erschließung aller Reserven verwirklicht werden kann.

Bekanntlich sah Lenin in der Steigerung der Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Wichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, für seine Überlegenheit über den Kapitalismus. Und es nimmt nicht Wunder, daß die Rolle dieses Faktors mit unserem Vormarsch zum Kommunismus größer wird. Im neuen Fünfjahrplan müssen 80 bis 85 Prozent des Nationaleinkommenszuwachses durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden. Die Direktiven des XXIV. Parteitages sehen daher konkrete Aufgaben für die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen führenden Wirtschaftszweigen vor. Sie weisen zugleich reale Wege für die Lösung dieser Aufgabe: beschleunigtes Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in allen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft, Vervollkommnung der Proportionen in der gesellschaftlichen Produktion, Verbesserung der Technologie, höhere Energieausstattung sowie breite Anwendung der im Lande und im Ausland gewonnenen weiterführenden Erfahrungen. Dazu gehören auch die Vervollkommnung der Arbeitsorganisation, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion, die Einführung fortschrittlicher Methoden und Verfahren und die Erhöhung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen. Lenin stellte fest, daß „das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht“.

Er war der Ansicht, daß darin „die Quelle der Kraft und die Bürgschaft für den unausbleiblichen vollen Sieg des Kommunismus“ liegt.[4]) Ein wichtiger Faktor für die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist schließlich die Vervollkommnung der Planung und ökonomischen Stimulierung, der Formen und Methoden zur Leitung der Produktion. Im neuen Fünfjahrplan wird die Umstellung auf das neue System der Planung und ökonomischen Stimulierung in den nach wirtschaftlicher Rechnungsführung tätigen Betrieben und Organisationen aller Zweige der materiellen Produktion und des Dienstleistungsbereiches abgeschlossen; dieses System wird eine weitere Entwicklung und Vertiefung erfahren.

Der XXIV. Parteitag wies auf die Notwendigkeit hin, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verbinden. Das aber bedeutet, daß

[4]) W. I. Lenin, „Die große Initiative“, Werke, Bd. 29, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 408/409.

man die Produktionsfonds, die Investitionen, die Arbeitskräfteressourcen noch besser nutzen, den Arbeitsaufwand senken und die Qualität der Erzeugnisse erhöhen muß. Das heißt ferner, daß man die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik schneller und effektiver in die Produktion überführen, die zentrale Planung und die Kriterien für die Einschätzung der Tätigkeit von Betrieben, Vereinigungen und Ministerien vervollkommnen muß, und zwar unter dem Aspekt, daß wir uns bei der Entwicklung der Volkswirtschaft jetzt vor allem auf die Nutzung der qualitativen Faktoren und des Wachstums der Arbeitsproduktivität stützen müssen.

Im Zusammenhang damit sollte man daran erinnern, daß W. I. Lenin nicht nur eine fundierte Begründung der Wirtschaftspläne, sondern auch eine systematische Überprüfung ihrer Erfüllung, einen entschiedenen Kampf gegen Konservatismus, Vergeudung, Mißwirtschaft und Bürokratismus forderte und einen geschickten Einsatz der Kader, die Einbeziehung aller Werktätigen in die aktive Leitung von Produktion und Staat verlangte. Lenin unterstrich, daß der sozialistische Staat stark ist durch die Bewußtheit der Massen, daß der Staat mit dem Sieg des Sozialismus aufhört, ein Instrument der Klassenherrschaft zu sein, aber keineswegs verschwindet. „Zum vollständigen Absterben des Staates", schrieb er, „bedarf es des vollständigen Kommunismus."[5])

Weshalb? Erstens bleiben in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen und folglich auch Klassenunterschiede bestehen. Zweitens gibt es im Sozialismus noch Überreste der Vergangenheit und folglich auch Träger dieser Überreste, und daher ist auch die Notwendigkeit nicht verschwunden, neben der Überzeugung als der Hauptmethode auch Mittel staatlichen Zwangs gegenüber Personen anzuwenden, die gegen Gesetze der sozialistischen Gesellschaft, gegen deren Normen und Prinzipien verstoßen. Die Existenz des Staates ist auch durch die Außenbeziehungen bedingt. Bekanntlich stellt die sozialistische Weltgemeinschaft ein System souveräner Staaten dar. Sowohl vom Standpunkt ihrer allseitigen Entwicklung und Zusammenarbeit, aber auch um Beziehungen zu anderen Ländern zu unterhalten und die Sache des Friedens zu festigen, ist der Staat notwendig. Schließlich können wir nicht davon absehen, daß sich der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR im erbitterten Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus in der Welt vollzieht, was eine Festigung der Armee und anderer Organe des sozialistischen Staates erfordert. Ebendeshalb verläuft die Bewegung der Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus nicht über die Schwächung, sondern über die Festigung des sozialistischen Staates, wobei die Hauptrichtung seiner Entwicklung die höchstmögliche Entfaltung der Demokratie, die Heranziehung aller Bürger zur aktiven Teilnahme an der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, am wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ist. In der Entschließung zum Rechen-

[5]) W. I. Lenin, „Staat und Revolution", Werke, Bd. 25, S. 482.

schaftsbericht des ZK an den XXIV. Parteitag heißt es, „daß der Kampf für den Aufbau des Kommunismus nicht von der allseitigen Entwicklung der sozialistischen Demokratie, der Festigung des Sowjetstaates, der Vervollkommnung des gesamten Systems der politischen Organisation der Gesellschaft getrennt werden kann".[6]) Der Parteitag widmete der Arbeit der Sowjets, der Gewerkschaften, des Komsomol und der anderen Massenorganisationen, der Vervollkommnung der Gesetzgebung, der Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, der Hebung des Niveaus der Volkskontrolle und der Verantwortlichkeit der Kader für die übertragene Sache größte Aufmerksamkeit. Die sozialistische Demokratie setzt bekanntlich nicht voraus, daß die Ansprüche der Menschen an sich und an andere geringer werden, sie bedingt vielmehr ein Steigen der Ansprüche, eine Festigung der Ordnung und der Disziplin. Zu einer der wichtigsten Aufgaben gehört deshalb heute mehr denn je, bei allen Werktätigen die marxistisch-leninistische Weltanschauung, hohe ideologisch-politische Qualitäten und kommunistische Moralnormen zu entwickeln und alle Menschen zu sozialistischer Arbeits- und Lebenskultur, bewußter Disziplin und Organisiertheit zu erziehen.

Eine Vielfalt von Formen der auf sozialistischem Eigentum beruhenden gesellschaftlichen Beziehungen wird durch die sozialpolitische und ideologische Einheit unserer Gesellschaft nicht etwa ausgeschlossen, sie ist vielmehr deren Voraussetzung. Außerdem ist — wie die Erfahrungen zeigen — die völlige Überwindung der sozialen, der Klassenunterschiede eine Aufgabe von längerer Dauer als die Beseitigung der Unterdrückung von Klassen und Nationen. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es noch Klassenunterschiede, die mit der Stellung der verschiedenen sozialen Gruppen im System der gesellschaftlichen Produktion zusammenhängen, obgleich der Begriff der Klasse dabei natürlich wesentliche Veränderungen erfährt.

Die soziale Grundlage unseres Staates — der ein Staat des ganzen Volkes ist — ist das sozialistische Bündnis aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse. Ihre führende Rolle verstärkt sich mit unserem Vormarsch zum Kommunismus, denn die Ideologie, die Sache der Arbeiterklasse wird zur Sache, zur Ideologie des ganzen Volkes. Mit ihrem revolutionären Geist, ihrer Organisiertheit und ihrem Kollektivismus reißt die Arbeiterklasse die Volksmassen zu neuen Leistungen im Kampf für den Sieg des Kommunismus mit. In der Entschließung des XXIV. Parteitages zum Rechenschaftsbericht des ZK heißt es: „Der Parteitag sieht die wichtigste Aufgabe der Sozialpolitik der Partei in der unbeirrbaren Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, im Zusammenschluß der Arbeiter, Kolchosbauern, der Angehörigen der Intelligenz und aller Sowjetmenschen bei ihrer gemeinsamen Arbeit."[7])

[6]) XXIV. Parteitag der KPdSU, Dokumente, APN-Verlag Moskau/Dietz Verlag Berlin, 1971, S. 23.
[7]) Ebenda, S. 22.

Unter Anwendung der Methode der materialistischen Dialektik entwickelte und vertiefte unsere Partei auf dem XXIV. Parteitag die wissenschaftliche Auffassung von der sozialen Struktur der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sie konkretisierte das Wesen des Prozesses der allmählichen Auflösung der Klassengrenzen, das Wesen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit unter den Bedingungen der sozialistischen Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation, des Prozesses der Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, der weiteren Festigung der sozialpolitischen und ideologischen Einheit der Sowjetgesellschaft, des Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauernschaft, der Freundschaft der Völker der UdSSR, des Aufblühens und der Annäherung der Nationen und ihrer Kulturen beim Aufbau des Kommunismus.

Der XXIV. Parteitag der KPdSU hat gezeigt, wie man in der gegenwärtigen Etappe die Interessen des multinationalen Sowjetvolkes, seiner Klassen und sozialen Gruppen berücksichtigen muß, um das hohe Ziel, den Aufbau des Kommunismus, zu erreichen. Die Linie der KPdSU *in der Sozialpolitik* ist, wie auf dem XXIV. Parteitag betont wurde, der Kurs auf die weitere Festigung der Einheit der Sowjetgesellschaft, die weitere Annäherung der Klassen und sozialen Gruppen, aller Nationen und Völkerschaften, der Kurs auf die konsequente Entwicklung der sozialistischen Demokratie, auf die Heranziehung immer breiterer Massen zur Lösung der gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten, der Kurs auf die Hebung des kommunistischen Bewußtseins aller Werktätigen, auf die umfassende Entfaltung von Wissenschaft und Kultur, auf die hohe geistige Entwicklung des Menschen der Sowjetunion und auf die Festigung jener moralisch-politischen Atmosphäre im Lande, in der die Menschen leicht atmen, gut arbeiten und ruhig leben können.

Der XXIV. Parteitag hat nicht nur gewaltige ökonomische und politische, sondern auch humanistische Bedeutung. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit, im Brennpunkt aller erörterten ökonomischen, politischen und ideologischen Probleme der Mensch stand, die Sorge um eine höchstmögliche Entwicklung seiner Fähigkeiten und die Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse. Der Zusammenhang aller Lebensbereiche der Gesellschaft offenbart sich vor allem in der Entwicklung der Fähigkeiten und in der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse des Menschen, dessen Wesen, wie Karl Marx treffend sagte, kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum, sondern in seiner Wirklichkeit das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.[8]) Gerade die geistigen Reichtümer des Menschen, die Entwicklung seiner schöpferischen Fähigkeiten, der Grad

[8]) Vgl. Karl Marx, „Thesen über Feuerbach", Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 534.

und die Methoden der Befriedigung vernünftiger Bedürfnisse – und zwar in ihrer Gesamtheit und in allen Lebensbereichen, nicht aber in irgendeiner einzelnen Richtung – charakterisieren am besten das Niveau des sozialistischen Fortschritts einer Gesellschaft und der sie bestimmenden Produktionsweise.

Die Vorzüge des Sozialismus, des Kommunismus gegenüber allen anderen Gesellschaftsformationen treten hier besonders sichtbar zutage, weil die sozialistische Ordnung mit der Befreiung des Menschen von der Ausbeutung die Voraussetzungen für eine ungehinderte Entwicklung der Fähigkeiten der Massen schafft und eine stetige Hebung ihres materiellen Wohlstandes entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte gewährleistet. In der Geschichte unserer Partei und unseres Volkes ist deutlich abzulesen, wie sich zusammen mit dem Wachstum der Produktion, der materiellen Ressourcen die Möglichkeiten der geistigen Entwicklung der Massen, ihrer aktiven Teilnahme an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unablässig erweiterten, wie von Parteitag zu Parteitag die Möglichkeiten zur allseitigen Verwirklichung der programmatischen Aufgaben der Partei in ihrer Einheit größer wurden, wie der Sowjetcharakter wuchs und erstarkte.

In den Dokumenten des XXIV. Parteitages hat die Devise der KPdSU „Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen" eine allseitige ökonomische, politische und ideologische Begründung gefunden. Das ist realer Humanismus, der auf den Errungenschaften des Sozialismus fußt und sich in den gesamten vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Sowjetgesellschaft, in der Tätigkeit unserer Partei realisiert.

Die Politik der KPdSU ist eine Politik, die den Grundinteressen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen entspricht und auf die volle Entfaltung der schöpferischen Initiative und Aktivität der Massen gerichtet ist. Die Politik der KPdSU ist eine konsequent wissenschaftliche, realistische Politik, die sich auf die Lehre des Marxismus-Leninismus und deren schöpferische Weiterentwicklung gründet; sie wird von den objektiven Lebensbedingungen, den dringenden Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung, des sozialistischen, kommunistischen Fortschritts bestimmt. Die Politik der KPdSU ist eine weitsichtige, vorwärtsstrebende Politik. Gestützt auf all das, was Partei und Volk mit ihrer Arbeit geschaffen haben, gestützt auf die Erfahrungen der Massen, sieht sie die Zukunft wissenschaftlich voraus und weist den richtigen Weg zum Kommunismus. Ebendeshalb glaubt das Sowjetvolk der Kommunistischen Partei vorbehaltlos und folgt ihr. Es weiß, daß unsere Partei keine anderen Interessen hat noch haben kann als die Interessen des Volkes.

Die weise und weitsichtige Politik der KPdSU fördert nicht nur unseren erfolgreichen Vormarsch zum Kommunismus, sondern auch die Entwick-

lung des weltweiten revolutionären Prozesses, die Erweiterung und Festigung der Beziehungen der KPdSU zu den Bruderparteien, die Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus. Sie unterstützt den siegreichen Kampf des Marxismus-Leninismus gegen den rechten und „linken" Revisionismus, gegen alle Formen des bürgerlichen Nationalismus, gegen alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie.

Mit ihrer konsequenten Friedenspolitik, mit ihrer Kompromißlosigkeit im ideologischen Kampf errang unsere Partei größte internationale Autorität, machte sie das Wesen der Partei neuen Typus deutlich, die den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt, zugleich dessen Reinheit hütet und immer und überall die Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen verteidigt.

Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien, der nationaldemokratischen und linkssozialistischen Parteien würdigten auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU und in Versammlungen der Werktätigen einmütig die überaus wichtige Rolle der KPdSU im antiimperialistischen Kampf. Der Parteitag gestaltete sich zu einer beeindruckenden Demonstration des ständig erstarkenden Bündnisses der revolutionären Hauptkräfte der Gegenwart: des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes der Völker.

Durch den gesamten Verlauf der historischen Entwicklung ist unwiderlegbar bewiesen, daß die Politik und die Erfahrung der KPdSU eine gewaltige Quelle revolutionärer Inspiration, revolutionären Denkens und Handelns ist: ist sie doch eine Politik, die die Gedanken, Gefühle und Bestrebungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum Ausdruck bringt, eine Politik, in der der sieghafte und unüberwindliche Geist des Leninismus lebt, der die arbeitenden Menschen erhebt und sie zu großen Taten für den Kommunismus, für das Glück der Menschen auf Erden begeistert.

facit Neuerscheinungen

Israel — Speerspitze des Imperialismus
ca. 80 Seiten, 2,50 DM, facit-Reihe 12

Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)
80 Seiten, 2,50 DM, facit-Reihe 11

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD mit Dokumenten
ca. 80 Seiten, 2,50 DM, erscheint März 1972, facit-Reihe 13

Bestellungen an: Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"

Thomas Mies

Der Linksopportunismus an den Hochschulen hat sein neues Steckenpferd: das „sozialistische Studium". Zwar gibt es um Definition und politische Umsetzung dieser Losung eine babylonische Sprachverwirrung nach dem Muster: „Kampf — Kritik — Spaltung", aber in der schwierigen Selbstidentifikation der Linksopportunisten gegenüber dem Spartakus erfüllt sie durchaus die Funktion des kleinsten gemeinsamen Nenners. Allein der Tübinger „Rote Pfeil" marschiert noch immer schnurgerade auf die Diktatur des Proletariats zu. Er hält jede Forderung, die auf Veränderung der Studieninhalte zielt, für „Samariterdienste am Siechbett der imperialistischen Wissenschaft und Kultur" und rückt dabei den Spartakus in die angenehme Nachbarschaft des „KSV". Der in solchen Positionen zum Ausdruck kommende Aberglaube an den großen Sprung in den Sozialismus verliert aber auch bei den Linksopportunisten in dem Maße an Boden, in dem durch das Erstarken des Spartakus Fragen einer praktischen sozialistischen Politik an den Hochschulen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wenn man gutwillig ist, so kann man die Entwicklung von Losungen, die das „sozialistische Studium" propagieren, als Ausdruck der Einsicht interpretieren, daß die Entwicklung von langfristig orientierenden Forderungen, die nicht selbst den Sozialismus zum Inhalt haben, auch im Hochschulbereich für die politische Praxis von Sozialisten in der BRD unabdingbar ist. Eine andere Frage ist es natürlich, was die in der ideologischen Auseinandersetzung in die Defensive geratenen Linksopportunisten aus dieser Einsicht machen. Es zeigt sich dann nämlich, was dabei herauskommt, wenn man sozialistische Politik in der Hochschule gegen die DKP und gegen Spartakus zu machen versucht, wenn man das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten propagiert und die Organisationen der Arbeiterklasse ignoriert oder gar diffamiert, wenn man für den Hochschulbereich Forderungen zu formulieren versucht und den Kampf um antimonopolistische Demokratie und Mitbestimmung als revisionistisch abtut. Es zeigt sich schließlich, daß die Überwindung der Fehler der antiautoritären Studentenbewegung nicht durch dogmatische Organisationskonzepte und das Bekenntnis zu den Mao-Tse-Tung-Ideen geleistet werden kann. Wir werden dies an den „Lösungen" demonstrieren, die die Konzeption des „sozialistischen Studiums" für die grundlegenden Probleme einer marxistischen Hochschulstrategie anbietet: 1. für die klassenanalytische Einschätzung der Studentenschaft; 2. für die Strategie und Taktik des demokratischen und sozialistischen Kampfes in der Gesellschaft und speziell an der Hochschule; 3. für den ideologischen Kampf an der Hochschule.

So schwierig es auch ist, einen gemeinsamen Nenner in der klassenanalytischen Begründung des Konzepts des „sozialistischen Studiums" herauszuarbeiten, so können doch bei einiger Vereinfachung und auf die Gefahr hin, einige Differenzierungen im linksopportunistischen Fraktionskampf zu unterschlagen, folgende Gemeinsamkeiten in der Argumentation festgehalten werden:

a) die Studentenschaft wird als homogene soziale Schicht betrachtet, definiert durch ihre spezifische Ausbildungssituation (vgl. etwa Leitsätze des „KSV", RPK 118, S. 3);

b) daraus wird abgeleitet, daß sie sowohl im Widerspruch zum Monopolkapital als auch zum Proletariat stehe. Auf letzteres wird in Abgrenzung zum Spartakus besonderer Wert gelegt. Dies wird verschieden begründet: mit dem Hinweis auf die Trennung der Studenten vom Produktionsprozeß, bzw. „dem Klasseninhalt der Studiengänge und Ausbildungsziele" (Leitsätze, a. a. O.), oder mit den „objektiven Privilegien" und „Bedingungen, unter denen die Studenten sozialisiert werden" (vgl. „Dem Volke dienen", Organ der Rotzeg Münster, Nr. 1),schließlich mit Vorteilen in der Bezahlung und in der Verfügung über die eigene Arbeitskraft, die die Studenten später im Beruf zu erwarten hätten.

c) Die Widersprüche im Hochschulbereich werden gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen relativ isoliert. Die veränderte Stellung von Wissenschaft und Ausbildung im Reproduktionsprozeß des Kapitals mit ihren Konsequenzen für die Berufsperspektive der Studentenschaft wie bedeutender Teile der Arbeiterklasse wird nicht reflektiert (vgl. Leitsätze, a. a. O., S. 4).

d) Schließlich wird aus alledem abgeleitet, daß die objektiven Interessen der Studentenmassen sie keineswegs auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse orientieren. Es wird vor ständischer Interessenvertretung gewarnt und dem die Forderung an die Studenten entgegengesetzt, „dem Volke zu dienen". Die Bereitschaft dazu soll in einem ideologischen Selbstreinigungsprozeß erworben werden. Da das „studentische Kleinbürgertum" von seiner Interessenanlage her schwankend ist, ist es letzten Endes allein eine Frage des ideologischen Kampfes, auf welche Seite es sich schlägt (vgl. etwa Leitsätze des „KSV", a. a. O., S. 6).

Die Mängel dieser Argumentation liegen, ohne daß hier eine genauere alternative klassenanalytische Einschätzung der Intelligenz geleistet werden müßte (vgl. aber RK 11), auf der Hand. Die Konzeption der Studentenschaft als einer homogenen sozialen Schicht, definiert durch ihre Ausbildungssituation, mag für den Humboldt'schen Entwurf einer Universität — getrennt vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß und der reinen Theorie verpflichtet — relative Geltung gehabt haben. Für die Hochschule im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD ist sie eine Fiktion, denn — dies ist die Enschätzung des Spartakus — hier gehen die Klassenfronten quer durch die Studentenschaft. „Die Studentenschaft als soziale Schicht",

diese Bestimmung ist oberflächlich und phänomenologisch, also unmarxistisch. Sie unterschlägt die sehr viel fundamentaleren Widersprüche innerhalb der Studentenschaft, die sich aus der Klassenspaltung dieser Gesellschaft herleiten und die allein zu bestimmen sind aus der Berufsperspektive der Studenten. Demgegenüber sind soziale Herkunft und die jeweiligen konkreten Widersprüche an den Hochschulen zwar wichtige Determinanten für Politisierungsprozesse, die für die politische Praxis berücksichtigt werden müssen, für die klassenanalytische Einschätzung aber sind sie sekundär. Weiterhin gilt für jede Klassenanalyse ein ABC des Marxismus, das da lautet: primär bei jeder Klassenanalyse sind immer die Produktionsverhältnisse gegenüber den Distributions- und Einkommensverhältnissen und weiter die objektiven gegenüber den subjektiven Faktoren (vgl. etwa die klassische Klassendefinition durch W. I. Lenin, Werke Bd. 29, S. 410). Nach diesem ABC sind primäre und abgeleitete, vom Klassenfeind in bestimmtem Maße manipulierbare Widersprüche streng zu unterscheiden. Gerade die Fähigkeit, in den praktischen Kämpfen die Einsicht der Massen in die objektiven Bedingungen zu entwickeln, das Primäre gegenüber dem Abgeleiteten als objektive Basis von Solidarität und möglichen Bündnissen hervorzuheben, ist eine Eigentümlichkeit marxistischer Politik. Wer allerdings aus den „objektiven Privilegien" (sic!), „Bedingungen, unter denen die Studenten sozialisiert wurden", ihrer Bezahlung etc. ebenso gewichtige Widersprüche zwischen Studenten und Arbeiterklasse konstruiert, wie er sie richtig zwischen Studenten und Monopolkapital behauptet, der begibt sich vorweg genau jener klassenanalytischen Basis, von der aus allein marxistische Massenpolitik möglich ist.

Dies gilt ebenso für den Hinweis auf die Trennung der Studenten vom Produktionsprozeß oder auf „den Klasseninhalt der Studiengänge und Ausbildungsziele" (s. o., a. a. O.). Dahinter mag wohl die Vorstellung vom „Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit" und die Sympathie für ein „Konzept" des sozialistischen Aufbaus gestanden haben, das die Aufhebung des Unterschieds von Hand- und Kopfarbeit durch einen voluntaristischen Akt und nicht durch die zielstrebige Entwicklung der Produktivkräfte vollenden will. Der theoretische Fehler ist offenkundig: der Unterschied von Hand- und Kopfarbeit ist zunächst einmal Ausdruck eines gegebenen Niveaus der Produktivkraftentwicklung, er für sich genommen bringt nichts und niemanden in Gegensatz; erst auf der Basis der Klassenherrschaft und von ihr geprägt, wird er Ausdruck von Klassenantogonismen. Nun ist es gerade eins der Grundprobleme des Imperialismus im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution, daß er um den Preis seines Ueberlebens gezwungen ist, das Privileg der herrschenden Klasse auf geistige Arbeit in bestimmtem Maße aufzuheben. Dies drückt sich aus im Strukturwandel der Arbeiterklasse; — wer heute noch den Begriff der Arbeiterklasse durch das Kriterium „körperliche Arbeit" definieren will, der dürfte schwerlich die Marx'schen Prognosen über die Zukunft der Arbeiterklasse

begründen können. Es drückt sich weiterhin aus in der Ausweitung des sozialen Rekrutierungsfeldes für akademische Berufe und schließlich in der Tendenz, entsprechend dem erheblich gestiegenen Vergesellschaftungsniveau der geistigen Arbeit, wachsende Teile der Intelligenz Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterwerfen, die sich denen der Arbeiterklasse annähern. Die Verhinderung unerwünschter Solidarität zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz wird in diesem Zusammenhang für die herrschende Klasse zu einem wichtigen Problem. Ein entscheidender Hebel zu seiner Lösung wird dabei für sie nach wie vor die rigide Trennung von Ausbildung in Studium und beruflicher Tätigkeit sein. Wer daraus aber einen grundlegenden Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz konstruiert, der begeht nicht nur den schwerwiegenden Fehler, soziale Widersprüche von der Ebene der PK herleiten zu wollen, der fetischisiert vor allem die vom Monopolkapital allerdings manipulierbare Oberfläche der sozialen Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz und vergißt die von ihm nicht mehr manipulierbaren Veränderungen an ihrer Basis der sozialen Beziehungen. Ähnlich ist es mit der Berufung auf „Klasseninhalt der Ausbildungsziele". Die Feststellung, daß sie vom Monopolkapital bestimmt werden, ist für staatsmonopolistische Verhältnisse wohl einigermaßen trivial. Für die klassenanalytische Einschätzung besagt das allerdings nur sehr wenig. Wer im staatsmonopolistischen Kapitalismus einen Beruf ausüben will, tut das im allgemeinen im mittelbaren oder unmittelbaren Dienst des Monopolkapitals. Die Frage ist nur: übt er diese Tätigkeit in einer sozialen Position aus, die ihn zum Ausbeutungsobjekt oder zum Interessenträger des Monopolkapitals macht? Dies ist eine Frage, über die objektive Kriterien entscheiden. Über „Klasseninhalt der Studiengänge und Ausbildungsziele" kann das Monopolkapital bestimmen, solange die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten nicht die Machtfrage stellen können, über die Klassenlage aber derer, die diese Studiengänge absolvieren, nicht.

Dabei muß betont werden, daß hiermit nicht die vielen gewichtigen Faktoren, die nach wie vor Arbeiterklasse und Studenten trennen, unterschätzt werden sollen. Dies hieße, Macht und Einfluß des Monopolkapitals auf die Bewußtseinsentwicklung in der Studentenschaft und in der Arbeiterklasse zu unterschätzen. Geklärt werden muß aber die materielle Basis, von der aus allein Marxisten gegen die trennenden Faktoren ankämpfen und das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen verbreiten können. Und genau in dem Horror davor, eine solche materielle Basis für den politischen Kampf anzugeben, besteht die Kontinuität dessen, was die Linksopportunisten ihre Klassenanalyse nennen, zu ihrer antiautoritären Vergangenheit. Die Unfähigkeit zur Unterscheidung von objektiven und subjektiven Faktoren im Klassenkampf, die Unterschätzung bzw. Ablehnung materieller Interessen als Basis des politischen Kampfes und die Überschätzung der Rolle und Möglichkeiten des ideologischen Kampfes sind von jeher konstitutive Mängel der theoretischen Aussagen der antiautoritären

Studentenbewegung gewesen. Daher fällt es schwer, die Aufforderung an die Studenten, tätige Reue wegen ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage zu üben, ihre eigenen Interessen zu verraten und dem Proletariat zu „dienen", für etwas anderes als eine idealistische Schrulle zu halten, die vielmehr zu erklären ist aus dem schlechten Gewissen von sozialistischen Studenten, die ihre Affinität zur antiautoritären Studentenbewegung verdrängen wollen. Dies erhellt auch die Gründe für die von den Linksopportunisten immer wieder beschworene Gefahr ständischer Interessenvertretung.

Spartakus ist in seiner Bestimmung der Interessen der Studenten nie davon ausgegangen, daß diese sich allein aus ihrem gegenwärtigen Status herleiten. Er hat sie immer bestimmt als „Interessen des potentiellen akademischen Facharbeiters" (RK 11, S. 31), d. h. im Hinblick auf die Berufsperspektive der Mehrheit der Studenten und die Proletarisierungstendenzen, die diese Perspektive bestimmen. Er hat weiterhin nie der Konzeption von der Studentenschaft als einer homogenen sozialen Schicht mit gemeinsamen Interessen angehangen. Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die gerade an die objektiv fortschrittlichen Interessen der Mehrheit der Studenten anknüpfen will, zielt zugleich auf verschärfte Polarisierung und die Destruktion jedes noch verbliebenen falschen Standesbewußtseins innerhalb der Studentenschaft. Das Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung, „das revisionistische Konzept all derer, die den Standesinteressen der Studenten objektiv nach dem Munde reden" (so „Dem Volke dienen", Organ der Rotzeg Münster, Nr. 1), ist genau die Methode, mit der dem von den Linksopportunisten fetischisierten Individualismus der Studenten, ihrer Überfremdung durch Elite-Ideologien etc. praktisch zu Leibe gerückt werden kann.

Aus der Klassenanalyse der Linksopportunisten leitet sich theoretisch konsequent die Vernachlässigung der materiellen Interessen der Mehrheit der Studentenschaft ab. Daß sie sich in der Praxis nicht immer den Konsequenzen ihrer eigenen Theorie gemäß verhalten, steht auf einem anderen Blatt. Dann zeigt sich nämlich, daß man auf die Ausnutzung von Konflikten, die sich aus der materiellen Interessenlage herleiten, als Mittel zur Verstärkung des eigenen Einflusses keineswegs verzichten kann. Diese Einsicht — ohne Korrektur der Klassenanalyse — führt aber nur zum Eklektizismus in der Theorie und in den Losungen.

Die Konzeption des „sozialistischen Studiums" hat aber nicht nur die Vernachlässigung des ökonomischen Kampfes zur Folge. Sie drückt ebenso die Unmöglichkeit aus, den Primat der Politik in der Auseinandersetzung an der Hochschule zu realisieren, wenn man gleichzeitig antimonopolistische Reformen und die antimonopolistische Demokratie als Etappenziel als revisionistisch diffamiert. Zwar beginnen mittlerweile auch die Linksopportunisten einzusehen, daß die Errichtung des Sozialismus nicht die Tagesaufgabe ist. Sie bemerken, daß dem Kampf um demokratische Rechte unter diesen Bedingungen große Bedeutung bei der Entwicklung

politischen Bewußtseins zukommt. Sie definieren diesen Kampf aber ausschließlich defensiv: „Kampf dem Abbau demokratischer Rechte". Für eine „Strategie", die nur den qualitativen Sprung aus der bürgerlichen in die sozialistische Demokratie kennt, ist dies nicht weiter verwunderlich. Daraus entsteht ein Dilemma: einerseits ist der Sozialismus nicht auf der Tagesordnung, andererseits darf der Kampf um demokratische Rechte nach linksopportunistischem Dogma nur defensiv geführt werden, da es zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie keine Übergänge geben darf. Die Beschränkung auf die reine Defensive entspricht aber weder dem „revolutionären" Feuer der Linksopportunisten, noch läßt sich auf ihrer Basis langfristig eine zielstrebige Entfaltung von Massenkämpfen organisieren. Aus diesem Dilemma führt nur die Aufgabe des marxistischen Prinzips von der Priorität des politischen gegenüber dem ökonomischen und ideologischen Kampf heraus. In der Praxis führt dies bei den Linksopportunisten oft genug zum Ökonomismus, dominierend aber ist, entsprechend seinem ideologischen Background seiner Genesis an den Hochschulen, die Überschätzung des ideologischen Kampfes. Folgerichtig war die einzige Alternative, die von dieser Seite dem Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung entgegengesetzt wurde, die Propagierung des „sozialistischen Studiums". Während jenes aber, ausgehend von der wachsenden Verflechtung von Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Frage der politischen Macht konsequent in den Mittelpunkt rückt und mit der Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiterklasse und aller im Hochschulbereich Tätigen über Forschung und Lehre konkrete Kampfziele zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses an den Hochschulen benannt hat, verschiebt die Alternative der sogen. Anti-Revisionisten die Frage der politischen Macht an den Hochschulen praktisch auf den St.-Nimmerleins-Tag.

Die Einsicht in die Beherrschung der Hochschule durch das Monopolkapital, in den antidemokratischen Charakter des imperialistischen Gesellschaftssystems erwerben sich die Studentenmassen zuerst und vor allem in praktisch-politischen Kämpfen.

Für solche Zwecke geben die Linksopportunisten — solange nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung steht — das „sozialistische Studium" an, worin die Studenten von demokratischen Illusionen kuriert und treue Diener des Proletariats werden.

Die Naivität dieses Agitationskonzeptes ist ebenso offensichtlich wie sein opportunistischer Charakter. Opportunistisch ist nicht die Formulierung realisierbarer Zwischenziele auf dem Wege zu einer fundamentalen Umwälzung der politischen Machtverhältnisse, opportunistisch ist vielmehr die Abwertung der Frage der politischen Macht mit der Begründung, die Gesellschaft sei für solche Umwälzungen noch nicht reif. Auf diesem Wege wird die Gesellschaft nämlich nie reif für eine fundamentale Umwälzung. Die Geschichte der Losungen, die zum „sozialistischen Studium" entwik-

kelt wurden, belegt diesen Opportunismus sehr eindeutig. Zuerst war die Rede vom „Aufbau des sozialistischen Studiums", so der „KSV" in seiner Hauspostille RPK. Der Illusionismus dieser Losung war den Genossen dann aber doch zu starker Tobak. Man ging über zu „Erkämpft das sozialistische Studium" und schränkte schließlich ein, ein sozialistisches Studium gäbe es eigentlich erst im Sozialismus; der AStA der Uni Göttingen ging letztendlich zum „antikapitalistischen Studium" über (vgl. Vorlage für die VDS-Zentralratssitzung vom 18. 10. 71). Nun ändert sich durch größere Verwaschenheit des Konzepts natürlich nichts an seinen prinzipiellen Mängeln, in den Korrekturen meldet sich aber immerhin das schlechte Gewissen über die ihm inhärenten opportunistischen Tendenzen.

Angepriesen wird das „sozialistische Studium" als die richtige bündnispolitische Strategie für die Studenten. Weiterhin wird in Anspruch genommen, diese Strategie sei von den Interessen des Proletariats her entwickelt. Wenn das schwankende studentische Kleinbürgertum sich im Interesse des Proletariats erziehen will, kann es ja wohl kaum selbst die Inhalte dieser Erziehung bestimmen. Ein sozialistisches Studium im Interesse des Proletariats ohne Partei des Proletariats ist danach ja wohl ein Unding. Wo ein gewisser Sinn für Realitäten geblieben ist, verzichtet man darauf, sich auf eine solche Partei zu berufen, nimmt damit aber einen weiteren immanenten Widerspruch des Konzepts in Kauf; ansonsten greift man zu der bei den Linksopportunisten beliebten Methode der Selbsternennung von Studentenzirkeln zu proletarischen Parteien. In beiden Fällen kehrt man praktisch zur führenden Rolle der Intelligenz zurück. Auch hier verrät sich das „sozialistische Studium" nicht als die bündnispolitische Linie der Arbeiterklasse für die Studenten, sondern als das Produkt einer ideologischen Strömung in der Studentenschaft, die hinter ihrem Proletkult nur die Abneigung gegen die Verbindung mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen (Gewerkschaften, DKP, SDAJ) sowie den Mangel an Bereitschaft, von der Arbeiterklasse wirklich zu lernen, verbirgt.

Wenn wir bisher das „sozialistische Studium" in seinen klassenanalytischen Voraussetzungen und strategischen Konsequenzen kritisiert haben, so sollte damit keineswegs gesagt werden, daß es etwa für den engeren Bereich des ideologischen Kampfes an der Hochschule ein taugliches Konzept sei. Es gibt mindestens vier schwerwiegende Argumente dagegen:

1. Die Propagierung eines wirksamen sozialistischen Studiums setzt ja wohl voraus, daß Studentenmassen gegenwärtig für sozialistische Forderungen zu mobilisieren seien. Wir halten das für eine schlichte Überschätzung der Bewußtseinsentwicklung in der Studentenschaft, die aus der oben analysierten Unfähigkeit der Linksopportunisten entspringt, objektive und subjektive Faktoren in der Bestimmung der Lage der Studenten auseinanderzuhalten.

2. In einem sozialistischen Studium, das diesen Namen verdient, müßten zumindest die wesentlichen Ausbildungsabschnitte unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit für den sozialistischen Kampf bestimmt werden. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis an den Hochschulen ist so etwas aber undurchsetzbar, wie die Krise um das sehr viel bescheidener projektierte Bremer Modell wiederum beweist. Solange die Monopolherrschaft in der BRD nicht ernsthaft in Frage gestellt ist, ist das Konzept eines „sozialistischen Studiums" utopisch im negativen Sinne. Dies gilt genauso für das Göttinger Konzept des „antikapitalistischen Studiums" (a. a. O.). Wer das Gegenteil vertritt, hat opportunistische Illusionen.

3. Allein die schlichte Notwendigkeit, im imperialistischen Gesellschaftssystem einen Beruf anzustreben, verbietet die bruchlose Verbindung von Berufsausbildung und Vorbereitung auf den sozialistischen Kampf, also ein „sozialistisches Studium". Diese Losung ist daher akzeptabel nur für die Studenten, denen sich das Problem ihrer Berufsperspektive aus Gründen der Gestaltung des Studienganges oder wegen subjektiver Faktoren nicht mit der Unabweisbarkeit stellt, die es objektiv hat.

4. Es wird dadurch abgelenkt von der gegenwärtigen Kampfaufgabe der marxistischen Studenten im ideologischen Kampf: der Verbreitung der Wissenschaft des Marxismus als Grundlage jeder fortschrittlichen Wissenschaft, der Verbreitung der Einsicht unter den Studentenmassen, daß der Marxismus die beste Waffe im Kampf um ihre eigenen Interessen ist. Dies kann nicht dadurch geschehen, daß man die sozialistischen Studenten fein säuberlich selektiert und in eigenen „Studiengängen" erfaßt. Gerade dies würde die Verstärkung des Einflusses des Marxismus auf die ideologische Entwicklung der Studentenmassen behindern.

Das Problem, das die Linksopportunisten mit ihrer Losung benennen, stellt sich so nur für diejenigen Studenten, die den Hochschulkampf unter sozialistischer Perspektive aufnehmen. Das wird, vorläufig jedenfalls, eine Minderheit bleiben. Jeder, der die Politik des Spartakus kennt, weiß, daß wir für Genossen und Sympathisanten unter diesem Aspekt Arbeitsmöglichkeiten entwickelt haben: Schulungen, Tutorengruppen, Arbeitsgruppen, Seminare in eigener Regie etc. Wir haben allerdings nicht die Absicht, uns elitär auf unseren Sympathisantenkreis zu beschränken, sondern Massenpolitik zu betreiben. Dazu braucht man Losungen, die einerseits ans Bewußtsein der Massen anschließen und gleichzeitig in der Lage sind, es weiterzuentwickeln. Die Losung „Marx an die Uni" entspricht den Interessen der sozialistischen Studenten. Nur unter der Bedingung, daß konsequente Marxisten an den Hochschulen lehren können, ist partiell die Verbindung von Studium im Interesse des sozialistischen Kampfes und Studium als Berufsausbildung möglich. Zugleich ist diese Losung geeignet, Massen zu mobilisieren, weil sie, die herrschende Ideologie des Wissen-

schaftspluralismus beim Wort nehmend, dem demokratischen Bewußtsein der Mehrheit der Studenten entspricht. Gleichzeitig benennt sie die gegenwärtige Hauptaufgabe von marxistischen Studenten im ideologischen Kampf an der Hochschule.

Im Kampf um die Realisierung der Losung „Marx an die Uni" kann der Zusammenhang der Diskriminierung des Marxismus an der Hochschule mit der Herrschaft des Monopolkapitals in der BRD anhand der eigenen Erfahrungen der mobilisierten Studentenmassen von Sozialisten erläutert und so die Bewußtseinsentwicklung in der Studentenschaft vorwärtsgetrieben werden.

Diese Losung stellt Kampfziele auf, die beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis an der Hochschule in bestimmtem Maße erreichbar sind. Ohne Erfolge wird es aber nicht gelingen, die Kampfbereitschaft der Studentenmassen zu stabilisieren. Zugleich bedeutet es objektiv eine bedeutende Kräfteverschiebung im ideologischen Klassenkampf, wenn es gelingt, die totale Diskriminierung des Marxismus im öffentlichen Leben zu durchbrechen, indem konsequente Marxisten an einer entscheidenden Stelle der bürgerlichen Ideologieproduktion Fuß fassen. Damit sind nicht nur Positionen erobert, von denen aus die ideologische Überfremdung der Studentenschaft viel effektiver bekämpft werden kann. Auch dem Kampf gegen die ideologische Überfremdung der Arbeiterklasse, über die sich Sozialisten keine Illusionen machen sollten, bieten sich von hier aus ganz andere Möglichkeiten.

Die Losung „Marx an die Uni" steht für Spartakus in einem Zusammenhang von Forderungen, die insgesamt den Rahmen für eine demokratische Reform der Studienbedingungen und -inhalte abstecken. Dazu gehören die Forderungen nach einem gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium, das die zukünftigen akademischen Facharbeiter in die Lage versetzt, organisiertes Handeln mit der Einsicht in ihre eigene Interessenlage zu verbinden; dazu gehört die Forderung nach einer maximale Disponibilität sichernden Berufsausbildung, nach Studienreformen, die der Notwendigkeit permanenten Um- und Weiterlernens Rechnung tragen; dazu gehört schließlich die Forderung nach Befreiung der Studieninhalte von allem demokratiefeindlichen und antikommunistischen Gedankengut.

In ihrem demokratischen Charakter richten sich diese Forderungen objektiv gegen die Herrschaft des Monopolkapitals. Sie sind daher geeignet, die Einsicht in die Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse zu verbreiten; jeder kleine durch demokratischen Druck erzwungene Schritt hin auf ihre Realisierung bedeutet ein Stück Schwächung des Hauptgegners des Sozialismus: des Monopolkapitals; obwohl wir keineswegs glauben, eine durchgreifend demokratische Studienreform sei möglich, ohne daß der Herrschaft des Monopolkapitals gesamtgesellschaftlich entscheidende Schläge versetzt worden seien.

Als integrales Moment der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung sind diese Forderungen zugleich eng verknüpft mit dem Kampf um die Verbesserung der Kampfpositionen der fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen und ihm untergeordnet. Mehr Rechte und Einfluß von Arbeiterklasse und Studenten in der Hochschule bedeuten zugleich fortschrittliche Studieninhalte und verbesserte Chancen des ideologischen Kampfes. Wie Lenin immer wieder hervorgehoben hat: es gibt keine bessere Methode der Heranführung der Massen an den Kampf um den Sozialismus als die Entfaltung demokratischer Massenkämpfe. Im Gegensatz zu den Linksopportunisten redet Spartakus nicht nur von den „demokratischen Studenten", sondern entwickelt für sie auch auf ideologischem Gebiet eine Perspektive, die, weil sie ihren unmittelbaren Interessen Rechnung trägt, zugleich geeignet ist, sie wirksam auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu orientieren.

Internationaler Klassenkampf

180 Seiten DM 5,–
facit-Reihe 5

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Kultur und Kunst bei Mao Tse-Tung

Jürgen Reusch

Die spektakuläre Außenpolitik der Mao-Gruppe auf der Basis der friedlichen Kollaboration mit dem US-Imperialismus beansprucht zur Zeit die äußerste Wachsamkeit aller Marxisten. Ein Thema wie das obige mag daher auf den ersten Blick als recht akademische und entlegene Problematik erscheinen. Eine gewisse Aktualität aber auch dieser Themenstellung wird vielleicht deutlich, wenn man bedenkt, daß die politische Machtergreifung der Maoisten eben unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die alte Kultur und der „Kulturrevolution" [1] begann, und wenn man weiterhin bedenkt, daß der Maoismus im internationalen Klassenkampf, auch auf der ideologischen Ebene, unter den revisionistischen Strömungen eine der Hauptrollen spielt. Wir Marxisten sehen eine wichtige Aufgabe „im Kampf gegen anarchistische und sektiererische Tendenzen, gegen den Trotzkismus und Maoismus in der Bundesrepublik". [2] Die in der BRD notwendige, den konkreten Bedingungen entsprechende Kultur- und Kunsttheorie und -Praxis muß sich auch in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen und „linken" Auffassungen herausbilden. Als bescheidener Beitrag zu eben diesen Auseinandersetzungen versteht sich der vorliegende Aufsatz, der vor dem Bekanntwerden der Machtkämpfe in China geschrieben wurde.

Der historische Zusammenhang

Zum Verständnis der Schriften Maos ist eine grobe Skizzierung der geschichtlichen Ereignisse jener Zeit in China erforderlich. Maos Aufsätze über Kultur und Kunst entstanden in den vierziger Jahren. Dies war die Zeit der japanischen imperialistischen Aggression auf dem asiatischen Kontinent, gegen die in China die KPCh und die Rote Armee von ihren ländlichen Stützpunkten aus einen Guerillakrieg führten. In Übereinstimmung mit der Komintern hatte die KPCh eine Einheitsfronttaktik zur Zusammenfassung aller antijapanischen Kräfte ausgearbeitet. Ihrer völligen Verwirklichung standen aber nicht nur große materielle und ideologische Schwierigkeiten im Wege, sondern auch die Spalterpolitik der reaktionären, proimperialistischen Kräfte Chinas unter Chiang Kai-shek. Diese Dinge muß man im Auge behalten, wenn man die Schriften Maos aus den dreißiger und vierziger Jahren liest.

Umfassender Kulturbegriff

Wie umfassend Mao bisweilen den Begriff Kultur versteht, geht aus einem Artikel hervor, der 1944 entstand: „Wir müssen den Massen sagen, daß

[1] vgl.: Robert Farle, Peter Schöttler, Chinas Weg, Marxismus oder Maoismus, Frankfurt/Main 1969, 2. Aufl. 1971, S. 83 ff
[2] Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, Entwurf, These 41, S. 55.

sie sich selbst zum Kampf gegen das eigene Analphabetentum, gegen den Aberglauben, gegen unhygienische Gewohnheiten erheben sollen ... Deshalb müssen wir auf dem Gebiet des Bildungswesens nicht nur konzentrierte, reguläre Grund- und Mittelschulen haben, sondern auch über verschiedene Orte verstreute irreguläre Dorfschulen, Zeitungslesezirkel und Grupen zur Beseitigung des Analphabetentums. Wir müssen nicht nur Schulen neuen Tys haben, sondern auch die Dorfschulen alten Typs ausnutzen und sie umgestalten. Auf dem Gebiet der Kunst brauchen wir nicht nur das moderne Drama, sondern auch die Tjin-Oper und das Yanggo (Yanggo — eine volkstümliche Gesangs- und Tanzgattung in China. Anm. d. Übers.) ... Das Gesagte gilt erst recht für die Medizin." [3]) Was hier unter Kultur gefaßt wird, befindet sich durchaus im Einklang mit dem marxistischen Begriff, wenn es auch, den praktischen Bedürfnissen entsprechend, sehr schlicht formuliert ist. Denn „die Entwicklung und allseitige Herausbildung des menschlichen Wesens im Ringen um die Beherrschung der Naturkräfte und ganz besonders des eigenen gesellschaftlichen Zusammenlebens ist der eigentliche Inhalt aller Kulturentwicklung" [4]). Kultur beinhaltet also *„erstens* die in der gesellschaftlichen Produktion geschaffenen materiellen Güter ... *Zweitens* ... die Errungenschaften der geistigen Arbeit des Menschen ... *Drittens* ... die Gesamtheit der Sitten und Gebräuche, der Gefühle und Gewohnheiten, die gesellschaftliche Psychologie ... *Viertens* ... die Anwendung all dieser Bereiche und Wirksamkeiten der menschlichen Gattung zur Entwicklung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Individuums ... Der Begriff ‚geistige Kultur' ist ein anderer Ausdruck für die Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins." [5]) In den allermeisten Fällen hat Mao allerdings den Begriff Kultur in einem engeren Sinne verwandt als oben zitiert, nämlich im Sinne eben der geistigen Kultur.

Der Begriff „geistige Kultur"

Die Hauptthesen über Kultur hat Mao, in einem seiner wichtigsten theoretischen Aufsätze niedergelegt, in: Über die Neue Demokratie, geschrieben 1940. Hier sagt er: „Eine gegebene Kultur ist die ideologische Widerspiegelung der Politik und Wirtschaft der betreffenden Gesellschaft." [6]) Das bedeutet, daß hier im Gegensatz zu oben lediglich von der geistigen Kultur die Rede ist. „Es gibt in China eine imperialistische Kultur, die die politische und wirtschaftliche Beherrschung — oder partielle Beherrschung — des Landes durch den Imperialismus widerspiegelt ... Zu dieser Kategorie gehören alle jene Kulturerzeugnisse, in denen sich Versklavungsideen äußern. Es gibt ferner in China eine halbfeudale Kultur, die die halbfeudale Politik

[3]) Die Einheitsfront in der Kulturarbeit (30. Okt. 1944), in: Mao Tse-Tung, Ausgewählte Werke, Bd. III, Peking 1969, S. 215 f.
[4]) Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin 1970, S. 286.
[5]) Georg Klaus, Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, S. 303.
[6]) Über die Neue Demokratie (Jan. 1940), in: Mao Tse-Tung, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 431.

und die halbfeudale Wirtschaft widerspiegelt. Zu ihren Vertretern gehören jene, die den Kult um Konfuzius und des konfuzianischen Kanons befürworten ... Diese reaktionäre Kultur dient dem Imperialismus und der Feudalklasse, sie muß hinweggefegt werden. Wird sie nicht hinweggefegt, dann kann keinerlei neue Kultur aufgebaut werden. Ohne Niederreißen gibt es keinen Aufbau, ohne Eindämmen kein Fließen, ohne Stillstand keine Bewegung. Zwischen der einen und der anderen Kultur tobt ein Kampf auf Leben und Tod. Was die neue Kultur betrifft, so ist sie eine ideologische Widerspiegelung der neuen Politik und Wirtschaft, denen sie dient." [7]) Oder genauer: „Und das, was auf ideologischem Gebiet die neuen ökonomischen und politischen Kräfte *widerspiegelt* und *ihnen dient* (Hervohebg. — J. R.), ist die neue Kultur." [8])

Klassencharakter der Kultur

Mao verwendet in seinen Ausführungen die These der zwei Kulturen in einer nationalen Kultur und bemüht damit wie so oft Lenin als seinen geistigen Stammvater. Bevor wir an eine Untersuchung seiner Ausführungen herangehen können, müssen wir uns daher noch einmal Lenins Auffassung ins Gedächtnis rufen. „Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation ... Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur." [9]) Diese Sätze sind eine gewisse vereinfachende Zusammenfassung vorhergegangener Erläuterungen, nämlich: In *jeder* nationalen Kultur gibt es — seien es auch unentwickelte — Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in *jeder* Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In *jeder* Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen', sondern als *herrschende* Kultur." [10]) Lenin sagt also, daß die Kultur, die sich in einer kapitalistischen Ausbeutergesellschaft im Kampf mit der herrschenden entwickelt, erstens demokratisch und sozialistisch ist, zweitens in Form von Elementen existiert! Im richtigen Verständnis dieser fundamentalen Aussagen schreibt W. W. Gorbunow: „In einer glänzenden marxistischen Analyse des Klassengehaltes der in einer antagonistischen Gesellschaft vorherrschenden Kultur zeigte Lenin anhand der konkreten geschichtlichen Bedingungen der russischen Wirklichkeit, wie in ihr neue *fortschrittliche Elemente* heranreiften." [11]) Konsequenterweise muß man es heute auch als unsere Aufgabe bezeichnen, „die Elemente der demokratischen und sozialistischen Kultur zu entwickeln." [12])

[7]) a. a. O., S. 431—432.
[8]) a. a. O., S. 432
[9]) Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S. 17.
[10]) Lenin, a. a. O., S. 8 f.
[11]) W. W. Gorbunow, Lenin über den Klassencharakter der Kultur, in: Leninismus und die Gegenwart, Frankfurt/Main 1970, S. 159
[12]) Hannes Stütz, Referat auf dem kulturpolitischen Forum der DKP am 12./13. Juni 1971 in Nürnberg, unkorrigiertes Manuskript, S. 2.

Werfen wir nun noch einmal einen Blick auf Mao Tse-Tungs marxistisch-sein-sollende Auffassungen, so sehen wir, daß diese nicht unwidersprochen hingenommen werden können. Was wird hier nämlich gesagt: Es gibt in China Imperialismus und Feudalklasse, beides ist reaktionär, und imperialistische und (halb)feudale Kultur sind ihre entsprechenden Widerspiegelungen, sie sind folglich auch reaktionär und müssen hinweggefegt werden. Andernfalls kann die neue Kultur, nämlich die Widerspiegelung der neuen sozialistischen Verhältnisse, nicht entwickelt werden. Mao hat durchaus recht, wenn er, wie vor ihm Lenin, sich gegen die antimarxistische Lehre von der einheitlichen Nationalkultur wendet, die den Klassenkampf in der Gesellschaft leugnet. Mao hat aber durchaus Unrecht, wenn er stattdessen behauptet, daß jede Klasse ihre eigene Kultur widerspiegelt und folglich zu einem bestimmten Zeitpunkt diese Kultur genauso reaktionär sei wie die dazugehörige Klasse. Dies ist nichts anderes als vulgärer mechanischer Materialismus.

Das bedeutet, in Worten den Klassencharakter der Kultur anerkennen, aber Lenins Erkenntnis zu vergessen, daß sich die neue, fortschrittliche Kultur in Form von demokratischen und sozialistischen Elementen entwickelt. Bei Mao geht völlig verloren, daß es sich um *Elemente* einer neuen Kultur handelt, daß aber keineswegs jede Klasse einer antagonistischen Gesellschaft (in der es auch mehr als zwei Klassen gibt) ihre eigene komplette Kultur besitzt, so als existierten die Klassen abgetrennt nebeneinander und produzierten jede für sich ihre eigenen Widerspiegelungen, ihr eigenes Bewußtsein, ihre eigene (geistige) Kultur. Mao rückt sich damit in die Nähe jener „ . . . ‚linken' Vulgarisatoren des Marxismus, die ebenfalls von einer ‚einheitlichen Nationalkultur' der kapitalistischen Gesellschaft reden, allerdings schon im entgegengesetzten Sinne, als einer durch und durch reaktionären und dem Proletariat völlig feindseligen Erscheinung." [13]) Lenin bekämpfte entschieden diese Anschauungen, wie sie z. B. von den Proletkult-Gruppen vertreten wurden, die Verfechter einer abgekapselten, rein proletarischen Kultur waren.

Diese kleinbürgerliche Verirrung geht aus „von der metaphysischen Auffassung der bürgerlichen Kultur als einer homogenen erstarrten Erscheinung . . ., die von der Entwicklung verschiedener sozialer Tendenzen, verschiedener Richtungen nicht berührt (wird) . . . Zweitens (steckt) . . . darin die Absicht, die im Werden begriffene sozialistische Kultur isoliert von der bereits vorhandenen bürgerlichen Kultur, von ihrem realen nationalen Nährboden zu betrachten." [14]) Hören wir zur Verdeutlichung noch einmal Mao: „Und das, was auf ideologischem Gebiet die neuen ökonomischen und politischen Kräfte widerspiegelt und ihnen dient, ist die neue Kultur." Und das ist eben falsch. Denn da die Elemente der neuen Kultur „sich nur in

[13]) Gorbunow, a. a. O., S. 161.
[14]) Gorbunow, a. a. O., S. 162 f.

der Auseinandersetzung mit dem bestehenden System oder in der Auseinandersetzung mit systembedingten Erscheinungen (entwickeln)" [15]), bedeutet das, daß die zweite Kultur nicht einfach zeitlich, örtlich, mechanisch-institutionell von der herrschenden getrennt gesehen werden darf. „Zwar ist diese zweite Kultur entschieden abgegrenzt gegenüber der imperialistischen Manipulationskultur, aber ihre Abgrenzung ist keine formale und institutionelle, sondern eine inhaltliche. Die Grenze zwischen der herrschenden, imperialistischen und der unterdrückten, demokratischen und sozialistischen Kultur in der Bundesrepublik (aber natürlich nicht nur dort, J. R.) geht oft mitten durch einen Verlag, eine Sendung, ein Stück, einen Autor, einen Lehrer, ein Lehrbuch." [16]) Eine solche Erkenntnis geht Mao allerdings ab. Stattdessen scheint er der Ansicht zu sein, die bürgerliche, herrschende Kultur sei homogen, erstarrt und keinen Einflüssen mehr unterworfen, und die werdenden Elemente der neuen Kultur entwickelten sich isoliert von der herrschenden Kultur.

Der Marxismus stellt in der weiteren Untersuchung des Klassencharakters der Kultur fest: „In der Klassengesellschaft bestimmen die Produktionsverhältnisse über die Klassenpolitik den sozialen Inhalt und die Entwicklungsrichtungen der Kultur. Der Charakter der Kultur einer jeden Gesellschaftsformation wird durch Faktoren bestimmt, die in letzter Instanz aus der historischen konkreten Form der materiellen Produktion hervorgehen. Er wird erstens bestimmt durch die Art und Weise der Teilnahme der verschiedenen Klassen und Schichten an der Produktion, Verteilung und Aneignung geistiger Werte, was wiederum abhängig ist von der ökonomischen Basis und der sozialen Gliederung der Gesellschaft." [17]) Da Kultur das komplexe Gefüge der von der Gesellschaft produzierten materiellen und geistigen Werte ist, und die Existenz von Klassen in der Gesellschaft bedeutet, daß die einzelnen Klassen jeweils verschiedene (u. U. antagonistische) Stellungen in diesem gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß haben, wäre es falsch zu behaupten, daß jede einzelne Klasse für sich ihre materiellen und geistigen Werte produziert (oder widerspiegelt, wie Mao das hier für die geistige Kultur glauben macht). Vielmehr entsteht der Klassencharakter der gesellschaftlich produzierten Kultur durch die verschiedene Art und Weise der Teilnahme der verschiedenen Klassen und Schichten an der Produktion, Verteilung und Aneignung . . . „So kommt es, daß jede ökonomische Gesellschaftsformation eine ihr entsprechende Kultur hervorbringt, diese zu ihrer Vollendung benötigt und die Kultur in der klassengespaltenen Gesellschaft Klassencharakter trägt." [18]) Es gibt also sehr wohl in der von einer Klassengesellschaft hervorgebrachten Kultur eine herrschende bürgerliche, imperialistische (und feudale) Kultur, es entwickeln sich dagegen auch Elemente neuer, fortschrittlicher, demokratischer, sozialistischer Kultur,

[15]) Stütz, a. a. O., S. 22.
[16]) Stütz, a. a. O., S. 23.
[17]) Kulturpolitisches Wörterbuch, S. 285.
[18]) a. a. O., S. 286.

Mischformen, usw. Hierbei gibt es Inkonsequenzen und Widersprüche." Nun erfolgt die Widerspiegelung des Kampfes in der Kultursphäre nicht so geradlinig wie in der Politik und Wirtschaft. Während sich die Grenze zwischen den kämpfenden Kräften in Politik und Wirtschaft hinreichend deutlich verfolgen läßt und man ihre Forderungen klar erkennen kann, ist der Ausdruck des Klassenbewußtseins in der Kultur nicht so bestimmt. Hier verkörpern sich gesellschaftliche Tendenzen in Werken der Phlilosophie, Literatur und Kunst, die nicht unmittelbar, sondern nur annähernd dem Klassenkampf entsprechen." [19]) Das Werk eines Künstlers oder Philosophen kann sogar „gleichzeitig widerspruchsvolle Tendenzen zum Ausdruck (bringen). All das zeigt, daß die Einschätzung von Kulturerscheinungen besonders schwierig ist. Hier kommt es weniger darauf an, ein genaues klassenmäßiges Äquivalent für jede Kulturerscheinung zu finden, als vielmehr die Tendenz, die Hauptrichtung, den allgemeinen Charakter des Schaffens zu erkennen." [20]) Aus der Erkenntnis, daß der Prozeß der Entwicklung fortschrittlicher Kulturelemente widersprüchlich und annähernd verläuft, folgt also die Forderung nach kluger und besonnener Differenzierung der Kulturströmungen, um als Marxist im Kulturkampf Starrheit und grobe Vereinfachung den vielen verschiedenen Richtungen gegenüber zu vermeiden. Maos mechanische Widerspiegelungstheorie läßt die Gefahr vermuten, daß er in seiner Kulturpolitik Dogmatismus und Sektierertum entwickeln wird.
Bei alledem bestreiten wir nicht, daß man komplizierte Zusammenhänge in bestimmten Situationen vereinfacht darstellen muß, Mao aber stellt sie falsch dar: In seinem simplen Gesellschaftsbild wird einseitig das betont, was die Klassen unversöhnlich voneinander trennt. Unerwähnt bleibt aber, was sie verbindet. Denn im gesellschaftlichen Produktionsprozeß bilden Klassen nicht nur Gegensätze, sondern eine Einheit der Gegensätze.

Erkenntnis oder Praxis?

Es bleibt noch ein zweiter Fehler an Maos Ausführungen zu kritisieren, der auf eben diese simplen Auffassung von Klassen und Widerspiegelungen basiert. Mao behauptet nämlich, auf ideologischem Gebiet sei die neue Kultur das, was die neuen ökonomischen und politischen Kräfte widerspiegelt und ihnen dient. Der komplizierte und oft widersprüchliche Charakter des Widerspiegelungsvorgangs ist hier nicht erwähnt, noch wichtiger aber ist, daß Widerspiegelung hier offenbar als etwas Passives angesehen wird. Die neue Kultur wird von den neuen Verhältnissen hervorgebracht, sie dient ihnen; man könnte aus Maos Formulierung sogar eine Verabsolutierung der zeitlichen Abfolge vermuten. Kein Wort hier vom aktiven Charakter der bewußten Wahrnehmung, davon, daß das Bewußtsein nicht nur schon vorhandene Verhältnisse widerspiegelt, sondern ihnen vorauseilen kann und wirksam in die Entwicklung der Verhältnisse eingreift, eben weil es die

[19]) Gorbunow, a. a. O., S. 178.
[20]) a. a. O., S. 179.

Widerspiegelung ihrer Gesetzmäßigkeiten ist. Auch das ist keine Nuance der Formulierung, sondern Ausdruck von Maos antimarxistischer Konzeption von Praxis und Erkenntnis. Z. Batalov bezeichnet das als „Zerstörung der Praxis" [21]). Wir verfolgen hier kurz seinen Gedankengang:
Ausgehend von Maos berühmtem Ausspruch, daß das chinesische Volk erstens arm sei und zweitens ein unbeschriebenes Blatt Papier bilde, worauf man schreiben und malen könne [22]), stellt Batalov fest, daß Mao zwar die Existenz der objektiven Realität anerkennt, sie aber für ihn eine Abstraktion, ein Ding an sich, bleibt, das er konkret in keiner Weise berücksichtigt, das also unter der Einwirkung des Subjekts willkürlich bestimmte Formen annimmt. [23]) Materialist sein, bedeutet also nicht nur, die Priorität des Seins zu erkennen, sondern die ständige Wechselbeziehung zwischen Subjekt und Objekt, die Determinierung der menschlichen Praxis durch die objektiven Bedingungen zu berücksichtigen. Sieht man das nicht — wie Mao — wird die Theorie zum Diener der Praxis — also Pragmatismus [24])." Allgemein gesagt, ist richtig, was Erfolg bringt, und falsch, was mißlingt; . . ." [25]) Die Praxis ist für den Marxismus aber nicht nur Kriterium der Wahrheit und Quelle der Erkenntnis, sondern — mit sinnlichen und rationalen Momenten — Erkenntnisprozeß selbst. Umgekehrt ist der Erkenntnisprozeß Praxis, sofern er die folgende praktische Tätigkeit gedanklich modelliert. Praxis und Erkennen (Theorie) haben mit Entwicklung der Produktivkräfte die Tendenz, sich stärker zu durchdringen. Mao aber, weil er die objektive Realität zwar konstatiert, aber mit der allseitigen Praxis nicht in dialektische Beziehung bringt, trennt Praxis und Erkenntnis bzw. Praxis und Theorie. „Praxis, Erkenntnis, wieder Praxis und wieder Erkenntnis — diese zyklische Form wiederholt sich endlos, und der Inhalt von Praxis und Erkenntnis wird bei jedem einzelnen Zyklus auf eine höhere Stufe gehoben." [26]) Also scharfe Trennung und mechanische Ablösung von (sinnlicher und rationaler) Erkenntnis und Praxis. Darüberhinaus trennt Mao das sinnliche Erkennen vom rationalen [27]) und verläßt damit abermals den Boden des Marxismus. [28]) Darüberhinaus bringt er die Praxis allein mit der sinnlichen Erkenntnis in Verbindung und verneint damit den rational erkenntnishaften Charakter der Praxis [29]).
Damit haben wir also die Erklärung dafür, daß Mao die rationale Erkenntnis nicht als praktische Tätigkeit auffaßt, sondern — als Betrachtung, Anschau-

[21]) Z. Batalov, die Zerstörung der Praxis. Kritik der maoistischen Konzeption von der Praxis. In: K. D. Grothusen (Hrsg.), Moskau kontra Mao, Düsseldorf 1971, S. 29—46, hier besonders S. 31 ff.
[22]) Hung-ch'i (Rote Fahne), Nr. 1, 1958.
[23]) Batalov, a. a. O., S. 31.
[24]) a. a. O., S. 32.
[25]) Mao Tse-Tung, Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen, in: Vier philosophische Monographien von Mao Tse-Tung, Peking 1968, S. 150. Siehe auch: T. Grimm (Hrsg.), Mao Tse-Tung, Über die Revolution, Ausgewählte Schriften, Frankfurt/Main, 1971, S. 323.
[26]) Über die Praxis, in: Mao Tse-Tung, Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 363.
[27]) a. a. O., S. 363.
[28]) Batalov, a. a. O., S. 33.
[29]) a. a. O., S. 34. Vgl. dazu: Mao Tse-Tung, Den Arbeitsstil in der Partei verbessern, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. III, S. 35 ff.

ung sozusagen – der sinnlichen Praxis gegenüberstellt, und die dialektische Vermittlung zwischen materiellem Sein und sinnlicher und rationaler Praxis nicht wirklich durchhält. Daher seine mechanische Widerspiegelungstheorie, die Vernachlässigung des subjektiven Moments, der relativen Autonomie des Überbaus über der Basis. Engels hätte das metphysisch genannt [30] – das Gegenteil von dialektisch [31].

Kulturerbe aufheben oder zerstören?

Seine Lehren über Kultur und Kunst hat Mao vervollständigt in den Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst (Mai 1942). Eines der behandelten Probleme ist die Frage des Kulturerbes, besonders der Literatur und Kunst als kultureller Güter. Nachdem wir gesehen haben, daß Mao in Fragen der Kultur einen vulgären mechanischen Materialismus vertritt, ist seine Stellungnahme zur Frage des Kulturerbes um so erstaunlicher: „Wir wollen das von den früheren Generationen in China und im Ausland hinterlassene reiche literarische und künstlerische Erbe sowie die besten literarischen und künstlerischen Traditionen Chinas und des Auslands übernehmen, wobei aber das Ziel dasselbe bleibt: sie in den Dienst der Volksmassen zu stellen." [32] Und noch einmal: „Deshalb können wir auf keinen Fall darauf verzichten, die Werke der alten und der ausländischen Schriftsteller und Künstler, sogar der feudalen oder bürgerlichen Klasse, als Erbe zu übernehmen und als Beispiel für unsere Arbeit heranzuziehen. Aber die Übernahme eines Erbes und seine Heranziehung als Beispiel darf keineswegs das eigene Schaffen ersetzen; das eigene Schaffen kann niemals ersetzt werden. Die kritiklose Übernahme oder blinde Nachahmung von Werken alter oder ausländischer Autoren ist unfruchtbarster, schädlichster Dogmatismus in Literatur und Kunst." [33] Neben dem eigenen Schaffen das Kulturerbe kritisch zu übernehmen und zu pflegen ist eine völlig richtige Forderung – aber hat Mao nicht selbst dargelegt, daß die alte Kultur die reaktionäre Widerspiegelung der reaktionären Klassen sei, die neue Kultur als fortschrittliche Widerspiegelung der neuen fortschrittlichen Verhältnisse aber nur etabliert werden könne, wenn die alte Kultur hinweggefegt wird? Reiht er nicht mechanisch neue Klassen und neue Verhältnisse mit neuen Widerspiegelungen neben alte und läßt diese dann reaktionär werden? Dann nämlich ist die Forderung nach Aufhebung des Kulturerbes selbst

[30] Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx-Engels-Werke, Berlin 1968, Bd. 20, S. 20 f.
[31] Man wird später sehen, daß Mao und die Maoisten, als sie (aus bestimmten historischen Gründen) im Zuge der Entwicklung des chinesischen Voluntarismus das subjektive Moment verabsolutieren, ihre alte mechanistische Konzeption keineswegs zu verwerfen brauchen, sondern sie lediglich auf den Kopf stellen. Entscheidend ist nämlich in jedem Falle, daß Sein und Bewußtsein, Subjekt und Objekt, nicht wirklich in determinierende Beziehung zueinander gesetzt werden. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die mechanistische und die voluntaristische Konzeption heute nebeneinander existieren, zumindest auf dem Papier.
[32] Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst (Mai 1942), in Mao Tse-Tung, ausgewählte Werke, Bd. III, S. 84.
[33] a. a. O., 89 f.

reaktionär und vollkommen unsinnig. Eigentlich läge hier die Forderung nach Zerstörung eben dieses Kulturerbes viel näher. Zwischen Maos Vulgärmaterialismus und seiner Forderung nach Aufhebung des Kulturerbes besteht ein unvereinbarer Widerspruch. Es drängt sich die Vermutung auf, daß Mao seine Ausführungen über das Kulturerbe nur als Alibi benutzt, um seine Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus zu betonen, obwohl in seinen grundlegenden Schriften diese Übereinstimmung eben nicht existiert.

Lenin über das Kulturerbe

Lenin sagte über Marx: „Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare *Fortsetzung* der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus." [34] Verallgemeinert heißt das, daß die Ideologie des Proletariats nicht einfach als simple Widerspiegelung neuentstandener proletarischer Verhältnisse begriffen werden kann, sondern auch die geistigen Überlieferungen vergangener Epochen verarbeitet. Es scheint, als hätte Lenin bereits 1913 die Antwort auf spätere Vulgarisierungen des Marxismus vorweggenommen. 1920 ergänzte er: „Ihr würdet jedoch einen großen Fehler begehen, wolltet ihr daraus den Schluß ziehen, daß man Kommunist werden kann, ohne sich das von der Menschheit angehäufte Wissen anzueignen." [35].
Genau, und ebensowenig wie man das kann, kann man neue Kultur entwickeln, ohne sich die Summe der von der Menschheit angehäuften Kulturgüter anzueignen. „Es wäre irrig, zu glauben, daß es genüge, sich die kommunistischen Losungen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen anzueignen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist. Das Musterbeispiel dafür, wie der Kommunismus aus der Summe des menschlichen Wissens hervorgegangen ist, ist der Marxismus . . . Das müssen wir im Auge behalten, wenn wir zum Beispiel über proletarische Kultur reden. Ohne die klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Erkenntnis der durch die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffene Kultur, nur durch ihre Umarbeitung eine proletarische Kultur aufgebaut werden kann, – ohne eine solche Einsicht werden wir die Aufgabe nicht lösen. Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen. Das alles ist kompletter Unsinn. Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der Kapitalistischen Gesellschaft, der Gutsbesitzergesellschaft, der Beamtengesellschaft, erarbeitet hat. Alle diese Wege und Pfade führten und führen zur proletarischen Kultur . . ." [36] Lenin legt hier allerdings wesentlich exakter als Mao

[34] Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in W. I. Lenin, Ausgew. Werke in 2 Bd., Moskau 1946, Bd. I, S. 63.
[35] Die Aufgaben der Jugendverbände, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 275.
[36] a. a. O., S. 276.

dar, auf welche Weise und wozu das Kulturerbe verarbeitet wird. Lenin hat allerdings dazu auch die richtigen theoretischen Voraussetzungen geliefert (s. o.), seine Konzeption leuchtet daher ein. Mao hat es zwar auch gefordert, aber es bleibt bestehen, daß dies nach seiner eigenen theoretischen Grundlage unmöglich ist. In der späteren Entwicklung des Maoismus wird dieser Widerspruch seine gefährliche Entfaltung finden (s. u.), und zwar sozusagen zu Ungunsten des Kulturerbes.

Popularisierung und Utilitarismus

Weiterhin behandelt Mao die Frage, wem Literatur und Kunst zu dienen haben. „Die Frage, wem Literatur und Kunst zu dienen haben, ist die Grundfrage, ist eine prinzipielle Frage." [37]) Daß Mao, schon allein durch die Fragestellung, den parasitären l'art-pour l'art-Standpunkt ablehnt, ist klar und bedarf keiner weiteren Erörterung." [38]) Bei uns aber dient Literatur und Kunst nicht den erwähnten Gruppen (Feudalklasse und Bourgeoisie, J. R.), sondern dem Volk. Wir haben gesagt, daß die neue Kultur Chinas in dem gegenwärtigen Stadium eine antiimperialistische und antifeudale Kultur der Volksmassen unter Führung des Proletariats ist." [39]) Daraus ergibt sich die Frage, auf welche Art und Weise die Kultur nun dem Volk zu dienen habe: „Sollen wir uns um die Hebung des Niveaus oder um die Popularisierung bemühen? ... Da unsere Literatur und Kunst grundsätzlich den Arbeitern, Bauern und Soldaten dienen sollen, bedeutet Popularisierung, sie unter diesen Menschen zu verbreiten, während Hebung des Niveaus bedeutet, von deren Niveau aus emporzusteigen." [40]) „Deshalb ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die Popularisierung die vordringlichere Aufgabe ... In der Klassengesellschaft kann es nur den Utilitarismus dieser oder jener Klasse geben. Wir sind proletarische, revolutionäre Utilitaristen." [41]) Utilitarismus und Popularisierung der Literatur und Kunst mag unter den Kriegsbedingungen von 1942 durchaus eine vernünftige Forderung gewesen sein. Allerdings schreibt bei genauem Hinsehen Mao dem Utilitarismus in der Kunst durchaus nicht den gleichen vorläufigen Charakter zu wie der Popularisierung. Hier drängt sich wieder der Hinweis auf Maos Pragmatismus auf, dessen Ursprung von Batalov geklärt wurde. [42]) Wenn es aber nur utilitaristische Kunst ist, die dem Volke dient und nützt, und zwar grundsätzlich, dann sind die vorher ausgesprochenen Forderungen zum Kulturerbe schon wieder verletzt, dann ist der Boden des Marxismus schon wieder verlassen. Der von Marx so geschätzte Shakespeare oder der von Lenin so verehrte Tolstoi sind keineswegs für die Volksmassen in jenem utilitaristischen Sinne verwertbar — sind sie deswegen wertlos? Es ist

[37]) Mao, a. a. O., S. 86.
[38]) vgl. a. a. O., S. 95.
[39]) a. a. O., S. 84.
[40]) a. a. O., S. 88.
[41]) a. a. O., S. 91 ff.
[42]) Batalov, a. a. O., S. 32.

keineswegs nur die Agitprop-Kunst, die dem Volke dient, sonst brauchten wir kein Kulturerbe. Mao aber behauptet klar und eindeutig: In der Klassengesellschaft kann es nur den Utilitarismus dieser oder jener Klasse geben."

Theorie oder Tagesparole?

Betrachten wir nun noch einmal näher den historischen Zusammenhang, in dem die hier kritisierten Mao-Schriften entstanden sind. Über den Aufsatz „Über die Neue Demokratie" heißt es bei Brandt-Schwartz-Fairbank: „Tatsächlich ist die Arbeit genau in dem Moment erschienen (Anfang 1940), als sich in dem schwankenden Gebäude der Koalition die ersten bedrohlichen Risse zeigten ... Unter diesem Gesichtspunkt kann man ‚Über die Neue Demokratie' als einen integrierenden Bestandteil der Anfang der vierziger Jahre einsetzenden Bestrebungen ansehen, die darauf abzielten, die Kräfte der KPCh zu sammeln und zu festigen, ihr wieder die scharfe Profilierung zu geben, die sich unter dem Einfluß der Einheitsfront etwas verwischt hatte ... [43]) So müssen die simplifizierenden und direkt verfälschenden Ausführungen in beiden Aufsätzen verstanden werden — entstanden aus den praktischen, aktuellen und kurzfristigen Bedürfnissen des Widerstandskrieges gegen Japan, der Bildung und Erhaltung der Einheitsfront, der ständigen Profilierung der Parteilinie und der Anleitung der Kader. Aber selbst zu solchen Zwecken ist eine über die agitatorische Vereinfachung hinausgehende Schematisierung und Verzerrung marxistischer Grundsätze selbstverständlich unzulässig und auch unnötig. [44]) Um so frappierender ist es aber gerade, daß Maos primitive vulgärmaterialistische Agitationsparolen, wie überhaupt seine gesamten veröffentlichten Aufsätze, zumeist aus den Bedürfnissen und Bedingungen des Krieges erwachsen, später, vor allem während der „Kulturrevolution" zu heiligen, unantastbaren Schriften wurden, zur grundlegenden, allumfassenden, allgemeingültigen Lehre und zur höchsten Entwicklungsstufe des Marxismus-Leninismus. Es ist mehr als seltsam, daß die in den vierziger Jahren entstandenen Thesen des großen Steuermannes über Kultur und Kunst ob ihrer weitreichenden Vorausschau auch im China der sechziger und siebziger Jahre als Kanonisierte Lehre dienen, und das unter den Bedingungen des friedlichen Aufbaus des Sozialismus und der Umwandlung Chinas in eine sozialistische Industrienation. [45]).

[43]) Brandt-Schwartz-Fairbank, Der Kommunismus in China. Eine Dokumentargeschichte, München 1955, S. 193 f.
[44]) Darüberhinaus ist die maoistische Konzeption (nicht nur im Hinblick auf Kultur und Kunst) selbstverständlich noch aus tieferen geschichtlichen Wurzeln hervorgegangen. Das zu untersuchen stellen wir uns hier nicht als Aufgabe.
[45]) Wie Maos Werke als geheiligte Schriften verhimmelt werden, zeigt überdeutlich das Vorwort zur 2. Auflage der „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung", Peking 1967. Wie außerdem Maos Schriften über Kultur und Kunst kanonisiert werden, geht hervor aus einem Hinweis Schickels: „Im Juli 1966 wurden die Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst neuerdings gedruckt und verbreitet, ... im Mai 1967 wird ihr 25. Jahrestag gefeiert." (J. Schickel, (hrsg.), Der Große Strategische Plan, Dokumente zur Kulturrevolution, Westberlin 1969, S. 59) Ein

Eine Schwierigkeit bleibt allerdings noch zu lösen: Wir haben gezeigt, daß Maos Kultur- und Kunsttheorie Vulgärmaterialismus ist, simpler Reflexionismus, daß das subjektive Element, die relative Autonomie des Überbaus über der Basis, aber völlig unberücksichtigt bleibt. Andererseits ist es aber gerade eines der Hauptkennzeichen des entwickelten Maoismus, daß das subjektive Moment überbetont wird, daß dem Willen und der Begeisterung der Massen vor dem objektiven Entwicklungsstand der Produktivkräfte die Priorität zuerkannt wird. [46]) Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Die Lösung ergibt sich, wenn wir zunächst untersuchen, in welcher Weise sich die oben dargelegten Widersprüchlichkeiten in Maos Kunst- und Kulturtheorie auflösen, nämlich zwischen mechanistischer Kulturauffassung, die mit dem Hinwegfegen der reaktionären Klassen und Gesellschaften auch das gleichzeitige Hinwegfegen der somit reaktionären Widerspiegelung fordert, und der Aufbewahrung des Kulturerbes. Wir stellen uns dabei nicht die Aufgabe, diese Frage durch Untersuchung der Kultur- und Kunstpraxis, vor allem in und nach der „Kulturrevolution" zu lösen, sondern anhand der Weiterentwicklung der Theorie einige Haupttendenzen herauszufinden. Während der „Kulturrevolution" wurde zwar bisweilen, oft mit direktem Bezug auf Maos Schriften, die Bedeutung des Kulturerbes und der Kulturtradition erwähnt [47]), sicher auch, um der Kritik vorzubeugen. Dem steht jedoch entgegen die in offiziellen Dokumenten oft vorgebrachte Forderung nach Zerstörung des Überbaus der alten Gesellschaft, und zwar in einer verabsolutierten Form, die allein von der Formulierung her eine kritische Verarbeitung des Kulturerbes keineswegs vorsieht. Hören wir Lin Piao mitten in der „Kulturrevolution": „Wir werden energisch die alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Bräuche aller Ausbeuterklassen ausmerzen und all jene Teile des Überbaus, die nicht der sozialistischen Wirtschaftsbasis entsprechen, umformen. Wir werden alle Schädlinge ausmerzen und alle Hindernisse wegräumen." [48]) Aber das heißt eben nichts anderes, als daß

Leitartikel der Chie-fang Chün-pao (die Zeitung der Volksbefreiungsarmee) vom 18. April 1966 schreibt: „Die Schriften des Vorsitzenden Mao über die Neue Demokratie und Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst sind die vollständigste, umfassendste und systematischste historische Zusammenfassung dieses Kampfes zwischen den beiden Linien an der Kulturfront. Sie sind eine Fortsetzung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Theorie des Marxismus-Leninismus von Literatur und Kunst; sie bilden in unseren Tagen den höchsten Gipfel der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Therorie des Marxismus-Leninismus von Literatur und Kunst; sie sind die höchsten Weisungen für unser Literatur- und Kunstschaffen und reichen aus, um unserem Proletariat lange Zeit zu dienen." (zit. nach Schickel, a. a. O., S. 67 f).

[46]) vgl. Farle, Schöttler, a. a. O., 2. Teil, S. 41 ff.
[47]) Vortrag von Chi' Pen-yü, 5. Juni 1967, in: Schickel, a. a. O., S. 369 ff, hier besonders S. 377 ff.
[48]) Lin Piao, in: Peking-Rundschau, Nr. 35, 1966. Ebenfalls in: Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970, S. 278. Dieser Gedanke findet sich in Piaos und Chou En-lais — hochoffiziellen — Schriften sehr oft. Vgl. Dokumente ... a. a. O., passim, und Schickel, a. a. O., S. 194 und 199.

das gesamte überlieferte Kulturerbe, weil es in reaktionären Ausbeutergesellschaften entstanden ist, ebenfalls reaktionär ist und ausgemerzt werden muß. Damit hat sich Maos mechanistische und undialektische Geschichtsauffassung als das stärkere, wichtigere Moment seiner Lehren über Kultur und Kunst erwiesen. Die Forderung nach Zerstörung der alten Kultur wird sogar mit verstärkter Vehemenz vorgetragen. Aber gerade das paßt haargenau in die chinesische „Theorie der permanenten Revolution" [49]), der Vorwärtsstrategie, des Voluntarismus und Subjektivismus: denn es bietet die Möglichkeit, jegliche Opposition gegen den Maoismus für reaktionär zu erklären, zu bekämpfen und „hinwegzufegen". Die maoistische „Kulturrevolution" war denn auch nichts anderes als eine Rechtfertigungsideologie zur Bekämpfung aller, die den kapitalistischen Weg gehen: sprich: Mao-Gegner!

[49]) vgl. Stuart Schram, Die permanente Revolution in China, Frankfurt/Main 1966. Diese „Theorie" entstand in den sechziger Jahren. Der Grundstein zu ihr wird schon gelegt in Maos Schrift „Über den Widerspruch", in: Ausgewählte Werke, Bd. 1, Peking 1968, S. 365 ff. Besonders prägnant und unkritisch sind diese Thesen nachgeplappert z. B. in: Enrica Collotti Pischel, Die Chinesische Kulturrevolution, Frankfurt/M. 1970. Zur marxistischen Position vgl. besonders Farle, Schöttler, a. a. O., S. 60 ff

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie
An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich.....Expl. von rote blätter Nr. .....

☐ Hiermit abonniere ich.....Expl. rote blätter ab Nr.....

Name..... Anschrift.....

Unterschrift.....

„K"SG (ML) - korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs

Paul Schäfer

Ohne Zweifel gehört auch die „K"SG (ML) [1]) zu jenen kleinbürgerlichen Gruppen, die erschreckt vom Kapitalismus, dem Antikommunismus verhaftet, einen dritten Weg suchen, den es nicht gibt: „Wir wollen keine Unterdrückung und Ausbeutung, weder die ‚freie westliche' noch die mit sozialistischem Anstrich." (Flugblatt der „K"SG (ML), September 1971)
Der Antikommunismus ist es auch, der diesen Sekten immer noch Zulauf von Studenten verschafft, die in Widerspruch zum Imperialismus geraten. Doch dies allein genügt nicht zur Erklärung, wieso es der „K"SG (ML) zeitweilig gelingen konnte, unter den Studenten in Baden-Württemberg Einfluß zu gewinnen. [2]) Die Ursachen für diesen, freilich zeitlich begrenzten Masseneinfluß dieser Gruppe müssen genauer untersucht werden.
Ein Blick auf die diversen Plattformen, Programme und Publikationen der BaWü/ML indes, läßt einiges klarer werden. Ausgangspunkt ist für sie immer eine Aneinanderreihung der Gewaltmaßnahmen des Staates. So werden Anschläge auf die Studenten verübt, plant das Monopolkapital Angriffe auf alle Werktätigen usw. Gegen diese Angriffe des Staates und der Kapitalisten müssen sich die Studenten zur Wehr setzen. Dann folgen immer sehr viele „Weg mit", „Fort mit", „Gegen", „Keine" usf. Z. B.: Kein Friede mit dem imperialistischen Staat! Kein Friede mit den Lakaien des Monopolkapitals! Weg mit dem Mitbestimmungsbetrug! etc.
Das, was sich hier als ein Programm zur Sammlung aller fortschrittlichen Studenten ausgibt, ist nichts anderes als die mehr oder weniger gelungene Artikulation des spontanen Protests der Studenten gegen die Formierung des Hochschulsektors durch das Monopolkapital.
Sehr viele Studenten erfahren die materielle Misere an den Hochschulen, die Reglementierung des Studiums, die Einschränkung demokratischer Rechte und beginnen sich dagegen zu wehren. Doch auf diesem spontanen Niveau, auf der Basis der moralischen Entrüstung allein, läßt sich der Kampf perspektivisch nicht erfolgreich führen.
Sehr gut läßt sich an der „ML"-Forderung ‚Boykott der Betrugsgremien' exemplifizieren: Die Studenten sehen, daß sich aktuell relativ wenig in den Hochschulgremien erreichen läßt, vor allem weil die maßgeblichen Entscheidungen immer mehr auf zentraler staatlicher Ebene fallen. Die „Boykottparole" konnte nur deshalb einigen Anklang finden, weil sie der unmittelbaren Empörung der Studenten über diesen Sachverhalt Ausdruck verlieh. Doch diese Empörung zur Strategie zu machen, kann nur bedeuten, die Studenten in die Irre zu leiten.
Denn gegenwärtig ist der Kampf um Mitbestimmung, um die Beschneidung und Eindämmung der Macht des Monopolkapitals, die Kernfrage des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, und damit auch der Studenten. Es ist ein entscheidender Hebel zur Organisierung der Arbeiterklasse für die Entwicklung konkreter Aktionen, zum Ausbau demokratischer und sozialer Rechte, zur Formung des Klassenbewußtseins und zur Sammlung der Verbündeten und schließlich zur Heranführung an die Frage der politischen Macht.
Nach dem Verzicht auf den Kampf um Erweiterung demokratischer Rechte, um die Erringung von Gegenmachtpositionen bleibt der „K"SG (ML) nur noch der Appell an die Studenten, sich zusammenzuschließen und für die proletarische Diktatur zu kämpfen.

Das Bündnis mit der Arbeiterklasse als zufälliges Nebeneinander

Eine exakte Klassenanalyse der Intelligenz fehlt. Es wird nur die Behauptung aufgestellt, die ‚Intelligenz' stehe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, könne aber für den proletarischen Klassenkampf gewonnen werden. Abgesehen von dieser falschen These, die Widersprüche zwischen großen Teilen der Intelligenz und der Arbeiterklasse gleichsetzt mit dem antagonistischen Widerspruch der Mehrheit der Intelligenz zur Monopolbourgeoisie, ist dann die Frage relevant, wie das Bündnis von Arbeiterklasse und wissenschaftlicher Intelligenz, von Arbeiterklasse und Studenten hergestellt werden soll.
Die Antwort der „K"SG (ML) ist einfach: „Indem wir Studenten für unsere (!—P.S.) berechtigten Forderungen kämpfen, stellen wir uns aktiv an die Seite . . . der Arbeiter und Bauern." [3])
„Das politische Bündnis mit der Arbeiterklasse ist so zu verstehen, daß jeder an seinem Platz den Kampf gegen den Staat aufnimmt. D. h. zum Beispiel für unsere Forderungen, daß wir nur überprüfen müssen, ob sie sich nicht explizit (!) gegen die Interessen der Werktätigen richten." [4])
Entweder wird damit ausgesagt, Forderungen dürften sich implizit gegen die Arbeiterklasse richten oder es gäbe spezifisch studentische Forderungen, die klassenneutral sind.
Im ersten Fall würde es sich um einen besonders heimtückischen Verrat an der Arbeiterklasse handeln, im zweiten hätte man sich geschickt aus der gesellschaftlichen Realität herauskatapultiert. Eine solche Position ist um so merkwürdiger, als unsere sog. ML von gegen die Arbeiterklasse ge-

[1]) KSG (ML), „Kommunistische" Studentengruppe, vorwiegend im Baden-Württemberger Raum konzentiert, gibt den „Roten Pfeil" heraus; dieselbe Organisation, diesmal für den proletarischen Bereich, nennt sich KAB (ML) = „Kommunistischer Arbeiter"bund; dessen Organ heißt „Rote Fahne Nr. 3"; die „Avantgarte des Kampfes der Jugend" ist RJ (ML) = Revolutionäre Jugend betituliert.
[2]) Im SS 1971 fand in Stuttgart ein Sternmarsch aller baden-württembergischen Studentenschaften statt, an dem sich 19 000 Studenten — vorwiegend unter der „K"SG (ML) diktierten Losungen — beteiligten.
[3]) Plattform des Zentralen Aktionskomitees der BaWü-Asten (ZAK), maßgeblich vom AStA Uni Tübingen („K"SG/ML) formuliert, Okt. 71.
[4]) Bericht über Arbeit im Zentralen Aktionskomitee und Gewerkschaftlichen Landeskomitee, Okt. 1971.

richteten Interessen der Studenten sprechen. Wer garantiert dann, daß die Studenten nicht ihre nach rückwärts gerichteten, weil gegenüber der Arbeiterklasse privilegierenden Forderungen vertreten? Die Unabhängigkeit, das Verhältnis Arbeiterklasse, Intelligenz, Studenten positiv zu bestimmen, resultiert offensichtlich auch daraus, daß sie den Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen leugnen. Daraus ergibt sich das Dilemma, weder die objektive Interessenlage der Studenten als in der Mehrzahl lohnabhängige Intelligenz in spe, noch das aktuelle Interesse der Arbeiterklasse an Bildung und Wissenschaft zu erkennen.

So kommt man auch nicht dazu, ein positives Aktionsprogramm für den Hochschulkampf zu entwickeln, in dem die spezifischen Forderungen der Studenten in die allgemeinen antimonopolistischen Kampfziele der Arbeiterklasse integriert sind.

Die Studenten an die Arbeiterklasse heranzuführen, kann doch nur bedeuten, die gemeinsamen inhaltlichen Ziele hervorzuheben und kämpferisch durchzusetzen.

Zu welch fatalen praktischen Konsequenzen die falschen theoretischen Grundlagen der „ML" führen, beweist die Gründung einer Studentengewerkschaft. Eine Studentengewerkschaft, losgelöst von den Organisationen der Arbeiterklasse, ja politisch gegen die Gewerkschaft gerichtet, heißt dem noch vorhandenen ständischen Bewußtsein vieler Studenten schmeicheln, heißt letztlich reaktionär-ständische Politik zu machen.

Der „nackte wirtschaftliche Kampf" — platter Ökonomismus

In dem oben aufgeführten theoretischen Wirrwarr der „K"SG (ML) ist schon angelegt, daß die verschiedenen Seiten des Klassenkampfes nicht so recht zusammenpassen wollen. Stattdessen wird der „nackte wirtschaftliche Kampf" empfohlen. Wie entblößt die Studenten danach dastehen, beweist nachstehender Auszug aus einem internen Papier der „K"SG (ML): [5]

. . . „Tatsächlich ist aber genau dieser Widerspruch, unter dem die Ausbildung stattfindet: daß in der vorgesehenen Ausbildungszeit wegen dem schlechten Ausbildungsangebot, den schlechten Lebensverhältnissen etc. das Ausbildungsziel (Zeugnis) nicht erreicht werden kann. Und dort setzt daher der wirtschaftliche Kampf der Studenten auch an: Es ist der Kampf darum, daß der Ausbildungsbetrieb die dort gestellten Anforderungen, die angebotenen Lehrveranstaltungen und Geräte etc. sowie die soziale Lage während der Ausbildung es ermöglicht, zu einem Abgangszeugnis zu kommen und ein Studium gemäß der Prüfungsordnung zu absolvieren . . .

[5] Diskussionsgrundlage der „K"SG (ML), entstanden in Zusammenarbeit von Ortsleitung Tübingen und Landesleitung. Alle folgende Zitate hieraus. Sie entsprechen genau dem Original. Der z. T. wirre Satzbau gleicht der Verwaschenheit des Konzepts. Wenn ich zwei interne Papiere der „K"SG (ML) als Material für diesen Artikel benutzt habe und sie teilweise veröffentliche, dann nicht um sensationelle Neuigkeiten zu verbreiten. An den „Geheimdokumenten" ist nichts sensationelles. Nur werden einige Positionen der „ML" deutlicher.

Alles andere, insbesondere die Frage der Lehrinhalte haben nichts mit dem wirtschaftlichen Kampf der studierenden Jugend zu tun bzw. streng bezogen auf die Ziele des wirtschaftlichen Kampfes (also z. B. die Forderung nach einer Veranstaltung, die in der Prüfungsordnung verlangt wird). Das ist für die studierende Jugend jener ‚nackte' wirtschaftliche Kampf, der allein Teil des revolutionären Kampfes um die Diktatur des Proletariats sein kann. Jede Art der Vermengung der Frage der Wissenschaft mit dem wirtschaftlichen Kampf der Studenten ist ein Kampf um die Stabilisierung der Diktatur der Bourgeoisie."

Die theoretischen Grundlagen dieser Position werden im Papier auch genannt. Die erste entscheidende Aussage ist, daß der wirtschaftliche Kampf der Studenten analog zum Kampf der Arbeiterklasse nur um den Tauschwert der Ware Arbeitskraft ginge. Dort heißt es weiter: „In die Verfügung über den Gebrauchswert kommt die Arbeiterklasse erst durch die Besitzergreifung der Produktionsmittel nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie." Richtig ist, daß der einzelne Lohnarbeiter, der Verkäufer der Ware Arbeitskraft, zuerst das Interesse hat, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, da ihm sein Tauschwert Reproduktionsgrundlage bedeutet. Deshalb ist er auch zunächst gegenüber den konkreten Fähigkeiten seiner Arbeitskraft (Gebrauchswert) gleichgültig. Werden jedoch mit der Entwicklung der Produktivkräfte erweiterte Grundqualifikation und Weiterqualifizierung zunehmend wesentliche Voraussetzungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft, so ergibt sich notwendigerweise auch beim Einzelarbeiter ein Interesse daran, daß sich der Inhalt seiner Aus- und Weiterbildung an den ‚beschleunigten Umschlag der Qualifikation' orientiert.

Mit anderen Worten: das angeeignete Qualifikationsniveau beeinflußt heute mehr denn je die Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Schlechte Ausbildung bedeutet in der Regel höhere Arbeitsplatzunsicherheit. Das heißt, unter den Bedingungen der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion richtet sich der Kampf der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Verwertungsbedingungen auch auf die Ausbildung und deren Inhalte.

Wenn auch die These, erst nach dem Sturz der Bourgeoisie komme die Arbeiterklasse in die Verfügung über den Gebrauchswert, richtig ist — von Interesse sind die praktischen Konsequenzen für den antikapitalistischen Kampf.

Und dabei fällt auf, daß an keiner Stelle des Papiers, das Klasseninteresse der Arbeiterklasse auf seine Bedeutung für die Ausbildung hin untersucht wird.

So entwickelt die Arbeiterklasse doch potentiell ein Interesse an ihrer Konstituierung als Klasse „für sich", um ihre Ausbeutung und Unterdrückung ein für allemal beseitigen zu können. Dadurch erfährt das Qualifikationsinteresse, wie es beim einzelnen Lohnarbeiter kurz dargestellt wurde, eine entscheidende Veränderung: zu dem Interesse an den konkreten Fähigkeiten zum Produzieren von Gebrauchswerten — zunächst als Voraussetzung zum Verkauf der Ware Arbeitskraft — tritt das Interesse an der Herausbildung

von Fähigkeiten, die eine Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und perspektivisch die Leitung der gesellschaftlichen Prozesse ermöglichen.
Die Entwicklung dieses qualitativ veränderten Gebrauchswertinteresses ist Teil des Kampfes um die Aufhebung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital, ist ein konstituierendes Element von Klassenbewußtsein. Es intendiert die umfassende Entwicklung der materiellen und menschlichen Produktivkräfte als Voraussetzung der gesellschaftlichen Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums.
Sich also mit dem Hinweis, die Arbeiterklasse komme erst im Sozialismus in die Verfügung über den Gebrauchtwert, zu begnügen, kann nur bedeuten, wichtige Momente bei der Herausbildung und Konstituierung von Klassenbewußtsein und damit wichtige Voraussetzungen für die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse grob zu vernachlässigen.
Wir konnten auch zeigen, daß der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse um den Tauschwert heute nicht mehr auf den Lohnkampf reduziert werden kann.

Um so weniger gibt es einen ökonomisch beschränkten Kampf für die Studenten. Denn schließlich zwingt das Interesse der Studenten an dem perspektivischen Tausch ihrer Arbeitskraft auch zur Reflexion über die tatsächlich stattfindende Qualifikation. Die relativ schnelle Entwertung der erworbenen Qualifikation unter kapitalistischen Bedingungen läßt die Studenten auch Kritik an der inhaltlichen Seite der Qualifikation ihrer Ware Arbeitskraft artikulieren.
Zu welchen praktischen Konsequenzen die „K"SG (ML)-Theorie treibt, lassen ihre Forderungen erkennen:
— „Feste Begrenzung und Bekanntgabe des Prüfungsstoffs,
— Garantie auf in den Prüfungsordnungen geforderte Stoffe im Lehrangebot,
— Herabsetzung der Anforderungen." [5a]
Eine solche Unterstützung hatten sich die kapitalistischen Bildungspolitiker sicherlich nicht erhofft.

Garantie eines reibungslosen Studiums, klare Festlegung des imperialistischen Prüfungsstoffs und selbstverständlich Herabsetzung der Anforderungen, damit das Kapital sich schneller und mehr billige Arbeitskraft einverleiben kann. Und das alles soll Teil des Kampfes um die Diktatur des Proletariats sein?

Die zweite entscheidende Aussage betrifft die „Besonderheit des Gebrauchswertes der Arbeitskraft der Intellektuellen."
„... Es ist ihre Fähigkeit als Agitatoren und Propagandisten für die Diktatur der Bourgeoisie und für die Organisierung ihrer Herrschaft und ihrer Produktionsverhältnisse auftreten und wirksam werden zu können. Es bezieht sich auf die gesamte Intelligenz ... Es ist auch ganz gleichgültig, ob sie

[5a] Antrag des AStA Tübingen zur Zentralratssitzung des vds, 18. 10. 71.

nebenher auch an der Produktion von Mehrwert beteiligt ist: ihre Besonderheit als Intelligenz, d. h. als Kopfarbeiter, erhält sie durch diese politische Funktion." (Anm. 5; s. o.)
Wenn dies richtig wäre, stellte sich die Frage des Bündnisses von Intellektuellen mit der Arbeiterklasse in der Tat auf der Ebene des individuellen Klassenverrats dar. Eine Intelligenz, deren Gebrauchswert allein durch ihre Funktion als Propagandisten der Bourgeoisie bestimt wäre, könnte doch nur als eine der herrschenden Klasse parasitär verbundene Schicht begriffen werden. In Wirklichkeit jedoch erwirbt die überwiegende Mehrzahl der Angehörigen der Intelligenz auch konkrete Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Reproduktion der Gesellschaft und die Weiterentwicklung der Produktivität notwendig sind.
Dabei ist es zunächst unerheblich, ob es sich um die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz, die in den der Produktion vorgelagerten Bereichen (Forschung, Entwicklung) oder direkt in der materiellen Produktion arbeitet, oder um solche Teile der Intelligenz handelt, die Arbeitsvermögen bilden oder erhalten (Mediziner, Lehrer). Die Tatsache, daß relevante Teile der Intelligenz spezifische ideologische Funktionen für die Kapitalherrschaft ausüben und oft auch untergeordnete Leitungspositionen aufgrund ihrer besonders qualifizierten Arbeitkraft einnehmen, behindert zwar die Herausbildung von antikapitalistischem Bewußtsein, darf jedoch nicht zum bestimmenden Moment einer Analyse der objektiven Lage der Intelligenz gemacht werden.
Grundlage des Hochschulkampfes muß doch sein, daß mit der formalen und realen Unterordnung von Wissenschaft und Ausbildung unter das Monopolkapital, mit der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche im Hochschulbereich die Interessen der Mehrheit der Studenten in Widerspruch zum Monopolkapital geraten.

Das Interesse der Studenten als perspektivische Verkäufer ihrer Arbeitskraft nach einer umfassenden weitgespannten Qualifizierung steht im Widerspruch zum Zwang des Kapitals, die Ausbildungszeit zu kürzen, Lehr- und Lernmaterial sowie Lehrkräfte und Ausstattungen einzusparen, um tote Kosten zu senken. Das Gebrauchswertinteresse des Gesamtkapitals, die Ware Arbeitskraft nur soweit zu qualifizieren, daß sich diese Qualifikation nicht gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung richtet, steht in einem sich immer mehr verschärfenden Gegensatz zum historisch sich entwickelnden Gebrauchswertinteresse der Studenten, die gesellschaftlichen Produktivkräfte allseitig zu entwickeln. Dieses Interesse fällt mit dem der Arbeiterklasse zusammen, Wissenschaft und Ausbildung wie auch die gesamte gesellschaftliche Reproduktion von den Schranken kapitalistischer Verwertung zu befreien. Inhaltlich schlägt sich dieses Interesse nieder in der Forderung nach kritischer Reflexion über den sozialen Verwertungszusammenhang der Wissenschaften. Solcherlei Ansinnen hat die „K"SG (ML) nicht. Bei ihr heißt es klipp und klar: „Die Frage der Wissenschaft, die Frage der Ausbildungsinhalte ist eine Frage des besonderen Gebrauchswertes der Arbeits-

kraft der Intellektuellen, ist also eine politische Frage, die nur im politischen Kampf und vom Standpunkt des Proletariats aus angegriffen werden kann und muß. Eine Vermengung mit dem wirtschaftlichen Kampf bedeutet entweder Beschränkung des wirtschaftlichen Kampfes auf eine Minderheit von Intellektuellen; oder sie bedeutet eine Verbesserung des Gebrauchswertes der Arbeitskraft, eine Verbesserung also der politischen Funktion der Intellektuellen bei der Niederhaltung der Arbeiterklasse. Aber dieser nackte wirtschaftliche Kampf ist auch der einzige Kampf der die übergroße Mehrheit zum Kampf gegen die Bourgeoisie sammelt und organisiert.
Das ist das wichtigste, warum ein wirtschaftlicher Kampf der Intellektuellen reaktionär und antiproletarisch werden muß, wenn er nicht eisern frei gehalten wird von sämtlichen Verbesserungsbemühungen bezüglich des Gebrauchswerts der Arbeitskraft der Intellektuellen . . ." Soweit das interne Papier der „ML".
Wie stellt sich in Wirklichkeit das Verhältnis von politischem, ökonomischem und ideologischem Kampf unter den spezifischen Bedingungen des Hochschulkampfes dar?

● Die sozialen Forderungen der Studenten richten sich unmittelbar gegen den Staat als der politischen Agentur zur Durchsetzung der Monopolinteressen im Bereich von Wissenschaft und Ausbildung. Da also kein direkter Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital im Bereich der Hochschule besteht, ist der ökonomische Kampf als politischer zu führen.

● Da die studentischen Forderungen, isoliert gestellt, objektiv auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt würden (über den staatl. Umverteilungsmechanismus) und das ständisch-elitäre Bewußtsein der Studenten verfestigt würde, muß die antimonopolistische Zielsetzung klar ausgedrückt werden. D. h., man muß erklären, wer für die Finanzierung der materiellen Verbesserungen im Hochschulbereich aufzukommen hat: das Monopolkapital.

● Die besondere, von den Herrschenden der Intelligenz zugedachte Funktion als Ideologieträger verlangt geradezu, den Kampf gegen die imperialistische Ideologie als wichtigen Bestandteil der Agitation der Studenten anzusehen.

Aus all dem folgt das Primat der politisch-ideologischen Auseinandersetzung an den Hochschulen.
Ein Zipfelchen davon scheint die „K"SG (ML)immerhin kapiert zu haben: „Andererseits ist es ganz offenkundig, daß der wirtschaftliche Kampf nur so weit in Breite und Tiefe gehen kann, wie ein direkter politischer und ideologischer Angriff auf die gesamte bürgerliche Wissenschaft geführt wird. Das ist die enge Verbindung von wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Kampf in der allein die Mehrheit der Intellektuellen für das Bündnis mit dem Proletariat im Kampf um die Diktatur des Proletariats gewonnen werden kann. Diese Verbindung geht aber aus von dem Gegensatz der drei Seiten des Kampfes und nicht von der Vermengung ‚Zwei verschmilzt in eins!'." (vgl. Anm. 5, oben)

Das verstehe nun einer, wer will. Daraus kann man nur folgern: die „K" SG darf den politisch-ideologischen Kampf vom ‚Standpunkt des Proletariats' aus führen; jeder Student, der sich bspw. in der sog. ‚Studentengewerkschaft' organisiert und sich zu ideologischen Fragen zu äußern gedenkt, bekommt eine aufs Maul gehauen.
Das entspricht so etwa der Praxis der „K" SG in Tübingen. Gerade für den studentischen Kampf jedoch gilt das, was Fr. Engels über die „Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung" der Arbeiterklasse feststellt: daß sie den „Kampf nach seinen drei Seiten hin — nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — in Einklang und Zusammenarbeit und planmäßig geführt" hat. [6])
Drei verschmilzt in eins.

Die Mär von der reinen bürgerlichen Wissenschaft

Sehr wendig erweisen sich die Vertreter der „Kommunistischen" Studenten-Gemeinde in der Frage der Lehrinhalte:
Sept. '69: „Auftragsforschung für das Proletariat"; [7])
Frühjahr '70: die Auftragsforschung wird liquidiert;
Dezember '70: „Für eine Wissenschaft im Dienst der arbeitenden Bevölkerung." [8])
Oktober '71 wird die Forderung als Illusion abgelehnt!
Daß diese Position sicherlich nicht die letzte sein wird, belegt das im folgenden zitierte interne Papier der „K"SG (ML) vom 27. 9. 71: „Liebe Genossen! Wie ihr alle wißt, stehen wir zur Zeit im ZAF und DR in einer schwierigen Situation. Die Fragen der Kommilitonen liegen schon seit Wochen auf dem Tisch, wir können sie aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht voll beantworten . . .
Folgendes soll . . . deutlich werden:
— Der ZAF hatte bisher sehr verwaschene Vorstellungen von dem, was bürgerliche Wissenschaft ist. Er ist zum Teil der Vorstellung erlegen, als könne man wenigstens teilweise „Wissenschaft im Dienste des Volkes" an der Uni etabileren. Andererseits hatte niemand die Frage der Lehrinhalte konkret untersucht.
— In der Diskussion sollte hervorgehoben werden, daß die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft nur von einem festen ideologischen Standpunkt — dem proletarischen — zu leisten ist. Das aber kann und darf vom ZAF nicht vorausgesetzt werden, wenn er keine sozialistische Organisation sein

[6]) MEW, Band 18, S. 516/517.
[7]) s. Roter Pfeil 1/1969.
[8]) ‚offensiv'-Organ des Zentralen Aktionsrats der Fachschaften, 3/70.

Zur Erläuterung: der ZAF in Tübingen, die DFO (Demokratische Fachschaftsorganisation) in Stuttgart stellen nach Meinung der „K"SG (ML) Ansätze einer „Studentengewerkschaft" dar bzw. sollen zur „Studentengewerkschaft" umfunktioniert werden.

soll, die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft kann also nicht Teil des gewerkschaftlichen Kampfes sein.
– Wichtig ist hier, wie auch bei den anderen Fragen, daß wir, solange wir noch kein geschlossenes Konzept nach außen vertreten können, unter allen Umständen verhindern, daß sich die opportunistischen Ansichten – etwa des KSV oder Spartakus – als Lösung des Problems darstellen . . ."
Das ist fast schon wieder lustig: Man hat noch kein Konzept, aber man weiß, daß beispielsweise die Position des Spartakus falsch ist.
Immerhin haben die „K"SGler sich zu der Forderung durchgerungen: „Militaristen, Faschisten raus aus der Uni!"
Was denn nun „rein" soll, bleibt unklar. Etwa „reine" oder „normale" bürgerliche Wissenschaft?
Meine Herren, könnten wir da nur sagen, Sie machen sich Illusionen über den Charakter der Wissenschaft, die an den westdeutschen Hochschulen gelehrt wird. Das ist nämlich Wissenschaft, die den Imperialisten dient, die dementsprechend der Tendenz zur Militarisierung unterworfen ist. Und auch die ultrarechten Professoren, derer es nicht zu wenige gibt, entsprechen den Interessen des Großkapitals.
Wer die Militaristen und Faschisten an den Hochschulen bekämpft, bekämpft imperialistische Wissenschaft und muß sagen, was er an deren Stelle setzen will. Darauf zu verzichten, kann nur bedeuten, sich ins ideologische Schlepptau der Bourgeoisie zu begeben.
In Diskussionen in die Enge getrieben, bleibt für die „K"SG-Gen. nur noch die offene Flucht in den Oportunismus. „Die Mehrzahl der Studenten ist hinter die Forderung ‚Faschisten raus' zu bringen, für die Forderung nach Marxisten ist sie jedoch nicht." So etwa lauten die Argumente.
Dazu ist festzustellen:

Es bedeutet Illusionsmacherei, den Studenten vorzugaukeln, es ginge nur um die Beseitigung der Exzesse der bürgerlichen Wissenschaft.
Es bedeutet Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, auf den Kampf für die Verankerung ihrer Wissenschaft, des Marxismus, zu verzichten.
Den selben Betrug praktiziert die „K"SG (ML), wenn sie fordert: „Kampf den Stützpunkten des US- und BRD-Imperialismus an den Hochschulen".
Was heißt hier Stützpunkte? Will man den Studenten weismachen, es ginge nur um einige Kriegsforschungsinstitute oder ein paar verhutzelte, reaktionäre Professoren?
Ist die Monopolbourgeoisie nicht bestrebt, die Hochschulen als Ganzes sich zu unterwerfen?
Was von einer solchen Forderung zu halten ist, sagen die „ML"-Gen selbst. Sie versuchen dem MSB die Parole „Monopole raus aus der Uni" zu unterschieben und stellen dazu fest: „(Andererseits) betreiben sie eine lächerliche Kraftmeierei." [9])
Besser können sich die „ML"-Genossen nicht selbst beschimpfen.

[9]) Roter Pfeil 9/70.

Die Angst vor demokratischen Forderungen

Entschlossen gibt die „K"SG vor, die Angriffe des Monopolkapitals auf die Volksrechte abzuwehren. Durch eine breite Aktionseinheit seien Erfolge in der Verteidigung demokratischer Rechte möglich. Doch lediglich die Abwehr der reaktionären Anschläge des Monopolkapitals sei realistisch.
Nun verhält es sich jedoch so, daß der Imperialismus die Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte in sich trägt.
Während die bürgerliche Demokratie für den Kapitalismus der freien Konkurrenz die den Interessen der Bourgeoisie angemessene Form der Herrschaftsausübung war, beinhaltet das Monopol als beherrschendes Produktionsverhältnis die Tendenz zur Reaktion und Gewalt auf der ganzen Linie.
Deshalb kann die Verteidigung demokratischer Rechte nur durch den harten Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erfolgen.
Wenn dem so ist, steht die Frage: warum soll die Erweiterung demokratischer Rechte nicht durchsetzbar sein?
Wer setzt die Grenze dieses Kampfes?
Materiale demokratische Rechte sind nicht ehernes Gesetz des Kapitalismus, sondern Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Ihre Erweiterung und Vertiefung kann im Klassenkampf durchgesetzt werden.
Den demokratischen Kampf als reinen Abwehrkampf führen, bedeutet, die revolutionäre Dialektik des Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen und durch bürgerlich-statische Auffassungen zu ersetzen.
Es nimmt nicht wunder, wenn die „K"SG (ML) die Dialektik von Demokratie und Sozialismus schon nicht begriffen hat, daß sie auch nicht in der Lage ist, den demokratischen Kampf konsequent zu führen.
Für sie trifft in vollem Maße die Kritik Dimitroffs an einigen Kommunistischen Parteien auf dem VII. Weltkongreß der Komintern zu, daß „ . . . Angst vor einer positiven Formulierung demokratischer Forderungen bestand, um keine demokratischen Illusionen unter den Massen zu schaffen . . . Woher kommt diese Angst, Genossen? Sie entspringt einer unrichtigen, undialektischen Behandlung der Frage der Stellung zur bürgerlichen Demokratie."
Dimitroff stellte weiter fest:
„Als Anhänger der Sowjetdemokratie werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampfe erobert hat, und werden *entschlossen für ihre Erweiterung kämpfen.*" [10])
Bewegungen zur Verteidigung der elementaren Rechte der Arbeiterklasse, den Kampf für demokratische Rechte mit dem Kampf für Sozialismus zu verbinden, das ist leninistisch. Symptomatisch für die sektierische Stellung der Maoisten zur bürgerlichen Demokratie ist ihre Haltung zum Grundgesetz. So haben sie auf der letzten Zentralratssitzung des vds am 10. 1. 72 die Parole „gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote" abgelehnt, da sie

[10]) Schlußwort Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale; zit. nach: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1971, S. 254/255.

Illusionen über unsere Verfassung erzeugen würde. Dabei beruft man sich auf die Aussage der KP-Chinas, die feststellt, Kommunisten müssen „den heuchlerischen Charakter der bürgerlichen Verfassung entlarven, müssen zugleich aber auch brauchbare Artikel in dieser bürgerlichen Verfassung als Waffe gegen die Bourgeoisie kehren." [11])

Wir fragen: *Muß man den heuchlerischen Charakter der bürgerlichen Verfassung entlarven oder den heuchlerischen Charakter der bürgerlichen Klasse, die sich auf die Verfassung beruft?* Wie steht es mit dem Art. 20 des GG: Alle Macht geht vom Volke aus?

Besteht nicht ein himmelweiter Unterschied zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit?

Daß der Monopolbourgeoisie die im GG verbürgten demokratischen Rechte ein Dorn im Auge sind, belegen nicht zuletzt die Menge von Verfassungsänderungen, v. a. die Notstandsgesetze.

Sollen die Revolutionäre diese demokratischen Rechte verteidigen oder nicht? Sollen sie vorhandene Rechte, die sich gegen das Großkapital richten, ausnutzen oder preisgeben? Unsere Position ist klar:

Auch die im GG verankerten Rechte und Freiheiten sind für uns jene „Fetzen bürgerlicher Demokratie", an denen das Proletariat interessiert ist, „um sie zur Vorbereitung der Massen auf den Sturz der Macht des Kapitals, zur Eroberung der proletarischen Demokratie auszunutzen." [12])

Sind auch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auf dem Boden des GG möglich? Ja!

Unter dem Druck der damals noch relativ starken Arbeiterbewegung sah sich die Bourgeoisie 1949 gezwungen — wie schon zuvor in Länderverfassungen —, Sozialisierungsparagraphen ins GG aufzunehmen.

Das GG bietet durchaus die Möglichkeit, die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen.

Nur an jene Paragraphen möchten die Herrschenden nicht gerne erinnert werden.

Grund genug, daß wir es entschieden tun.

Der Große Sprung zum Sozialismus

Für Kommunisten genügt es nicht, permanent das Ziel des Sozialismus zu beschwören. Entscheidend ist die Frage, wie man zu diesem Ziel gelangt.

In den „Thesen über die Taktik" des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale heißt es dazu:

„Die Kommunisten führen den Kampf um die konkreten Bedürfnisse des Proletariats, um *ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampf um die proletarische Diktatur bilden und deren jede für sich den Bedürfnissen der breitesten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen.*" [13])

Für die sozialistischen Studenten bedeutet das, ein solches System von Forderungen zu entwickeln, das den Bedürfnissen der Studenten entspricht, sie zum Kampf gegen die Monopolbourgeoisie mobilisiert und sie an die Arbeiterklasse heranführt.

Der Aufruf der 3. BV-Tagung des MSB sowie die Aktionslosungen des vds gegen das Hochschulrahmengesetz entsprechen diesen Bedingungen. Die Forderung nach einer möglichst umfassenden Ausbildung, die langfristige Arbeitsplatzsicherheit garantiert, nach einer Ausbildung, die frei ist von militaristischem und antikommunistischem Gedankengut, nach einer Ausbildung, die organisierte Interessenvertretung in Beruf und Ausbildung ermöglicht, entspricht den Interessen der Studenten.

Die Forderung nach Finanzierung der Bildungsreform durch Senkung des Rüstungshaushalts und Besteuerung der Monopolprofite dokumentiert, daß die Studenten nicht die Verbesserung ihrer Lage auf Kosten der Arbeiterklasse erreichen wollen, sondern gemeinsam mit den Arbeitern gegen das Großkapital kämpfen.

Die Gesamtlosung „Bildung und Wissenschaft im Interesse der werktätigen Bevölkerung, der Auszubildenden, im Dienste des Friedens" ist geeignet, die Studenten an den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus heranzuführen.

Über ein solches positives Aktionsprogramm für den revolutionären Kampf der Studenten verfügt die „K" SG nicht.

Ihr Geschrei über den „Revisionismus" des MSB entpuppt sich als Ablenkungsmanöver von ihrer Orientierungslosigkeit. Durch den Fingerzeig auf DKP und Spartakus versucht man zu verdecken, daß man nicht die Leninsche Aufgabenstellung, „Formen des Übergangs, des Herankommens an die proletarische Revolution herauszufinden", erfüllen kann.

Da helfen einem dann Verdrehungen und Verfälschungen weiter. So wird behauptet, DKP und MSB konstruierten ein besonderes Zwischenstadium zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur.

Dabei erdreisten sie sich, Dimitroff gegen die DKP zu zitieren: „Auf dem VII. Weltkongreß der Komintern wies Dimitroff ebenfalls entschieden den Unsinn eines ‚Zwischenstadiums' zurück und führte aus:

‚Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen! Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die ‚linken' Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt.

[11]) Mehr über die Differenzen zwischen Gen. Togliatti und uns", Peking 1969.
[12]) Wilhelm Pieck: Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der KI, VII. Weltkongreß, a. a. O., S. 41.
[13]) Thesen und Resolution des III. Weltkongresses der KI, Hamburg 1921, S. 35 ff.

Als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel' gesprochen, ohne sich je um die ‚Übergangsformen' zu kümmern. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes ‚demokratisches Zwischenstadium' zwischen Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats zu konstruieren, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken.'

Es ist, als spräche Dimitroff zu den rechten DKP-Führern, wenn er fortfährt:

‚Dies fiktive ‚Zwischenstadium' nannten sie gleichfalls ‚Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindes aufzudecken: Sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die ‚Proletarische Revolution', das heißt an den Sturz der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur.'

Fassen wir noch einmal zusammen: Die sogenannte antimonopolistische Demokratie ist durch und durch revisionistisch, von Anfang bis Ende eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus." [14])

Nicht so schnell, liebe maoistische Genossen. Sehen wir uns doch mal die Ausführungen G. Dimitroffs genauer an.

Dimitroff hat die Einheitsfrontregierung als eine Form des Übergangs zur proletarischen Revolution bezeichnet.

Über die Einheitsfrontregierung führte er aus:

„Es handelt sich . . . um die mögliche Bildung einer Regierung der Einheitsfront am Vorabend und vor dem Sieg der Sowjetrevolution.

Was ist das für eine Regierung? . . .

Das ist vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Das muß eine Regierung sein, die als Ergebnis der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und die in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern im Gegenteil, entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft." [15])

Halt! müssen unsere maoistischen Freunde jetzt rufen. Eine Regierung, die nicht die proletarische Diktatur verkörpert, soll Maßnahmen gegen das Finanzkapital treffen? Völlig unmöglich!

„. . . es gibt nur zwei denkbare Möglichkeiten: entweder bestimmt und kontrolliert die Bourgeoisie — oder das Proletariat. Ein Mittelding, ein Zwischenstadium oder etwas Neutrales gibt es nicht. Solange die Bourgeoisie die politische Macht hat, bestimmt und entscheidet sie." [16]) sagt der „KA"B (ML).

[14]) Verteidigt den Marxismus-Leninismus — Gegen die revisionistischen „Thesen" der Bachmann und Co; Herausgegeben vom KAB (ML), Tübingen 1971.
[15]) G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, a. a. O., S. 120/121.
[16]) Verteidigt den Marxismus-Leninismus, s. o.

Stellen wir dem nochmal die konkreten Ausführungen Dimitroffs gegenüber, der die opportunistischen und sektiererischen Auffassungen gegenüber der Einheitsfrontregierung kennzeichnet: „. . . Die erste Gruppe von Fehlern war gerade dadurch bedingt, daß die Frage der Arbeiterregierung nicht klar und fest damit verbunden wurde, ob eine politische Krise besteht oder nicht. Dadurch konnten die Rechtsopportunisten die Sache in dem Sinne auslegen, daß die Bildung einer von der Kommunistischen Partei unterstützten Arbeiterregierung in jeder beliebigen, sozusagen normalen Situation anzustreben sei. *Die Ultralinken dagegen anerkannten lediglich eine solche Arbeiterregierung, die ausschließlich durch den bewaffneten Aufstand, nach dem Sturz der Bourgeoisie geschaffen werden kann!* Das eine wie das andere war falsch . . ." [17])

Spätestens an dieser Stelle müßten die Maoisten mit ihren Denkschablonen kräftig durcheinander geraten sein.

Ihre Position ist diejenige des Sektierertums, „das sich in seiner *doktrinären Beschränktheit,* in seiner Losgelöstheit vom wirklichen Leben der Massen gefällt, das sich in seinen *Vereinfachten Methoden,* die kompliziertesten Fragen der Arbeiterbewegung an Hand von schablonenhaften Schemen zu lösen, gefällt", — des Sektierertums, „das Anspruch auf Allwissenheit erhebt und es für überflüssig hält, von den Massen, aus den Lehren der Arbeiterbewegung zu lernen — kurz (des Sektierertums), dem alles, wie man sagt, ein Kinderspiel ist." [17a])

Die notwendige Aneignung der Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung kann die konkrete Analyse der konkreten Wirklichkeit in der BRD nicht ersetzen.

Diese Wirklichkeit ist wesentlich dadurch bestimmt, daß sich weder die Monopolbourgeoisie in einer politischen Krise befindet, noch die Arbeiterklasse zur „Klasse für sich" geworden ist. Erst in den letzten Streikbewegungen haben sich Ansätze zur Herausbildung eines Klassenbewußtseins in der Arbeiterschaft entwickelt.

In dieser Situation muß der Kampf gegenwärtig zur Realisierung, Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihrer Vertreter und Organisationen in der Wirtschaft einerseits und um die Ansätze und Erweiterung der Kontrolle über das Kapital andererseits geführt werden. Die Forderung nach Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist mit dieser Aufgabe identisch. Sie ist als spezifische Forderung, den gegenwärtigen Verhältnissen in der BRD entsprechend als Ausdruck der weitergehenden Forderungen nach der demokratischen und Arbeiterkontrolle, zu betrachten. Ihr Ziel ist der Eingriff in die Profitsphäre des Kapitals, die Einschränkung der Macht der Monopole durch die Ausübung bestimmter Kontrollfunktionen der Arbeiterklasse über das Monopolkapital in den Zentren der Macht. Die Mitbestimmungs-

[17]) G. Dimitroff, a. a. O., S. 122 (Hervorh.: P. Sch.)
[17a]) a. a. O., S. 131 (Hervorhebung: P. Sch.)

forderung knüpft an vorhandene Bestrebungen in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung an und ist – mit entsprechendem klassenmäßigen Inhalt gefüllt – in der Lage, die Arbeiterklasse an die Frage der politischen Macht heranzuführen.[18])

Lenin hat die Forderung nach Arbeiterkontrolle verbunden mit der Forderung nach der progressiven Besteuerung der Einkommen und Vermögen der Reichen. Er sprach direkt von einer „progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer".[19])

Maurice Thorez berichtet auf dem VII. Weltkongreß der Komintern vom Kampf der französischen Kommunisten folgendes:

„Wir haben uns nicht damit begnügt, die dringenden Forderungen der werktätigen Massen zu formulieren. Wir haben auch die Mittel aufgezeigt, um sie zu finanzieren. Wir haben sogar unsere Vorschläge gemacht, um das Defizit im Budget auszugleichen. Wir haben die Senkung des Militär- und Polizeietats vorgeschlagen sowie die Rückzahlung der Vorschüsse, die den die Regierung beherrschenden Großbanken gewährt wurden. Wir haben vor allem eine außerordentliche und progressive Kapitalabgabe vorgeschlagen.

Wir führen unsere ganze Kampagne unter der Losung:

„Die Reichen sollen zahlen." [20])

Die Kommunisten in der BRD wenden diese Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung an. Ihre Forderungen nach Mitbestimmung, nach Senkung des Rüstungshaushalts, nach Besteuerung der Monopolprofite ist das richtige antimonopolistische Kampfprogramm, das die Massen an den Kampf um den Sozialismus heranführt.

Vergleichen wir damit die Alternativen der Maoisten: „Kommunisten knüpfen an Reformen an, um die Volksmassen in den Kampf zu führen. Kommunisten wissen auch den Wert von zündenden Übergangslosungen zu schätzen. Der Ruf nach Bewaffnung allein rüttelt die Massen nicht entscheidend auf. Das ist klar." [21])

An welche Reformen knüpfen die Kommunisten an und wie? Ist das die Auffassung der „KA"B-Gen. von der Dialektik von Reform und Revolution?

Müssen Kommunisten nicht solche Reformen anstreben, die den lohnabhängigen Massen wirkliche Verbesserungen bringen und gleichzeitig ihre Bereitschaft stärken, das imperialistische System revolutionär zu beseitigen, solche Reformen, die die Macht des Großkapitals aushöhlen?

Wo sind denn die zündenden Übergangslosungen des „KA"B (ML)? Das ganze ist eine Fehlzündung.

Und zum letzten zitierten „Kern"satz ist man fast geneigt zu sagen: Narrhallamarsch!

[18]) siehe dazu: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1971; und: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt 1971.
[19]) Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1959, S. 489.
[20]) Maurice Thorez, VII. Weltkongreß der KI, a. a. O., S. 212.
[21]) Verteidigt den Marxismus-Leninismus, a. a. O., S. 21.

„Der Ruf nach Bewaffnung allein . . ." Das klingt ja fast wie ein Bedauern darüber, daß man neben dem Ruf nach Bewaffnung noch andere Forderungen stellen müsse.

„. . . rüttelt die Massen nicht entscheidend auf." In der gegenwärtigen Situation dürfte sicherlich das Gegenteil richtig sein.

Hier entlarvt sich die Realitätsblindheit unserer kleinbürgerlichen Revoluzzer völlig.

Was ist nun von dem Vorwurf, die ‚antimonopolistische Demokratie' sei revisionistisch, zu halten?

Der MSB Spartakus hat in seiner Grundsatzerklärung den Klassencharakter der antimonopolistischen Demokratie klar bestimmt:

„Ziel dieses Kampfes (um die Zurückdrängung der Monopolmacht) *ist die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie, in der die Arbeiterklasse als führende Kraft mit ihren Verbündeten auf der Grundlage der errungenen zentralen politischen Machtpositionen den entscheidenden politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft ausübt und die Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum überführt."*

Auch hier wenden wir die Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung schöpferisch an.

Der Genosse Dimitroff, angeblich auch von den Maoisten anerkannter Revolutionär, stellt im politischen Rechenschaftsbericht des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei an den V. Parteitag vom 19. 12. 48 unter dem Kapitel „Charakter, Rolle und Perspektiven der Volksdemokratie und des volksdemokratischen Staates" fest:

. . . *„Der volksdemokratische Staat ist die Herrschaft der Werktätigen, der gewaltigen Mehrheit des Volkes, unter Führung der Arbeiterklasse. Das bedeutet erstens, daß die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt und die Herrschaft der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse errichtet ist; die Arbeiterklasse spielt als fortschrittlichste Klasse der modernen Gesellschaft die führende Rolle im Staat und im öffentlichen Leben; zweitens, daß der Staat ein Werkzeug des Kampfes der Werktätigen gegen die Ausbeuterelemente, gegen alle Versuche und Tendenzen ist, die die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung und der Herrschaft der Bourgeoisie anstreben.*

Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Übergangsperiode, der dazu berufen ist, die Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus zu sichern. Das bedeutet, daß die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zwar gestürzt und das Vermögen dieser Klassen in Volkseigentum überführt ist, die wirtschaftlichen Wurzeln des Kapitalismus jedoch noch nicht liquidiert, die kapitalistischen Elemente noch vorhanden sind, sich entwickeln und bemühen, die kapitalistische Sklaverei wiederherzustellen. Deshalb ist ein Vorwärtsschreiten zum Sozialismus nur durch den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Elemente und deren völlige Liquidierung möglich.

Nur wenn der volksdemokratische Staat unentwegt auf dem Wege zum Sozialismus vorwärtsschreitet, kann er sich festigen und seine historische Berufung erfüllen. Wenn die Volksdemokratie den Kampf gegen die Ausbeuterklasse einstellt, die kapitalistischen Elemente nicht niederhält und verdrängt, so würden sie unweigerlich die Oberhand gewinnen und nicht nur die Grundlagen der Volksdemokratie untergraben, sondern sie zum Untergang bringen . . .

Als Verkörperung der Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse kann und muß das Regime der Volksdemokratie in der gegebenen historischen Situation, wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, für die Beseitigung der kapitalistischen Elemente und die Organisierung der sozialistischen Wirtschaft mit Erfolg die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben." [22])

In seinem Schlußwort bekräftigt Dimitroff diese Aussagen: „Nach der marxistisch-leninistischen These sind das sowjetische Regime und das volksdemokratische Regime zwei Formen ein und derselben Macht, der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis und an der Spitze der Werktätigen aus Stadt und Land. *Das sind zwei Formen der proletarischen Diktatur.* Die eigenartige Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bei uns hebt nicht die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf, die allen Ländern gemein sind, und kann sie nicht aufheben. Der Übergang zum Sozialismus kann nicht ohne die proletarische Diktatur gegen die kapitalistischen Elemente und zur Organisierung der sozialistischen Wirtschaft vor sich gehen." [23])

Erinnern wir uns noch einmal an die Bestimmung des Charakters der antimonopolistischen Demokratie, wie sie von der DKP gegeben wird:

„Durch die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Pressemonopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum – bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und ihre Organisationen – wird die ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen . . ." [24])

„Wir sehen die antimonopolistische Demokratie als eine mögliche Durchgangsphase vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus, in der der Weg zum Sozialismus geebnet wird. Die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung sind Stadien eines einheitlichen revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus." [25])

Es ist bezeichnend, daß der „KA"B in seinem Pamphlet die Erläuterungen der Gen.Gerns und Steigerwald peinlich verschweigt. Vermutlich, weil er dazu nichts zu sagen hat. Wenn auch die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes darüber entscheiden werden, wie sich die Entwicklung

[22]) G. Dimitroff, Ausgewählte Werke, Bd. II, Sofia 1967, S. 746 ff.
[23]) a. a. O., S. 788 ff.
[24]) Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, Düsseldorf 1971, S. 17.
[25]) Marxistische Blätter, Nr. 6, 1971, S. 8 f.

zum Sozialismus vollzieht, so ist es doch möglich, Grundsätze der antimonopolistischen Demokratie in ihrem Klassencharakter und ihrem untrennbaren Zusammenhangs mit dem Kampf um den Sozialismus herauszuarbeiten. Die Aussagen der DKP und des MSB zur antimonopolistischen Demokratie sind die Anwendung der Erfahrungen der Volksdemokratien, der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt, auf die BRD. Man vergleiche die grundsätzliche Übereinstimmung der Ausführungen Dimitroffs mit DKP und Spartakus-Positionen.

Das Geschwätz des „KA"B dagegen ist nichts als ein Aufguß altbekannter ‚links'revisionistischer Entstellungen des Marxismus-Leninismus.

Wir können unseren maoistischen Gen. nur sagen: Aus eurem Großen Sprung zum Sozialismus wird nichts. Das gibt allerhöchstens eine Bauchlandung.

Krieg oder Frieden?

Widersprüchlich verhält sich die „K"SG zum Kampf um den Frieden.

Das „Stuttgarter Manifest", das laut „Roter Fahne" 2/71 ‚den Weg weist', enthält u. a. folgende Forderungen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" Rebell, Juni-Ausgabe, fordert:

„Schluß mit dem Krieg." Dagegen wird in der November-Ausgabe des RJ/ML-Organs in dem Artikel „Bürgerliche Illusionen" einzig und allein die Parole „Nie wieder Krieg" der SDAJ angegriffen: „Ist es aber richtig, wenn die SDAJ, die Jugendorganisation der DKP, die Parole ‚Nie wieder Krieg', zum Beispiel in ihrer Soldatenzeitung ‚Links um' propagiert? Wir Kommunisten (gemeint sind Maoisten) sagen nein!"

Während die Militarisierung der Hochschulen und Schulen entschieden bekämpft wird, erklärt man die Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts für illusionär.

Daran sieht man einmal mehr, wie in den Köpfen unserer „K"SG-Freunde alles wie Kraut und Rüben durcheinandergeht.

Besteht denn kein Zusammenhang zwischen den immensen Rüstungsausgaben, Militarisierung aller gesellschaftlicher Bereiche und aggressiver NATO-Politik?

Wir Spartakisten sagen: Der Kampf gegen den Militarismus, gegen die wahnsinnigen Rüstungslasten, gegen imperialistische Expansionspolitik stellt für uns eine Einheit dar. Und *ohne die Zurückdrängung des Rüstungskapitals, des militärisch-industriellen Komplexes im gesamtgesellschaftlichen Maßstab, kann der Militarismus von den Hochschulen nicht vertrieben werden.*

Wie ist die Haltung der Kommunisten zur Frage des Friedens? Gen. Ercoli führte auf dem VII. Weltkongreß der Kommunisten aus: „Angesichts der abscheulichen Wirklichkeit der kapitalistischen Welt, die einem Krieg entgegentreibt, fragen sich Millionen von Männern, Frauen, Jugendlichen, Soldaten voller Besorgnis: Also ist unser Schicksal unabänderlich vorausbestimmt?

Ist es denn nicht möglich, diese furchtbare Geißel, die uns bedroht, abzuwenden?
Wir Kommunisten, die Avantgarde der Arbeiterklasse, können eine Antwort auf diese Frage geben. Wir wissen, daß der Krieg, eine zwangsläufige Begleiterscheinung des kapitalistischen Regimes ist. Die kapitalistische Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf der Jagd nach Profit beruht, kann nur den Krieg erzeugen. *Aber wir wissen auch, daß alle Fragen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft letzten Endes durch den Kampf, durch den Kampf der Massen entschieden werden.*
Selbst in den schwersten Augenblicken ist der Kampf für den Frieden nicht hoffnungslos, weil wir uns heute, im Kampf für den Frieden, auf die Kraft der Arbeiterklasse stützen, in deren Händen sich die Macht in der UdSSR befindet . . . Unser Kampf für den Frieden, in dem wir uns auf die Macht der Sowjetunion stützen, hat daher alle Aussichten auf Erfolg." [26])
Um wievieles richtiger ist diese Aussage Togliattis angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt. Die Arbeiterklasse hält die Macht nunmehr auf einem Drittel unseres Erdballs in den Händen. Die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern ist erstarkt. Unter diesen Bedingungen ist es gelungen, den Imperialismus schon ein Vierteljahrhundert an direkten militärischen Auseinandersetzungen in Europa zu hindern. Die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen ist sehr wohl möglich.
Wenn jetzt die Vertreter der „K"SG dem zustimmen, fragen wir sie, wie soll das realisiert werden. Es genügt ja nicht, wie es beispielsweise die Pazifisten tun, allgemein den Frieden zu fordern. Es müssen konkrete Schritte angegeben werden, die durch den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Aggressionsbestrebungen der Bourgeoisie durchgesetzt werden müssen.
Für den Frieden einzutreten heißt heute:

- gegen die friedensgefährdenden Grenz- und Gebietsforderungen der CDU/CSU, der Revanchistenverbände, der Bundeswehrführung, der an Rüstung und Krieg interessierten aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus zu kämpfen. Deshalb unterstützen wir entschieden die Verträge von Moskau und Warschau, in denen die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa anerkannt werden, deshalb kämpfen wir für die Anerkennung der DDR als souveränen Staat.
- dem imperialistischen Wettrüsten konkrete Abrüstungsvorschläge der Friedenskräfte entgegenzustellen. Schon Engels machte konkrete Vorschläge zur allgemeinen und allmählichen Abrüstung. „Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich . . ." [27])
- militaristisches, revanchistisches Gedankengut von den Schulen zu vertreiben, um an deren Stelle eine Wissenschaft, die im Dienst des Friedens steht, zu setzen. Für ein solches Friedensprogramm, das den Interessen der

[26]) Ercoli, VII. Weltkongreß der KI, a. a. O., S. 165/166.
[27]) MEW, Bd. 22, S. 373.

werktätigen Massen und der Jugend Ausdruck verleiht, läßt sich eine breite Aktionseinheit herstellen. Ein solches Programm ist durchsetzbar.
„Kampf gegen Militarismus und Rüstungen. Die kommunistischen Parteien müssen in allen kapitalistischen Ländern den Kampf führen: gegen die Rüstungsausgaben (Militäretat), für die Abberufung der Truppen aus den Kolonial- und Mandatsländern, gegen die von den kapitalistischen Regierungen durchgeführten Militarisierungsmaßnahmen . . ." [28])
Mögen sich doch die Maoisten hinstellen und sagen, der Kampf um den Frieden sei zwecklos.
Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. (Altes türkisches Sprichwort)

Im nationalistischen Fahrwasser

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Haltung der „K"SG zur nationalen Frage. Nachdem sie zunächst in einem Flugblatt zum 13. August 1961 den Bau der Berliner „Mauer" als notwendig analysiert und sich damit zu einem konsequent antiimperialistischen Standpunkt emporgearbeitet hatte, sah sie sich zu harter „Selbstkritik" gezwungen. Der Anstoß kam wohl davon, daß ihre Flugschrift „zu Recht bei vielen Kommilitonen Empörung auslöste". Dem noch vorhandenen antikommunistischen Bewußtsein (auch in den eigenen Reihen) in klassisch opportunistischer Weise nachgebend, bezeichneten sie ihre Position zum 13. August als grundsätzlich falsch.
Seitdem erheben sie die Forderung: Für ein sozialistisches einiges Deutschland! Damit haben sie sich endgültig den konterrevolutionären Trotzkisten zugeschlagen, die schon lange solche und ähnliche Parolen verkaufen.
In dem Aufruf des „KA"B zum 1. Mai heißt es: „Als deutsche Patrioten fordern wir ein unabhängiges, einiges, sozialistisches Deutschland, frei vom Monopolkapital, frei von in- und ausländischen Imperialisten . . . Wir wollen kein besetztes Land . . .
Die richtige Verbindung des Kampfes gegen die westdeutsche Bourgeoisie mit dem Kampf für die nationale Einheit ist ein Prüfstein für jeden Kommunisten." [29])
Spätestens hier haben sie den allgemeinen Boden des Marxismus schleunigst verlassen. Für Marx und Engels stellte sich die nationale Frage, immer als konkrete, als Klassenfrage. Wenn wir von einer Klassenposition des Proletariats an solche Fragen herangehen, müssen wir davon ausgehen, daß die deutsche Nation vom deutschen Großkapital und seinem Militarismus in zwei verheerende Weltkriege gestürzt und schließlich zusammen mit den imperialistischen Westmächten zur Sicherung ihrer Profit- und Machtbasis gespalten wurde. Unser nationales Grundproblem ist folglich nicht die Spaltung Deutschlands, sondern die wiederhergestellte Macht des Großkapitals in der Bundesrepublik. Heute bestehen in Deutschland zwei Staaten, ein imperialistischer und ein sozialistischer. Die Interessen der

[28]) Resolution zum Bericht des Gen. Ercoli, a. a. O., S. 291.
[29]) zit. nach: „K"SG (ML) Flugblatt „Für ein einiges, sozialistisches Deutschland!"

Arbeiterklasse erfordern die Stärkung und Festigung des sozialistischen deutschen Staates, die Brechung der Macht der Monopole in der BRD.
„Die Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie und rechte sozialdemokratische Führer in der BRD machen viel Gerede über das angebliche Fortbestehen einer einheitlichen deutschen Nation. Aber darüber hat die Geschichte bereits entschieden. Und in der BRD existiert die bürgerliche Nation mit ihrer inneren Klassenzerrissenheit, der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen und dem Aggressionsstreben gegenüber anderen Völkern weiter. Die nationalistische Demagogie imperialistischer Kreise und rechter sozialdemokratischer Führer in der BRD ist nichts weiter als ein den heutigen Bedingungen angepaßter Versuch, ihre bisher gescheiterten Pläne der Diversion und Expansion gegen die sozialistische DDR gewissermaßen durch die „Hintertür" noch noch zu verwirklichen." [30])
Es wird immer deutlicher, wie die Maoisten den nationalistischen Kräften in der BRD in die Hände arbeiten.

Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es heute, den Aggressionsabsichten der deutschen Monopole, die den Kapitalismus in der DDR restaurieren wollen, klar entgegenzutreten.
Wer heute das Problem der „nationalen Einheit" in den Vordergrund rückt, ist nur der Propaganda der Monopolbourgeoisie auf den Leim gegangen, die von den Klassengegensätzen in der BRD ablenken will.
Und wer im Stile „Das ganze Deutschland muß es sein" Forderungen erhebt, muß sich darüber im klaren sein, daß er damit in eine Aktionseinheit mit der NPD treten kann.

Linke Phrasen — rechtssozialdemokratische Praxis

Grundübel der „K"SG (ML) — und nicht nur dieser sog. kommunistischen Gruppe — ist die Anbetung der ‚Logik des Kapitals'.
Jegliche Forderungen, die die Macht des Großkapitals einschränken, werden von ihr als illusionär abgetan. Sie vergessen dabei immer nur eins, daß diese Forderungen nicht von der Bourgeoisie geschenkt, sondern von der Arbeiterklasse erkämpft werden sollen.
Ihr Ausgangspunkt ist die aktuelle Schwäche der revolutionären Arbeiterbewegung in der BRD; unser Ausgangspunkt als Marxisten-Leninisten ist deren potentielle Stärke.

Ihre revolutionäre Phrasendrescherei treibt die Massen letztlich in die Passivität und Resignation; unser revolutionäres Programm ermöglicht es, die Massen in den antiimperialistischen Kampf zu führen.
Sie nehmen mit ihrer Politik dem Klassenfeind viel Arbeit ab: Das Monopolkapital lehnt die Berufung marxistischer Dozenten, die Durchsetzung fortschrittlicher Lehrinhalte kategorisch ab; die „K"SG (ML) erklärt es für unmöglich, marxistische Lehrstühle zu erkämpfen.

[30]) Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Dietz-Verlag Berlin, 1971.

Das Großkapital wehrt sich entschieden gegen jegliche Kürzung am Rüstungsetat; die „K"SG (ML) hält die Durchsetzung dieser Forderung für illusorisch.
Die Bourgeoisie schießt aus allen Rohren gegen die Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, der Studenten an den Hochschulen; die „K"SG kämpft gegen den Mitbestimmungsbetrug und fordert zum Boykott aller Hochschulgremien auf.
Unsere Politik gibt den Massen die richtige Orientierung, gegen wen sie ihre Interessen nur durchsetzen können: gegen die Monopole. Unsere Politik gibt Anleitung zum Handeln, wie die Macht der Monopole gebrochen werden kann.
Sie bleiben als Beobachter und Registratoren der heranstürmenden Wogen am Ufer und warten auf gutes Wetter;
wir schwimmen im stürmischen Meer des Klassenkampfes. Erfolgreich.

Rezensionen:

Klaus Mehnert, China nach dem Sturm, Bericht und Kommentar, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1971, 20,— DM.

Als „Sachbuch des Jahres" vom Verlag präsentiert (der nach eigenen Angaben eine sechsstellige Summe für Werbekosten aufgewandt hat und bereits die erste Auflage auf hunderttausend Exemplare kalkulierte und von der großbürgerlichen bis liberalen Presse als „Information aus erster Hand" gefeiert, der „eine weite Verbreitung zu wünschen" sei (FR v. 11. 9.) — der neue Mehnert-Bestseller, der ganz oben auf der Welle der fast allerorten betriebenen China-Euphorie schwimmt, verdient unter mancherlei Aspekten Beachtung.
Zunächst die Tatsache der China-Reise Mehnerts selbst. Es ist bekannt, daß seit der Kulturrevolution so gut wie keine ausländischen Besucher mehr nach China hineingelassen wurden. Besonders davon betroffen waren und sind immer noch Journalisten und Vertreter der kommunistischen Parteien, gegen die sich die maoistische Polemik richtet, denen aber keine Überprüfung der maoistischen Siegesmeldungen an Ort und Stelle, keine Konfrontation von „Peking Rundschau" und chinesischer Realität gestattet werden soll. Nur so ist auch der Schritt der chinesischen Regierung zu verstehen, den in einer französischen Parlamentsdelegation vertretenen Mitgliedern der FKP die Einreisevisa zu verweigern. Imperialistische Politiker (Nixon ist da nur das prominenteste Beispiel) und ihre journalistischen Gehilfen sind dagegen neuerdings willkommen.
So wurde 32 Tage lang Klaus Mehnert fast alles gezeigt, was er sich — in aller Bescheidenheit — auf einen „Wunschzettel" geschrieben hatte. Sogar an zwei Staatsbanketten durfte er als hochangesehener Gast teilnehmen. Dabei ist er sicherlich auch den chinesischen Genossen kein Unbekannter: während des Krieges Nazi-Agent in Honolulu, Shanghai und Tokio (vgl. „konkret" v. 11. 3. 71), seit 1958 Mitglied des „Arbeitskreises für Ost-West-Fragen" und dann des „Beirates für Entwicklungshilfe" im Eppler-Ministerium, schließlich Leiter der berüchtigten Zeitschrift „Osteuropa", als deren Leitprinzip er 1951 verkündete: „Objektiv, aber nicht neutral." Dieser Ideologe der Roll-back-Strategie und heute der Subversions- und Spaltungsstrategien des US- und westdeutschen Imperialismus durfte als „Vertreter des westdeutschen Volkes" (Sihanouk), als „Onkel" bzw.

„Großvater aus Westdeutschland" (so sein Titel in den chinesischen Kindergärten) China bereisen. Dies macht den Charakter der „neuen" maoistischen Außenpolitik und ihre Ambitionen gegenüber der BRD recht deutlich.

Mehnert ist vor allem Berichterstatter für die westdeutsche Bourgeoisie (und die Berichte, die er hinter verschlossenen Türen in Bonn liefern wird, sind sicherlich nicht so onkelhaft-bieder wie das vorliegende Buch): er hat vorgetastet, welche Möglichkeiten sich für einen verstärkten Warenaustausch BRD — VR China bieten, welche Meinungen die Maoisten z. B. zur EWG und zur DDR haben. Seine Losung ist heute „Seid nett zu den Chinesen!" („Bild"-Schlagzeile). Denn China habe riesige Absatzmärkte, biete billige Produkte und sei darüberhinaus in der Außenpolitik sehr entgegenkommend. Als „Antwort auf den Aufbruch Asiens" (d. h. Chinas und Japans) sieht Mehnert ähnlich wie Strauß „den Zusammenschluß Europas" (S. 255), und — da für den rechten Sozialdemokraten ebenso wie für den CSU-Führer die Sowjetunion der Hauptgegner ist — er weiß es zu schätzen, wenn dabei die Maoisten die Festigung der imperialistischen EWG (und den Beitritt Großbritanniens) begrüßen als „Zwischenzonenmacht" gegen die beiden „Supermächte" (S. 258).

Auch die Brandtsche Ostpolitik sieht Mehnert unter diesem Gesichtspunkt des Gegeneinanderausspielens der einzelnen sozialistischen Staaten Osteuropas untereinander und gegen die SU und die DDR. Dafür ist er sogar zu „schweren Opfern" bereit: „Vor allem für Menschen meiner Generation ist die Preisgabe alten deutschen Siedlungsbodens sehr schmerzlich" (S. 259). Was die DDR betrifft, zu der die Maoisten eine „zwiespältige" Haltung hätten (S. 257), so ist interessant, daß Mehnert gegenüber seinen Gesprächspartnern die Spannungen zwischen der BRD und der DDR vergleicht mit denen zwischen China und Taiwan (S. 255), d. h. implizit für die BRD die historische Legitimation zur Zurückeroberung eines „noch nicht befreiten Territoriums" konstruiert. Leider weiß Mehnert über keine Antwort der Maoisten auf diese eigenartige Gleichstellung von faschistischem Chiang Kai-shek-Regime und sozialistischer DDR zu berichten ...

„Informationen aus erster Hand" waren angekündigt. Der kritische Leser kommt dabei aber nicht auf seine Kosten. Denn Mehnerts Fragen sind äußerst „zurückhaltend" (was erstaunlich ist, verfährt er doch in seinen Publikationen über die SU nicht so zimperlich). Der zentralen Frage nach den realen Machtverhältnissen und damit nach der Rolle der Armee weicht er bewußt aus, um seine Gesprächspartner nicht zu verärgern (S. 226). In der Praxis muß er die führende Rolle des Militärs allerdings immer wieder eingestehen.

Einige Informationen lassen sich immerhin aus dem positivistisch gehaltenen und alle maoistischen Darstellungen wohlwollend aufnehmenden „Bericht" herauslesen, die für die hiesigen Debatten von Relevanz sind. So erfährt man, daß in Peking auch nach der Kulturrevolution noch Läden existieren, in denen gegen Devisen Luxusartikel oder Produkte mit „Exportqualität" zu kaufen sind (sog. „Freundschaftsläden") (S. 24 und 37). Man erfährt, daß selbst in der Hafenstadt Shanghai keinerlei ausländische Presse zu haben ist und selbst von der albanischen Parteizeitung „Zeri i populit" nur uralte Ausgaben ausliegen (S. 46), schließlich, daß das Stattfinden des 24. Parteitages der KPdSU, dessen Bedeutung, zumal für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, unbestritten ist, in China überhaupt nicht bekannt geworden ist.

Interessantestes Ergebnis von Mehnerts Reise zur Dadschai-Brigade (S. 47—65) ist — neben einigen Zahlen, die die enormen Anstrengungen der chinesischen Bauern bei der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit dokumentieren —, daß dabei von chinesischer Seite bestätigt wird, was hierzulande bisher als Lügenmärchen der „Revisionisten" angesehen wurde: nämlich daß die zunächst als große Neuerung angepriesenen Volkskommunen nach den verschiedenen Berichtigungen heute im wesentlichen eine administrative Einheit darstellen und die eigentliche Initiative und Verantwortlichkeit wieder bei den „Brigaden" liegt. D. h. man ist im wesentlichen zum Prinzip der LPGs zurückgekehrt. Auch schreibt Mehnert (dem dieser Zusammenhang natürlich nur partiell bewußt wird): „Die Volkskommune — das sind ein paar Verwaltungsgebäude und einige wenige kommuneeigene Unternehmungen ... es ist sicher kein Zufall, daß eben nicht eine Volkskommune, sondern eine Brigade dem ganzen Land als Modell vor Augen gehalten wird ..." (S. 83).

An anderer Stelle weiß Mehnert an Hand relativ genauer Zahlen darüber zu berichten, daß Frauen nicht den gleichen Lohn erhalten wie Männer bzw. von vorne herein in niedrigere Lohnstufen eingeteilt werden. Begründung: geringere Körperkraft bzw. bei Verheirateten: sie hätten sich ja um Familie und Wohnung zu kümmern (S. 56). Natürlich ist der Rezensent außerstande die konkrete Berechtigung dieser Einstufung einzuschätzen. Allerdings müßten diese Fakten doch (bedenkt man die völlige ökonomische und politische — wenn auch nicht immer soziale — Gleichberechtigung der Frauen etwa in der DDR und der SU) denjenigen Maoisten zu denken geben, die — ohne vorher Informationen zu beziehen — sämtliche sozialen Wunschträume der „Neuen Linken" auf die VR China projizieren.

Eines der Hauptmomente, das Mehnert dazu bewegt, die Sowjetunion und China einander als antagonistisch gegenüberzustellen — hier „Industriegesellschaft", „Leistungsgesellschaft", „Konsumgesellschaft", dort „Agrargesellschaft", „Einheitsgesellschaft", „Produktionsgesellschaft", hier „Hierarchie" und „Pragmatismus", dort „Spontaneität" und „Ideologie" —, ist die in der maoistischen Propaganda stets geforderte Abgabe an jeglichen „Egoismus", d. h. an das (ob es den Maoisten paßt oder nicht: von Lenin entwickelte) Prinzip des materiellen Anreizes. Als bürgerlichen Ideologen interessiert ihn allerdings die praktische Seite weniger; er wagt als „guter Onkel" nicht, am Lack der zur Schau getragenen Askese und der Lippenbekenntnisse zu kratzen. „Theoretisch" dagegen ist für ihn der kleinbürgerlich-bäuerliche Egalitarismus der Maoisten (den er offensichtlich für originären Marxismus hält), ein „Urproblem", über das er gerne mit seinen Gastgebern plaudert: ob und ob nicht der „Egoismus als Motor der Geschichte" jemals ausgeschaltet werden könne (S. 90). Unbeabsichtigt gelingen ihm bei solchem Nachsinnen amüsante (und entlarvende) Stilblüten: „Kein Wunder, daß sich Mao nach dem Großen Sprung in seiner Enttäuschung über die materialistische Gesinnung großer Teile des Volkes ... erneut der Armee zuwandte." (S. 185). Der „Große Sprung" scheiterte also am „Materialismus" — sprich: an den objektiven Bedingungen und dem (gesunden) Bewußtsein der Arbeiterklasse. Man möchte polemisch hinzufügen: Materialismus führt ergo zum Revisionismus, während zum Idealismus geratene Ideale zum Maoismus führen ... Mehnerts bürgerliche Position erleichtert ihm offensichtlich sehr das Verständnis der maoistischen Propaganda. Auch er denkt in Kategorien wie Materialismus = Egoismus, in Begriffen wie Supermächte versus arme Staaten etc. Ja, sogar sein schwäbisches Volksempfinden leistet ihm gute politikwissenschaftliche Dienste: „Als Schwabe habe ich etwas übrig für ‚Fabrikle', wie man in Württemberg sagt; auf ihnen beruht nicht zuletzt der Wohlstand und die Stabilität des Schwabenlandes, oft genug waren sie Keimzellen weltberühmter Großbetriebe. Maos Idee vieler kleiner Fabriken ... hat mir daher seit langem eingeleuchtet" (S.147).

Von derlei tiefschürfenden Gedanken strotzt das gesamte Buch. In erster Linie ist insofern Mehnerts politisches Gesamtanliegen wichtig, unter den Bedingungen der maoistischen „Offensive des Lächelns", auch in der BRD einen bestimmten Leserkreis von der Notwendigkeit der baldigen Kontaktaufnahme zu China zu überzeugen. Er selbst hofft offensichtlich dabei, die Rolle eines westdeutschen Edgar Snow zu spielen und ebenso wie der amerikanische Mao-Freund (dessen erstaunlich gute Beziehungen zur amerikanischen Regierung sich inzwischen erwiesen haben) als inoffizieller „Botschafter" der BRD eine Annäherung in Gang zu bringen. Über mangelnde Unterstützung wird er sich nicht beklagen müssen,

orientiert doch die CDU/CSU schon seit längerem (vgl. Bayernkurier v. 9. 1. 71) auf eine derartige Annäherung als Alternative zur angeblich prosowjetischen Politik der Bundesregierung und fordert doch eine größer werdende Zahl westdeutscher Monopole unmißverständlich eine Ausweitung des China-Handels. Das Unternehmer-Magazin „Capital" schrieb kürzlich: „Den Ruf, den deutsche Industrielle sich in Jahrzehnten in China schufen, drohen deutsche Minister durch eine ängstliche Politik zu verspielen". (Nr. 9/71, S. 24). Mehnerts Buch sollte insofern in seiner Wirksamkeit nicht unterschätzt werden. P. S.

Robert Farle, Peter Schöttler, Chinas Weg — Marxismus oder Maoismus? Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1971, 2. Aufl., 7,50 DM.

In der BRD sind die Schriften Mao Tsetungs und seiner ideologischen Mitstreiter leicht zu erhalten, die bürgerlichen und „linken" Darstellungen Chinas und der Kulturrevolution sind Legion; was weitgehend fehlt, sind marxistische Analysen und Kritiken der Entwicklung der VR China und des Maoismus, im Gesamtüberblick oder in Teilaspekten. Um so mehr muß man die Wichtigkeit des Buches von Robert Farle und Peter Schöttler betonen, dessen 2., stark verbesserte Auflage vor kurzem erschien. Hier wird die Frage nach Chinas Weg in einer allgemeinverständlichen Analyse vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus behandelt. Von Pekings Parteigängern in der BRD mit Unbehagen verfolgt, wird das Buch von den kapitalistischen Pressemonopolen totgeschwiegen, und die bürgerliche Sinologie sitzt im Seminarsessel und belächelt es hochnäsig.

Der erste Teil beschreibt in größtmöglicher Kürze (ca. 40 Seiten) die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft bis zur Errichtung der VR China. Die Autoren fassen den bisherigen Kenntnisstand über den Marx'schen Begriff der asiatischen Produktionsweise und das chinesische Feudalsystem kompakt zusammen und heben sich mit dieser exakteren Differenzierung wohltuend ab von den maoistischen Historikern, die bis heute der chinesischen Geschichte das vereinfachende 5-Stadien-Schema (Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft, Kapitalismus, Sozialismus/Kommunismus) aufzuzwängen versuchen. Bei der Behandlung der kolonialen Phase Chinas wird eine gute theoretische Herausarbeitung der Notwendigkeit der führenden Rolle des Proletariats (und seiner Ideologie), auch in einem halbfeudal-halbkolonialen Land, gegeben. Gerade über dieses Problem sind die chinesischen Kommunisten später gestolpert. Ein Überblick über die Haltung der Komintern gegenüber der KPCh und der chinesischen Revolution in den zwanziger Jahren entkräftet die Darstellung der bürgerlichen und „linken" Geschichtsschreibung, die KI habe mit ihrer Konzeption die zeitweilige Niederlage der KPCh verschuldet. Ende der zwanziger Jahre erfolgte dann die Hinwendung der KP zum Lande, die unverblümte Behauptung Maos von der führenden Rolle der Bauernschaft (die aus seiner späteren offiziellen Werkausgabe eliminiert wurde, nicht aber aus seiner Praxis) und die Gründung der Roten Armee, an der Chu Teh mindestens ebensolchen Anteil hatte wie Mao. Das gilt übrigens auch für die Herausarbeitung der Guerillataktik. Wenn man heute in Peking nachhört, hat Mao natürlich alles alleine gemacht. Etwas kurz kommt leider die Geschichte von Maos Aufstieg in der Partei in den dreißiger Jahren: Er verlief keineswegs kontinuierlich, sondern war unterbrochen von Perioden, die Mao in Opposition und Einflußlosigkeit sahen. Die offizielle maoistische Historiographie läßt bis heute im Dunkeln, auf welchen Schleichwegen sich Maos Aufstieg zur Spitze schließlich vollzog. Früh übt sich ...

Der erste Abschnitt endet mit einer sachlichen Darstellung der unbestreitbar großen Leistungen der chinesischen Kommunisten im antijapanischen Krieg. Sieg und Ausrufung der VR wurden wesentlich möglich gemacht durch die Hilfe der Sowjetarmee, vor allem die Zerschlagung der japanischen Militärmacht in der Mandschurei. Auch das pflegt die bürgerliche Geschichts-„wissenschaft" zu verniedlichen.

Nachdem der Leser informiert wurde über die Entstehungsgeschichte der VR China, folgt im 2. Teil ein ausführlicherer Abriß: „Der Aufbau des Sozialismus in China und die ‚Chinisierung' des Marxismus" (ca. 80 Seiten). Farle/Schöttler beschreiben den erfolgreichen ökonomischen Aufbau des Landes bei vorrangiger Entwicklung der Produktivkräfte, und zwar der Produktion von Produktionsmitteln, vor allem Schwerindustrie, bis etwa 1957. Aber in der Erkenntnis der ungeheuren Rückständigkeit der ökonomischen Basis, ergänzt durch noch starkes traditionsgebundenes Bewußtsein bei großen Teilen der Bevölkerung, ergibt sich auch der Schlüssel für ein materialistisches Verständnis des chinesischen Voluntarismus, der Erhebung der Ungeduld zum theoretischen Prinzip, und dem Personenkult um Mao. Mit eben diesen Leitlinien haben Mao und seine Anhänger seit 1957 die Beschlüsse des 8. Parteitages der KPCh faktisch außer Kraft gesetzt und die Politik des „Großen Sprungs nach vorn" und der „Volkskommunen" inszeniert. Der „Große Sprung" d. h. die Massenindustrialisierung auf dem Lande, war ein totaler Fehlschlag, weil er, wie Farle/Schöttler zeigen, den objektiven Bedingungen nicht Rechnung trug, ebenso das Experiment „Volkskommune", d. h. die überstürzte vollkommene Vergenossenschaftung zur Erreichung des Kommunismus auf dem Abkürzungswege, ohne Berücksichtigung des Stands der Produktivkräfte. Der Gegensatz zur Lenin'schen Politik des Aufbaus des Sozialismus wird klar bewiesen.

Die schweren Rückschläge und die Erkenntnis, daß es bis zum Kommunismus eben doch noch ein weiter Weg sei, forderten direkt die Entwicklung einer Theorie der „permanenten Revolution", die die Begeisterung der Massen permanent wachhalten soll. Farle/Schöttler unterscheiden den Marx'schen BEGRIFF der permanenten Revolution von Trotzkis gleichnamiger THEORIE. Trotzki und Mao haben (bei allen Unterschieden) gemeinsam, daß man bei ihnen nicht mehr zwischen quantitativer Veränderung und qualitativem Umschlag unterscheiden kann, man also Etappen überspringen zu können glaubt. Die Wurzeln für diese Rechtfertigungsideologie weisen die Autoren in Maos philosophischen Schriften nach, vor allem in seiner Dialektik. Grundlage aller Verwirrung ist die fehlende dialektische Vermittlung zwischen dem ökonomisch determinierten Grundwiderspruch einer Epoche und den jeweiligen politischen Hauptwidersprüchen aktueller Situationen. Das schafft ein philosophisches Chaos, läßt subjektivistische Auslegungen zu und hat sie hervorgebracht. Die mechanische und pragmatische Behandlung der Dialektik setzt Revolution und Entwicklung gleich, postuliert antagonistische Formen des Klassenkampfes im Sozialismus und läßt jeden Mao-Opponenten zum „Kapitalisten" werden.

Konsequente Fortführung maoistischer Theorie und Praxis ist die „Große Proletarische Kulturrevolution", bei der der Mao-Gruppe die politische Machtergreifung gelang (allerdings nur sehr langsam), unter Ausschaltung ihrer Gegner, Zerschlagung der Parteiorganisation, Hin- und Herschieben der ohnmächtigen Massen als Statisten des grausamen Spiels und Durchsetzung kleinbürgerlich-gleichmacherischer Konzeptionen, selbstredend als Marxismus etikettiert. Die Volksbefreiungsarmee als Werkzeug der Mao-Gruppe ist eindeutig zum entscheidenden Träger der Staatsmacht in der VR China geworden. Daß hier die von Lenin konzipierte Kulturrevolution durchgeführt sei, erweisen Farle und Schöttler als unfromme Lüge. Nach langwierigen Kämpfen fühlen sich Mao, Lin Biao und ihre Anhänger im April 69 endlich stark genug, mit dem „9. Parteitag der KPCh" (dessen Delegierte von oben bestimmt wurden) ihren Sieg zu zelebrieren und die maoistische Partei neuen Typs aus der Taufe zu heben.

Der dritte Teil des Buches (ca. 45 Seiten) behandelt die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Zunächst werden die Grundzüge der Leninistischen Politik der friedlichen Koexistenz entwickelt, wie sie in den sozialistischen Ländern Anwendung finden. Der marktschreierische Protest der Maoisten gegen diese Politik disqualifiziert sich einerseits durch die prinzipienlose friedliche Kollaboration mit

dem Imperialismus (es sei denn, man nimmt das Prinzip Nationalismus), andererseits durch die Dogmatisierung des Krieges zur einzigen revolutionären Kampfform. Der Export der Volkskriegstrategie in andere Länder ohne Berücksichtigung der objektiven Verhältnisse, führt zu Mißerfolgen und spaltet die antiimperialistische Einheitsfront.

Den maoistischen Revisionismusvorwurf gegenüber der SU und anderen sozialistischen Ländern überprüfen Farle/Schöttler, indem sie vergleichen, wie die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus den Weg zum Kommunismus verstanden, und wie die tatsächliche Entwicklung verlief. Die Erfüllung der mannigfaltigen Aufgaben des Sowjetstaates, die führende Rolle und wachsende Bedeutung der Partei, die Überwindung des Unterschieds zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, die sich parallel zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus vollzieht und nur vollziehen kann, usw. Das alles sind unerläßliche Elemente des sozialistischen Aufbaus. Die Vorwürfe der Maoisten, deren ideologische Grundlagen Farle und Schöttler geklärt haben, gipfeln in der absurden Behauptung, eine „neue Bourgeoisie" eigne sich in der SU die Früchte der Arbeit des Volkes an, sie können denn auch nirgends bewiesen werden. Am Schluß ihres Buches geben die Autoren noch einen kurzen historischen Überblick über die Geschichte der Spaltung, die 1957 mit der Novemberkonferenz der Kommunistischen Parteien in Moskau begann, als Mao zum erstenmal seine voluntaristische Vorwärtsstrategie verkündete, die 1963 mit einer eigenen maoistischen „Generallinie" weiter vertieft wurde und 1969 mit den Grenzprovokationen und der Erklärung der SU zum Hauptfeind ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Kein Wunder, daß die Nixon und Strauß heute auf Mao setzen.

Kein Wunder auch, daß sie auf Maos Nachbeter in der BRD setzen, denn „teile und herrsche" lautet die Parole. Spalte die Arbeiterbewegung und halte sie damit unter Kontrolle. Im Nachwort setzen sich Farle/Lederer/Schöttler mit den westdeutschen maoistischen Splittergruppen auseinander und entwickeln dabei konstruktiv die marxistische Politik des Kampfes um demokratischen Fortschritt und Sozialismus, die Politik der Aktionseinheit und des breiten antimonopolistischen Bündnisses. Jürgen Reusch

Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus; Autorenkollektiv: Götz Redlow, Helmut Frommknecht, Matthäus Klein (Leitung), Eberhard Fromm, Herbert Hörz, Gottfried Stiehler, Harald Wessel; Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, 1971, 535 Seiten, 7,50 DM.

Da der militante Antikommunismus der fünfziger Jahre an Glaubwürdigkeit verloren hat, tritt er heute auch unter der Maske der „Verbesserung" des Marxismus auf und versucht, Marx gegen Lenin, den historischen gegen den dialektischen Materialismus und den Marxismus gegen die sozialistischen Länder auszuspielen. Diese neuen Methoden des ideologischen Klassenkampfes erfordern von jedem Marxisten und am Marxismus Interessierten ein hohes Maß von Kenntnissen und Urteilsvermögen, um alle Versuche, die demokratischen Kräfte und die antiimperialistische Bewegung zu spalten, zurückweisen zu können. Jeder Marxist steht heute in der politischen Arbeit, in vielen Gesprächen und bei der Beurteilung der politischen und gesellschaftlichen Vorgänge vor der Aufgabe, auf die komplizierten Probleme der ideologischen Auseinandersetzung, der Orientierung in der widerspruchsvollen Realität der BRD eine konsequent marxistische Antwort zu geben.

Der dialektische und historische Materialismus ist deshalb heute weniger denn je die Sache einiger Spezialisten, sondern „um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Wechselwirkungen, objektive Entwicklungstendenzen und neue Erscheinungen richtig zu verstehen, muß man sich vor allem die materialistische Dialektik als Theorie und Methode der wissenschaftlichen Erkenntnis und der praktischen Veränderung gründlich aneignen" (S. 501 f.).

Die dazu notwendigen Kenntnisse zu vermitteln, ist das Ziel der „Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus", die der Verlag Marxistische Blätter vom Dietz Verlag, Berlin (DDR) in sein Programm übernommen hat. Diese Einführung versucht, einen umfassenden Überblick über die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu geben. Das insgesamt sehr systematisch aufgebaute Buch behandelt im ersten Teil den dialektischen Materialismus. Ein Überblick über die Philosophiegeschichte unter dem Gesichtspunkt des ständigen Kampfes zwischen materialistischer und idealistischer Philosophie zeigt einerseits die historische Kontinuität auf, in der der Marxismus steht und macht zugleich die neue Qualität deutlich, die durch die konsequent materialistische Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung, der menschlichen Tätigkeit selbst, erreicht wurde. Davon ausgehend gelingt es den Autoren, die marxistisch-leninistische Anschauung über den Materiebegriff, das Verhältnis von Materie und Bewußtsein, die materialistische Dialektik und Erkenntnistheorie und die grundlegenden Differenzen zum Idealismus und metaphysischen Materialismus, auf denen bürgerliche Philosophen aufbauen, sehr anschaulich darzustellen. Schon bei diesen grundlegenden Fragen werden ständig praktische Bezüge herausgearbeitet. So wird nicht nur die Bedeutung des wissenschaftlichen Denkens für die Praxis veranschaulicht, sondern es werden zugleich solche Fragen wie die nach dem marxistisch-leninistischen Freiheitsbegriff und seiner Verwirklichung im Sozialismus beantwortet. Hier gibt das Buch nicht nur Antwort auf entscheidende Fragen, sondern es führt auch exemplarisch vor, wie sich die Grunderkenntnisse des dialektischen Materialismus auf die konkrete gesellschaftliche Praxis beziehen.

Im zweiten Teil — über den historischen Materialismus — werden die Grundbegriffe der marxistischen Gesellschaftstheorie in ihrem inneren Zusammenhang erläutert — es wird deutlich, daß der historische Materialismus nicht nur eine Methode ist, sondern die Theorie, die den Klassenkampf und den notwendigen Sieg des Sozialismus/Kommunismus zum Inhalt hat, die die historische Mission der

Die

Deutsche Volkszeitung

steht links.

Die

Deutsche Volkszeitung

ist kritisch — und konstruktiv.

Die

Deutsche Volkszeitung

kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts. Sie müssen sie kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

Arbeiterklasse wissenschaftlich begründet, die Anleitung zum Handeln ist und durch die Praxis der marxistischen Arbeiterbewegung und besonders durch den Sieg des Sozialismus in einem Drittel der Erde und die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Länder ihre volle Bestätigung in der Praxis findet.

Grundlegende Begriffe des historischen Materialismus, wie Sein und Bewußtsein, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse werden in ihrer logischen Struktur und ihrem Zusammenhang und ihrer Bewegung in der Geschichte so geklärt, daß der Leser befähigt wird, selbständig damit zu arbeiten. Der Begriff der „Gesellschaftsformation" wird durch eine historische Darstellung mit Inhalt gefüllt und es wird gezeigt, daß er von der jeweiligen Produktionsweise abgeleitet wird. Die Anwendung der Kategorien des historischen Materialismus auf die sozialistische Gesellschaft macht deutlich, welch komplizierter Prozeß die Errichtung der entwikkelten sozialistischen Gesellschaft ist, daß der Sozialismus sich durchaus nicht auf die Durchsetzung sozialistischer Eigentumsverhältnisse beschränkt, sondern ein ständig höher entwickeltes bewußtes und planmäßiges gesellschaftliches Handeln, die aktive Teilnahme jedes Einzelnen, verlangt.

Zentrale Fragen der Strategie der Arbeiterbewegung werden in diesem Zusammenhang geklärt, etwa, warum der politische Kampf die wichtigste Form des proletarischen Klassenkampfes ist, welche strategischen Folgen sich aus dem Klassencharakter des Staates ergeben usw.
Es ist den Autoren hervorragend gelungen, die Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu verdeutlichen. Von der Grundfrage der Philosophie über die Begründung der führenden Rolle der Partei bis hin zu konkreten Fragen und Problemen der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Aufbaus wird diese Geschlossenheit verdeutlicht. Damit wird entschieden den revisionistischen Versuchen entgegengetreten, Teile des Marxismus herauszulösen und sie gegeneinander auszuspielen, etwa den historischen Materialismus gegen den dialektischen Materialismus. Mit diesen Versuchen wird geleugnet, daß sich die geschichtliche Entwicklung nach objektiven, erkennbaren Gesetzmäßigkeiten vollzieht. Ein solcher Versuch setzt an Stelle des bewußten Handelns den Subjektivismus, der die Übereinstimmung der Strategie der Arbeiterbewegung mit den objektiven Entwicklungstendenzen auflösen und sie so zur Erfolglosigkeit verdammen würde.

Es ist die Geschlossenheit der marxistischen Lehre, die Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit, gegen die bürgerliche und revisionistische Ideologen polemisieren, die den Marxisten den Vorwurf des Dogmatismus einträgt. Aber gerade aus ihrer Einheit ergibt sich, wie die Autoren richtig darstellen, die Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung: so wird z. B. aus der Einheit von Materie und Bewegung abgeleitet, daß man stets die Veränderung der ökonomischen und politischen Situation bei Einschätzungen berücksichtigen muß: „Wer starr an einmal aufgestellten Thesen festhält, die objektiven Veränderungen nicht beachtet, verläßt den materialistischen Standpunkt von der Bewegung als Daseinsweise der Materie."

Der dialektische Materialismus wird von allen dogmatischen und metaphysischen Auffassungen unterschieden. Der dialektische Determinismus bedeutet keine Einschränkung der weltverändernden Praxis des Menschen, wie von Revisionisten und bürgerlichen Philosophen gern behauptet wird, sondern er ist die wissenschaftliche Grundlage seiner gesellschaftlichen Praxis. Jeder, der die verschiedenen Spielarten der antikommunistischen Argumentation kennt, weiß, wie wichtig die Klärung dieses Verhältnisses von Determinismus und schöpferischem Handeln, von Objektivität und der Subjektrolle des Menschen ist, um den Vorwurf des „Dogmatismus" zu entkräften.
Um die Politik der Kommunisten verstehen und erklären zu können, um selbst an ihrer Weiterentwicklung aktiv teilzunehmen, muß man auf das in diesem Buch vermittelte Grundwissen zurückgreifen. Schon Lenin hat betont, daß „jeder, der an spezielle Fragen herangeht, ohne

vorher die allgemeinen gelöst zu haben, unweigerlich auf Schritt und Tritt, ohne sich dessen bewußt zu sein, über diese allgemeinen Fragen ‚stolpern' wird." (W. I. Lenin, Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien, in: Werke, Bd. 12, S. 492).
Die historische Darstellungsweise in vielen Teilen des Buches trägt zur prinzipiellen Abgrenzung des Marxismus von bürgerlichen und revisionistischen Positionen bei. Die Auseinandersetzungen mit aktuellen bürgerlichen Theorien gerät dafür für unsere Bedürfnisse in der BRD etwas mager. Man sucht vergeblich nach einem Hinweis auf Popper, Albert, Habermas, Marcuse oder Freud.

Die Autoren beziehen sich in ihrer Darstellung schwergewichtig auf die Probleme des sozialistischen Aufbaus und weniger auf die des Klassenkampfes unter imperialistischen Bedingungen. Das entwertet das Buch jedoch keineswegs, weil damit zugleich wertvolle Hilfen für die Argumentation in Bezug auf den realen Sozialismus gegeben werden, der im Mittelpunkt der Angriffe auf den Marxismus steht und andererseits ein wichtiger Punkt in der Agitation der Marxisten ist.

Dieses Buch erfüllt auch in der BRD die Bedürfnisse nach einer verständlich geschriebenen, umfassenden und in sich geschlossenen Einführung in die theoretischen und methodischen Grundlagen des Marxismus. Die am Ende jedes Kapitels gestellten Kontrollfragen machen das Buch nicht nur als Grundlage für Schulungszirkel, sondern auch zum Selbststudium geeignet. Das ausführliche Inhaltsverzeichnis, das Namens- und Sachregister geben ihm einen Wert als Nachschlagewerk. Für die nächste Auflage wäre allerdings zu wünschen, daß das Buch ein ausführlicheres, zum Vertiefen und Weiterstudieren anregendes Literaturverzeichnis erhält, das auch aktuelle Beiträge anführt.

Karlheinz Heinemann

Helga Gallas, Marxistische Literaturtheorie, collection alternative, hrsg. von Hildegard Brenner, Bd. 1, Neuwied und Berlin 1971, Sammlung Luchterhand.

Die sogenannte Marxrenaissance hat seit einiger Zeit — deutlich an den Programmen bürgerlicher Verlage abzulesen — auch das Gebiet der Literatur erreicht. Hier, nicht anders als auf dem Gebiet der Ökonomie, Politik, Philosophie usw., bemüht sich manch bürgerlicher Wissenschaftler, seinen „spezifischen", „marxgerechten" Ansatz der Fruchtbarmachung der marxschen Theorie vorzustellen und vor den „orthodoxen" Interpretationen der „Dogmatiker", also den kommunistischen Parteien als den organisatorischen Trägern des Marxismus zu retten, Marx gegen die Marxisten auszuspielen. Eine beliebte Variante dieses ideologischen Kampfes ist im Augenblick das Ausgraben von Theorien, die in vergangenen Klassenkampfepochen innerhalb oder in der Nähe der Arbeiterbewegung entstanden, aber von dieser längst überholt oder als schädlich und falsch über Bord geworfen worden waren. Mit viel Reklame werden diese Werke von imperialistischen Ideologen auf den Büchermarkt geworfen. Als Beispiel sei nur die Reihe „Texte des Sozialismus und Anarchismus", von Hillmann bei rororo hrsg., erwähnt.

Objektiv die gleiche Funktion, wenn auch oft subjektiv von den Herausgebern nicht beabsichtigt, erfüllt die Schwemme linksradikaler Publikationen (programmatisch genannt seien u. a. „Politikon", „Neue Kritik", „Makol" usw.). Sie arbeiten den Imperialisten indirekt in die Arme, indem sie, sich umgebend mit der Aura strenger Wissenschaftlichkeit, letzten Endes die zu Einheit und revolutionärer Praxis strebenden Arbeiter und Studenten desorientieren. Eine Chance besitzen sie, da die Theorie des Marxismus durch Verbot der KPD sich nicht in der Öffentlichkeit kontinuierlich darstellen konnte.
Linkssektiererische Intellektuelle pflegen an die Ausgrabungsversuche immer noch die Forderung anzuhängen: „Klassenkampferfahrungen verfügbar" zu machen „für heutige organisatorische und praktische Aufgaben." (So auch H. Brenner in dem Vorwort zu ihrer neuen Reihe bei Luchterhand, S. 6).

„Marxistische Literaturtheorie", dieser ominöse Titel läßt die umfassende Darstellung der Genese einer solchen Theorie erwarten, suggeriert die Füllung einer Lücke in der Diskussion westdeutscher

Marxisten. Geliefert wird dagegen die Analyse der Diskussion in der „Linkskurve", dem Organ des „Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller". (Selbstverständlich handelt es sich um eine wichtige Epoche in der Diskussion und Formierung einer marxistischen Literaturtheorie).

Oh heilige Reklame!

Erwartet werden müßte als Minimum für eine Arbeit, die marxistisch zu sein vorgibt, eine Verallgemeinerung und Fruchtbarmachung der Ergebnisse der Diskussionen im BPRS für die Methode des eigenen wissenschaftlichen Vorgehens. Im Folgenden soll nun an vier Punkten thesenhaft begründet werden, daß die Arbeit diesem Anspruch nicht nachkommen kann.

1. Jeder Ansatz, der sich als marxistisch ausgibt, disqualifiziert sich selbst durch das Wiederkäuen antikommunistischer Klischees, gezüchtet von den „Marx"- und „Ostspezialisten" in den fünfziger Jahren. Sie stellen die Weiterentwicklung des Marxismus in der Sowjetunion (ja schon seit Lenin) bis hin zur DDR der Gegenwart als „dogmatisch", „reduktionistisch" dar (ein jüngstes Beispiel: Hans Günther ist in der neuesten Nummer der „Alternative" diesem Klischee aufgesessen) denunzieren sie, um den Leninismus aus dem einheitlichen Marxismus-Leninismus zu amputieren und so auch „wissenschaftlich" die Praxis in den sozialistischen Ländern in Gegensatz zur Theorie von Marx zu bringen. Da die Arbeit von H. Gallas die antikommunistischen Klischees der Rühle, Zehm, Demetz, Balluseck u. a. reproduziert, wird der „Beifall von der falschen Seite" (S. 6), den H. Brenner sehr realistisch in ihrem Vorwort voraussagt, gewiß nicht ausbleiben. So spricht H. Gallas im Jargon der Ostspezialisten von der „sogenannten Volksfrontpolitik" (S. 85), für sie „repräsentativ" für die Literaturwissenschaft in der DDR ist, deren arme Wissenschaftler „an bestimmte Beurteilungsschemata gebunden" (S. 14) sind; und so wird schließlich das Märchen von der „offiziellen Verkündung der Doktrin (!) vom sozialistischen Realismus auf dem 1. Schriftstellerkongreß (S. 19) (auch S. 28) wieder aufgewärmt.

2. Der Leninsche Beitrag zur marxistischen Kulturtheorie soll negiert werden. Lächerlich ist noch der Vorwurf, daß „Lenin in Fragen der Kunst nicht revolutionär" dachte (S. 211): als „Beweis" führt H. Gallas an, daß er „bei Hauptmann-Aufführungen weinen konnte" (S. 211) und Surrealismus und Konstruktivismus nicht mochte (ebenda). Ernsthafter und gefährlicher ist aber der Versuch, Lenins Vorstellungen über die Rolle proletarischer Kunst mit der Trotzkis gleichzusetzen. Dazu mußte zunächst ein alter Trick angewandt, Lenins Vorstellungen verfälscht und zum Popanz aufgebaut werden, um mit diesem Popanz die Richtigkeit der Behauptung „beweisen" zu können. Der Unterschied von Lenins Auffassungen zu denen Trotzkis ist evident. Trotzki lehnte es ab, jegliche kulturelle Betätigung des Proletariats unter dem Kapitalismus, in der Übergangsepoche und auch in der kommunistischen Gesellschaft als „proletarisch" zu bezeichnen.

Für ihn war sie in den ersten beiden Epochen lediglich Vorbereitung für eine „klassenlose" Kunst im Kommunismus. Er traute dem „ungebildeten", analphabetischen Proletariat keine eigene Kunst zu. Dieser elitären und mechanistischen Vorstellung setzte Lenin eine dialektische und revolutionäre entgegen. Er schrieb: „Nicht Erfindung einer neuen Proletkultur, sondern Entwicklung der besten Vorbilder, Traditionen und Ergebnisse der bestehenden Kultur vom Standpunkt der marxistischen Weltanschauung und der Lebens- und Kampfbedingungen des Proletariats in der Epoche seiner Diktatur." Lenin faßt hier die Literaturentwicklung analog zur Entstehungsgeschichte des Marxismus und zur gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus auf, ganz im Sinne von Marx. Die alte Kultur bleibt nach Lenin nicht bestehen; es findet ein dialektisches Umschlagen in eine neue Qualität statt (Vgl. Lenins Theorie der zwei Kulturen), aber eben auf der Grundlage des Alten. Nur indem H. Gallas diese Dialektik bei Lenin bewußt eliminiert, kann sie ihn in einen „Kulturtrotzkisten" verwandeln.

3. Die Methode, die in dem Buch angewandt wird, kann als „Abgrenzungsmethode" bezeichnet werden. Die Autorin grenzt sich von bürgerlicher und sogenannter „offizieller" marxistischer Literaturwissenschaft ab (S. 14, 15, 73, 178, 212) und versucht vergessene und „verworfene" Ansätze herauszudestillieren, um für die eigene Position eine historische Kontinuität zu konstruieren und einen „dritten Weg" zu finden.

4. Die Arbeit, so exakt sie auch die einzelnen Strömungen im BPRS „für sich" herauszuarbeiten versucht, ist zwar dem Anspruch nach weit davon entfernt, geistesgeschichtliche Methode zu sein, nicht aber der Ausführung nach. Zunächst werden die einzelnen Vorstellungen und Konzeptionen, die sich im BPRS entwickelten, isoliert von der Kulturpolitik und insbesondere von der Gesamtpolitik der KPD dargestellt. Es wird auch nicht der bei einer materialistischen Analyse unumgängliche Versuch gemacht, die Entwicklung des BPRS in den Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik (immense Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Widersprüche) zu stellen. Was nützt das Aufzeigen der Positionen „an sich", wenn nicht ihre Ursachen hergeleitet und die Folgen abgeschätzt werden, die ihre Verwirklichung gebracht hätten. Abgelöst aber vom historischen Kontext, herausgehoben aus den historischen Gesetzmäßigkeiten, ist kein Ergebnis für die aktuelle Praxis „fruchtbar zu machen".

Ohne ein von historischer Analyse durchdrungenes Urteil aber sind die Wertungen der verschiedenen Positionen wertlos für eine wirkliche marxistische Literaturtheorie, sind für Marxisten die Verallgemeinerungen nicht nachzuvollziehen. Übrig bleibt eine umfangreiche geistesgeschichtliche Quellenstudie. K-M. B.

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto; ab Nr. .....

..... Expl. facit Nr. 25, 24, 22/23, 21, 20, 19, 17, 16, 15, 13/14, 12, 9

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie . . ." facit-Reihe 3; 3,– DM + Porto

..... „Proletariat und Kunst" facit-Reihe 4; 4,– DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf" facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution" facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur" facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie" (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS?. . ." RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . ." facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS" Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)" 80 Seiten, 2,50 DM, Februar 1972

..... „Israel – Speerspitze des Imperialismus" facit-Reihe 12 ca. 80 Seiten, ca. 2,50 DM, erscheint März 1972

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, März 1972, ca. 80 Seiten, ca. 2,50 DM

Bestellungen an: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM
Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Neuerscheinungen:

Antiimperialistischer Kampf im Iran – die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israel – Speerspitze des Imperialismus, facit-Reihe 12, ca. 80 Seiten, 2,50 DM, erscheint März 1972

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, ca. 80 Seiten, 2,50 DM, erscheint März 1972

Bildungspolitik aus einem Guß – Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Marx an die Hochschule; Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam; u. a. **facit Nr. 25** 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS“, Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8 broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 S. **facit-Reihe 7** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert“ von Harald Wessel
facit-Reihe 6 32 Seiten 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

Proletariat und Kunst: Expressionismus und Realismus – Materialien zur Theorie-Praxis einer antiimperialistischen Literatur und Kunst“ von F. W. Plesken und G. Peters **„Gesellschaft, Künstler und Kommunismus“ von Wieland Herzfelde facit-Reihe 4,** broschiert, 120 S., 4,– DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute“ die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. Aus dem Inhalt: Systemdenken und Klassenkampf; ‚Futurologie‘ als Bewahrung der Vergangenheit; Funktion der Konvergenztheorie; Theorie der ‚Überflußgesellschaft‘ und die Wirklichkeit; Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Pervertierung in Destruktivkräfte; Kriterien des revolutionären Potentials einer Klasse; Die Angestellten in der Sozialstruktur; Gewerkschaften ohne Zukunft? u. a. **facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A4, 64 S., 3,– DM

Woran starb der SDS? – Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff **RK extra 9** 32 Seiten, DIN A4, 1,50 DM

Futurologie – Wer plant denn da? Was? – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann) **RK extra 7** 52 Seiten, DIN A4, 2,50 DM

SDS in Sofia – Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS – Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A4, 124 S., nur 1,– DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenheim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linke; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971 **facit Nr. 24** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christoph Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte an der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie“?; u. a. – **facit Nr. 22/23** (Doppelheft) 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie“; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21** 1,– DM

„Parteien in der BRD“: G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken“ Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus“; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20** 1,– DM

„Leninismus heute“: Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst: E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a. **facit Nr. 17** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a. **facit Nr. 16** 1,– DM

Juan Diz (KP Spaniens): Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf; René Hermann: Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; H. Heinemann: Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen; M. Maercks: DKP-Student zur Hochschulpolitik; Bernard/Schweicher: Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik; u. a. **facit Nr. 15** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a. **facit Nr. 13/14** 1,– DM

„SDS – Teil der Arbeiterbewegung“; „New York Universitätsimpressionen“; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung“; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution‘ und einigen ideologischen Implikationen“; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr“; u. a. **facit Nr. 12** 1,– DM

„Karl Marx in Köln in der Revolution von 1948/49“ von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie. **facit Nr. 9** 0,50 DM

Morning Star ★

l'Humanité

Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

Коммунистическая партия Советского Союза
ПРАВДА
Орган Центрального Комитета КПСС
Газета основана 5 мая 1912 года В. И. ЛЕНИНЫМ

UZ unsere zeit sozialistische volkszeitung

Trybuna Ludu

NEUES DEUTSCHLAND
Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

International beachtet
Arbeiterzeitungen
Kommunistische Zeitungen

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12